

# Albin L. Ockl

Dipl.-Ing.

Gründer und Geschäftsführender Chefredakteur der Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH  
Opfer politisch motivierter Zerschlagungen seit 1998

Am Buschkamp 10  
42549 Velbert

Tel (0 20 51) 603840  
Fax (0 20 51) 603841

albin.ockl@euro-online.de  
www.euro-online.de

Vorab per Fax an 0721-9101-382

**Bundesverfassungsgericht  
Präsident**

**Schlossbezirk 3  
76131 Karlsruhe**

Velbert, 10.12.2022

**Neue Verfassungsbeschwerde  
wegen Vorrang für Klagen zu Rehabilitierung und Schadenersatz an den  
Verwaltungsgerichten Berlin und Düsseldorf mit Mehrrichter-Verantwortung  
wegen politisch motivierter Zerschlagungen seit 1998 unter persönlicher  
Verantwortung deutscher Spitzenpolitiker an den Verwaltungsgerichten  
Berlin und Düsseldorf  
wegen Sabotieren von Rehabilitierung und Schadenersatz durch  
Fortsetzung mit sozialen Zerschlagungen  
am Landgericht Wuppertal (hier), am Amtsgericht Velbert und am  
Sozialgericht Düsseldorf  
mit Opferkriminalisierung / Altersdiskriminierung /  
Generationendiskriminierung im 82.Lebensjahr  
Daher: Antrag auf Opferschutz**

**Politisch motivierte Zerschlagungen seit über 20 Jahren (1998)  
mit Verweigerung von Rehabilitierung und Schadenersatz  
mit extremistischer Ausuferung**

- > zu bundesweiter Sippenzerschlagung seit 1998  
mit Todesopfer (2012) und Nachlass-Insolvenz am Geburtsort,
- > zu unverhältnismäßiger Opferkriminalisierung bis  
Alters-Diskriminierung und
- > zu politisch motivierter Sklavenhaltung seit 2010 mit  
sozialer Zerschlagung anstatt sozialer Sicherheit im 82.Lebensjahr
- > brutal verfassungswidrig

mit totalem Staats-Versagen aus Politik-Versagen bis zu Ukraine-  
Krieg-Zeitenwende, unter Beteiligung des öffentlich-rechtlichen  
Rundfunks bis zum Schlesinger-Skandal, mit Missbrauch von  
Sozialgesetzen für soziale Zerschlagungen mit Sabotage von  
Rehabilitierung und Schadenersatz

mit best vernetzter Täter-Phalanx und großem Schaden für  
Deutschland:

Staatsorgane übergreifend, Gerichte und Verfahren übergreifend,  
Bundesländer übergreifend, Generationen übergreifend,  
mit Politik-Versagen, Behörden-Versagen, Justiz-Versagen, Staats-  
Versagen

**Hier: Versagen richterlicher Bescheidung am Oberlandesgericht Düsseldorf, Beschwerdegericht zu einer sofortigen Beschwerde am Landgericht Wuppertal und zu einer Rechtsbeschwerde am Amtsgericht in Verfahren des Sozialversicherungsträgers als Kläger und als Zeuge, verursacht durch politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998 und Rechtsmissbrauch orgienartiger Überflutung mit Gerichtsverfahren gegen das Opfer politisch motivierter Zerschlagungen im 82.Lebensjahr**

**Debeka** Krankenversicherungsverein a.G.(Kläger),  
Sozialversicherungsträger für Krankenversicherung und  
Pflegeversicherung, vertreten von RAe Giebel und Kollegen,  
unterstützt von weisungsgebundenen Staatsanwälten  
**gegen**

**Albin Ockl** (Beschwerdeführer, Beklagter, Opfer politisch motivierter  
Zerschlagungen seit 1998, Zerschlagungsopfer)

Die detaillierten Ausführungen zu den Kapiteln sind zusätzlich nachlesbar in der  
vernetzten Internet-Doku der Verfassungsbeschwerde:

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-27f.pdf>

## **Begründung der Verfassungsbeschwerde**

wegen Verletzung des grundrechtsgleichen Rechts auf rechtliches Gehör (Art.103 Abs.1 GG) und wegen grundrechtsgleichem Recht auf Widerstand, weil andere Abhilfe nicht mehr möglich (Art.20 Abs.4 GG) und wegen Verstoß gegen das Europäische Menschenrecht auf ein faires Verfahren (Art.6 EMRK) iVm Art.1 Abs.1 GG und weiteren Grundrechten

### **BVERFG-2301. Angegriffene Hoheitsakte in chronologischer Folge.**

**Totales Justiz-Versagen: Gerichte übergreifend**

mit Sozialversicherungsträger, der von Rechtsanwälten vertreten und von weisungsgebundenen Staatsanwälten unterstützt wird, der als Kläger und als Zeuge nur noch soziale Zerschlagung mit asozialen Attacken betreibt, mit Klage zu einer verfassungswidrigen Krankenversicherung ohne Zugang zu Versicherungsleistungen seit 2010 und mit Pfändung auf Pfändungsschutzkonto,

mit Fortsetzung einer unverhältnismäßigen OWi-Hetze am Amtsgericht Mettmann seit 2011, jetzt am Amtsgericht Velbert, zweimal mit Freiheitsberaubung und psychischer Folter mit Überfall durch 4-Mann-Polizeitrupp,

mit Klage auf Rehabilitierung und Schadenersatz seit 2011 zu politisch motivierten Zerschlagungen,

mit Klage am Verwaltungsgericht Köln, von da an Verwaltungsgericht Berlin, von da an am Landgericht Wuppertal, dort mit Klage-Aufteilung wegen politisch motivierter Zerschlagungen am Wohnort in NRW und am Geburtsort in Bayern, von dort zurück an Verwaltungsgericht Berlin Klage-Erweiterung wegen Beteiligung des Öffentlich-rechtlichen Rundfunks mit Wissen der gesamten Intendantenschaft von ARD und ZDF seit 1998,

seit über 20 Jahren, am Verwaltungsgericht Düsseldorf,

gegen Kläger / Beklagten, heute im 82.Lebensjahr mit Anspruch auf ein humanes Lebensende anstatt entwürdigende Altersdiskriminierung ohne Respekt vor Lebensleistung und Generationendiskriminierung:

> Politisch motivierte Zerschlagungen unter persönlicher Verantwortung von Schröder/Steinmeier/Merkel/Söder

Politik-Versagen, heute mit Digitalisierungsnotstand in Deutschland, mit politisch motivierten Zerschlagungen nicht trotz, sondern wegen: \_

**Herausragendes Lebenswerk mit Weltklasse-Höchstleistungen, den Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH mit dem weltweit größten Congressangebot für digitale Evolution in Deutschland und Europa in den größten deutschen Congress-Centren wie Hamburg, Düsseldorf, Berlin u.a.**

**mit nachhaltigem Wissensmanagement für digitales Innovationswachstum**

**durch professionellen Verlagsservice (ISBN-nummerierte Congressbände, systemrelevant für das Innovationswachstum der Digitalbranche),**

> > > **ONLINE Congressbände 1976 - 2003**

> unter aktiver Beteiligung des Sozialversicherungsträgers mit unverhältnismäßiger Be-/Verhinderung/Sabotage von Rehabilitierung und Schadenersatz im laufendem Verfahren am Verwaltungsgericht Berlin ohne die Chance, in 2021 und 2022 nach einer umfassenden Verfassungsbeschwerde das laufende Verfahren fortsetzen zu können wegen ständiger asozialen Attacken des Klägers bis heute (soziale Zerschlagung unter Verantwortung des Sozialversicherungsträgers)

nach exotischem Gerichtsverfahren am Landgericht Wuppertal mit 3 O 61/19 und jetzt mit 3 O 228/22, mit Fortsetzung der OWi-Verfahren des Amtsgerichts Mettmann am Amtsgericht Velbert (26 OWi-523 Js 814/22-84/22, OWi-Kostenhetzjagd seit 2011)

jetzt mit laufender Verfassungsbeschwerde 1 BvR 2121/22 gegen  
Amtsgericht Velbert / Landgericht Wuppertal 16 M 188/22  
jetzt mit Beschwerdeverfahren am Oberlandesgericht Düsseldorf zu  
Gerichtsverfahren 3 O 228/22 Landgericht Wuppertal und  
Rechtsbeschwerde zu 26 OWi-523 Js 814/22-84/22 Amtsgericht Velbert  
Kapitale Vermögensschäden wegen politisch motivierter Zerschlagungen  
seit 1998: Ausschließliche Ursache für Probleme der Krankenversicherung  
und Pflegeversicherung.

Daher: Beklagter fordert die Respektierung von Menschenrechten, den  
Vorrang für Schadenersatzverfahren, die in unverhältnismäßiger Weise  
durch ständige Attacken des Sozialversicherungsträgers mit Unterstützung  
durch weisungsgebundene Staatsanwälte verhindert und sabotiert werden.

BVERFG-2302. Vorrang für Rehabilitation und Schadenersatz, weil  
Probleme der Sozialversicherungen ausschließlich durch politisch  
motivierte Zerschlagungen seit 1998 verursacht

Brutal verfassungswidrig: Sabotierung der Klagen auf Schadenersatz und  
Rehabilitation durch orgienartige Überflutung mit Gerichtsverfahren der  
sozialen Zerschlagung, deren Unmenge vom Zerschlagungsopfer im  
82.Lebensjahr nicht mehr zu verarbeiten

Brutal verfassungswidrig: Exzesse der Altersdiskriminierung ohne  
Respektierung der herausragenden Lebensleistung des  
Beschwerdeführers:

**Weltklasse-Höchstleistungen, den Europäischen Congressmessen  
ONLINE und KOMMTECH**

**mit dem weltweit größten Congressangebot für digitale Evolution  
in Deutschland und Europa in den größten deutschen Congress-  
Centren wie Hamburg, Düsseldorf, Berlin u.a.**

**mit nachhaltigem Wissensmanagement für digitales  
Innovationswachstum**

**durch professionellen Verlagsservice (ISBN-nummerierte  
Congressbände, systemrelevant für das Innovationswachstum der  
Digitalbranche),**

**> > > ONLINE Congressbände 1976 - 2003**

**Zerschlagungsopfer: Ausgehelt, zerschlagen, abgehängt,  
ausgegrenzt, entrechtet und versklavt unter persönlicher  
Verantwortung der Täter**

**Ausgehelt mit der staatlichen UMTS-Auktion2000 unter persönlicher  
Verantwortung von **Schröder / Steinmeier****

**Politisch motivierte Zerschlagung am Wohnort und am Geburtsort in  
Bayern unter persönlicher**

**Verantwortung von **Merkel / Söder / Michel.****

**Erdrückende Beweislage mit Schriftsatz vom 20.Sept. 2022 an das  
Verwaltungsgericht Düsseldorf (Anlage VB-2304)**

**> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/WDR2021-0.pdf>**

Scroll down after link (page 253)

**mit Antrag auf Anerkennung des Anspruchs auf Rehabilitation  
und Schadenersatz**

**mit Mehrrichter-Entscheidung**

**nach Verfassungsbeschwerde 1 BvR 1319/22 vom 20.Juni 2022  
und **ARD/ÖRR-Krise mit Schlesinger-Skandal****

**Fortsetzung der Klage mit Verfassungsbeschwerde 1 BvR 1319/22  
vom 20.Juni 2022 wegen Anerkennung und Vorrang des  
Anspruchs auf Rehabilitation und Schadenersatz für politisch  
motivierte Zerschlagungen seit 1998 unter Mittäterschaft des ÖRR  
mit persönlicher Beteiligung von**

****Eva-Maria Michel**, WDR-Justiziarin seit Okt.1997 und Stellv.  
Intendantin des WDR seit Jan.2008 bis Okt. 2022**

**> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-27f.pdf>**

Zu BVERFG-2301. Angegriffene Hoheitsakte in chronologischer Folge.  
Totales Justiz-Versagen: Gerichte übergreifend  
mit Sozialversicherungsträger, der von Rechtsanwälten vertreten und von weisungsgebundenen Staatsanwälten unterstützt wird, der als Kläger und als Zeuge nur noch soziale Zerschlagung mit asozialen Attacken betreibt, mit Klage zu einer verfassungswidrigen Krankenversicherung ohne Zugang zu Versicherungsleistungen seit 2010 und mit Pfändung auf Pfändungsschutzkonto,  
mit Fortsetzung einer unverhältnismäßigen OWi-Hetze am Amtsgericht Mettmann seit 2011, jetzt am Amtsgericht Velbert, zweimal mit Freiheitsberaubung und psychischer Folter mit Überfall durch 4-Mann-Polizeitrupp,  
mit Klage auf Rehabilitation und Schadenersatz seit 2011 zu politisch motivierten Zerschlagungen,  
mit Klage am Verwaltungsgericht Köln, von da an Verwaltungsgericht Berlin, von da an am Landgericht Wuppertal, dort mit Klage-Aufteilung wegen politisch motivierter Zerschlagungen am Wohnort in NRW und am Geburtsort in Bayern, von dort zurück an Verwaltungsgericht Berlin Klage-Erweiterung wegen Beteiligung des Öffentlich-rechtlichen Rundfunks mit Wissen der gesamten Intendantenschaft von ARD und ZDF seit 1998, seit über 20 Jahren, am Verwaltungsgericht Düsseldorf, gegen Kläger / Beklagten, heute im 82.Lebensjahr mit Anspruch auf ein humanes Lebensende anstatt entwürdigende Altersdiskriminierung ohne Respekt vor Lebensleistung und Generationendiskriminierung:  
> Politisch motivierte Zerschlagungen unter persönlicher Verantwortung von **Schröder/Steinmeier/Merkel/Söder** Politik-Versagen, heute mit Digitalisierungsnotstand in Deutschland, mit politisch motivierten Zerschlagungen nicht trotz, sondern wegen:\_  
**Herausragendes Lebenswerk mit Weltklasse-Höchstleistungen, den Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH mit dem weltweit größten Congressangebot für digitale Evolution in Deutschland und Europa in den größten deutschen Congress-Centren wie Hamburg, Düsseldorf, Berlin u.a. mit nachhaltigem Wissensmanagement für digitales Innovationswachstum durch professionellen Verlagsservice (ISBN-nummerierte Congressbände, systemrelevant für das Innovationswachstum der Digitalbranche),**  
> > > **ONLINE Congressbände 1976 - 2003**  
> unter aktiver Beteiligung des Sozialversicherungsträgers mit unverhältnismäßiger Be-/Verhinderung/Sabotage von Rehabilitation und Schadenersatz im laufendem Verfahren am Verwaltungsgericht Berlin ohne die Chance, in 2021 und 2022 nach einer umfassenden Verfassungsbeschwerde das laufende Verfahren fortsetzen zu können wegen ständiger asozialen Attacken des Klägers bis heute (soziale Zerschlagung unter Verantwortung des Sozialversicherungsträgers) nach exotischem Gerichtsverfahren am Landgericht Wuppertal mit 3 O 61/19 und jetzt mit 3 O 228/22, mit Fortsetzung der OWi-Verfahren des Amtsgerichts Mettmann am Amtsgericht Velbert (26 OWi-523 Js 814/22-84/22, OWi-Kostenhetzjagd seit 2011)  
jetzt mit laufender Verfassungsbeschwerde 1 BvR 2121/22 gegen Amtsgericht Velbert / Landgericht Wuppertal 16 M 188/22  
jetzt mit Beschwerdeverfahren am Oberlandesgericht Düsseldorf zu Gerichtsverfahren 3 O 228/22 Landgericht Wuppertal und

**Rechtsbeschwerde zu 26 OWi-523 Js 814/22-84/22 Amtsgericht Velbert  
Kapitale Vermögensschäden wegen politisch motivierter Zerschlagungen  
seit 1998: Ausschließliche Ursache für Probleme der Krankenversicherung  
und Pflegeversicherung.**

**Daher: Beklagter fordert die Respektierung von Menschenrechten, den  
Vorrang für Schadenersatzverfahren, die in unverhältnismäßiger Weise  
durch ständige Attacken des Sozialversicherungsträgers mit Unterstützung  
durch weisungsgebundene Staatsanwälte verhindert und sabotiert werden.**

Totales Justiz-Versagen

ohne Respekt vor Grundrechten und grundrechtsgleichen Rechten,  
es wird weiter Opfer kriminalisiert, was das Zeug hält,  
mit extremistischer Ausuferung von Gerichte übergreifenden Gerichtsverfahren  
am Amtsgericht Velbert, Landgericht Wuppertal, Oberlandesgericht Düsseldorf,  
Sozialgericht Düsseldorf, Verwaltungsgericht Düsseldorf, Oberverwaltungsgericht  
Berlin-Brandenburg

wegen sozialer Zerschlagung durch Sozialversicherungsträger mit  
rechtsanwaltlicher Vertretung und staatsanwaltlicher Unterstützung gegen  
Zerschlagungsopfer ohne rechtsanwaltliche Unterstützungsmöglichkeiten seit  
2010:

**Soziale Zerschlagung** ist, wenn ein Sozialversicherungsträger sich  
auf der Seite der staatlichen und öffentlich-rechtlichen Täter von politisch  
motivierten Zerschlagungen; mit Unterstützung von weisungsgebundenen  
Staatsanwälten, mit ständig neuen asozialen Attacken Schadenersatz-Verfahren  
**wissentlich sabotiert**, so einen Schadenersatz verhindert und dies bewusst  
anstrebt, weil er mit Missbrauch von Staatsgewalt gegen ein Zerschlagungsopfer  
seine Forderungen leichter durchsetzen kann, ohne einen Zugang zu  
Versicherungsleistungen seit 2010,

wegen einem Pfändungsschutz-Konto (seit 2013), auf dem  
nicht nur Rentenzahlungen gepfändet werden, sondern auch  
Rechtsanwaltskosten zu einer verfassungswidrigen Krankenversicherung und  
solidargemeinschaftliche Leistungen wie vor kurzem die Energiepauschale der  
Bundesregierung und so nicht nur von der Sozialgemeinschaft,

**sondern auch von der Solidargemeinschaft ausgeschlossen** wird. Sieh  
**Anlage VB-2305:**

**Brutal verfassungswidrige Ausgrenzung aus Solidargemeinschaft**  
durch Pfändung der Energiepreispauschale der Bundesregierung  
wegen Rechtsanwaltskosten des Sozialversicherungsträgers zu einer  
verfassungswidrige Krankenversicherung am 08.12.2022

Ein Sozialversicherungsträger,

der für derartige asoziale Pfändungen verantwortlich ist und der  
**Sabotierung der Klagen auf Schadenersatz und Rehabilitierung**  
**durch orgienartige Überflutung mit Gerichtsverfahren der**  
**sozialen Zerschlagung betreibt,**

der hat seine Berechtigung als Sozialversicherungsträger definitiv  
verloren, weil er nur noch soziale Zerschlagung mit asozialen  
Attacken betreibt.

**Anlage LG-01 in Anlage VB-2301**

**Klage-Eröffnung vom 07.11.2022 (eingegangen am 12.11.2022)  
mit verkürzter Notfrist**

**durch 3.Zivilkammer des Landgerichts Wuppertal (3 O 228/22),**

a) mit Anschreiben vom 07.11.2022 (Seite 1-2),

**b) mit prozessleitender Verfügung** (Seite 3-4)

c) mit Anschreiben der RAe Giebel und Kollegen an das Amtsgericht  
Mayen vom 11.04.2022 (Seite 5-6)

d) mit nicht lesbaren Beschreibung des Tarifs NLT (K1, Seite 7-13)

e) mit nicht lesbaren Allgemeinen Versicherungsbedingungen für den  
Notlagentarif (K2, Seite 14-18)



- f) mit einem angeblichem Anschreiben vom 13.Sept.2013 ohne Unterschrift (K, Seite 19-23)
- g) mit Beitragsaufstellung vom Aug.2018-Juli 2020 und Prüfvermerk vom 3.11.2022 (K4, Seite 24-25)
- h) mit Gerichtsbeschluss 3 O 228/22 vom 07.11.2022 über vorläufigen Streitwert (Seite 26-28)**

### **Anlage VB-2303**

**Beschluss 3 O 228/22** (Landgericht Wuppertal) vom 30.11.2022 (**eingegangen am 06.12.2022** mit förmlicher Zustellung)  
Rechtsanwendung des §281 ZPO betrifft den Kläger und nicht den Beklagten. Der Beklagte, Opfer politisch motivierter Zerschlagungen seit 1998, wehrt sich seit 2010 gegen einen unverhältnismäßigen Opferkriminalisierungswahnsinn, jetzt im 82.Lebensjahr gegen soziale Zerschlagung als Fortsetzung politisch motivierter Zerschlagungen, gegen Altersdiskriminierung und Generationendiskriminierung und kämpft für den Vorrang seiner Klagen auf Rehabilitierung und Schadenersatz seit 2010 und gegen Sabotierung seiner Klagen. Rechtsanwendungen haben keine Rechtskraft, wenn Grundrechte und grundrechtsgleiche Rechte nicht respektiert werden.

### **Anlage OWiV-03 in Anlage VB-2301:**

**Aktuelles Bußgeld-Verfahren einer verfassungswidrigen, unverhältnismäßigen Kosten-Hetzjagd seit 2011 (Z5) mit Bußgeld-Bescheid und anschließender Rechtsbeschwerde gemäß Anlage LG-03: Behördenkommunikation des Kreises Mettmann und Festsetzung einer Hauptverhandlung am Amtsgericht Velbert** mit weiteren Hinweisen, die in Anbetracht von Politik-Versagen, Behörden-Versagen, Justiz-Versagen mit Beugung von Wahrheit, Recht und Verfassung und Staats-Versagen nicht mehr nachvollziehbar ist.

Der Beschwerdeführer bekämpft in Anbetracht von prozessualen Erfahrungen „am laufendem Bande“ seit 2010 und erneut im Verwaltungsgericht Düsseldorf und am Amtsgericht Velbert mit Einzelrichter-Veranstaltungen ohne Mehrrichter-Verantwortung, die Verweisung vom Landgericht an das Amtsgericht und er kämpft für Vorrang seiner Klagen am Verwaltungsgericht Berlin und Düsseldorf **und für Mehrrichter-Verantwortung wegen Rehabilitierung und Schadenersatz** zu kapitalen Vermögensschäden aus politisch motivierten Zerschlagungen am Wohnort in NRW und am Geburtsort in Bayern, weil Klagen am Landgericht Wuppertal in verfassungswidriger Weise (entgegen Art.34 GG) und wegen viel stärkerer Beteiligung des WDR/ÖRR an den politisch motivierten Zerschlagungen seit 1998, viel stärker, als ursprünglich vermutet, wobei die Probleme der Sozialversicherungen erst seit 2010 (im 70.Lebensjahr) ausschließlich durch die verheerenden Folgewirkungen der politisch motivierten Zerschlagungen entstanden sind.

**Es gibt keinen grundrechtsfreien Ort in Deutschland. Das gilt auch in angeblichen Vorverfahren am Landgericht. Alle Beschlüsse und Verfügungen müssen Grundrechte und grundrechtsgleiche Rechte respektieren, andernfalls sind sie verfassungswidrig.** Der Beschwerdeführer hat in der sofortigen Beschwerde eine Erweiterung des Vorverfahrens gefordert, ohne rechtliches Gehör zu erhalten. In dem erweiterten Vorverfahren sollte anerkannt werden, dass die Verfahren für Rehabilitierung und Schadenersatz Vorrang haben müssen, weil sie kausale Bedeutung haben und weil der Beschwerdeführer im 82.Lebensjahr nicht mehr in der Lage ist, so viele Gerichtsverfahren parallel und hintereinander zu bewältigen. Opferkriminalisierung, Altersdiskriminierung und Generationendiskriminierung im beschriebenen Umfeld sind brutal verfassungswidrig.

Die sofortige Beschwerde wurde unter Beachtung verkürzter Notfristen und Antwortfristen an das zuständige Beschwerdegericht zugestellt : Sieh

### **Anlage VB-2301**

mit weiteren Anlagen: Anlage LG-01, LG-02, LG-03, LG-04

**Schriftsatz vom 19.Nov.2022 mit Rechtsmittel der sofortigen Beschwerde wegen Antrag auf weiteres Vorverfahren zwecks Vorrang für Rehabilitierung und Schadenersatz und Anhörungsrüge wegen ausstehender Bescheidung der Rechtsbeschwerde vom 27.Sept.2022 gegen Amtsgericht Velbert 001. Brutal verfassungswidrig:**

**Totales Staatsversagen** eines demokratischen Rechtsstaates mit extremistischer Ausuferung von Politik-Versagen, Justiz-Versagen, Behörden-Versagen (Verfassungsbeschwerde vom 20.10.2022 (1 BvR 2121/22) in Anlage LG-02)

> mit politisch motivierten Zerschlagungen unter persönlicher Verantwortung von **Schröder / Steinmeier / Merkel / Söder,**  
> unter aktiver Beteiligung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks (mit Wissen der gesamten ÖRR-Intendantenschaft unter **Federführung der stellvertretenden WDR-Intendantin (2008-2022) und WDR-Justitiarin Michel (1997-2022, Schlesinger-Skandal-System überall)**)

mit laufenden Gerichtsverfahren am Verwaltungsgericht Düsseldorf und Rechtshängigkeit am Verwaltungsgericht Berlin wegen Rehabilitierung und Schadenersatz

> unter aktiver, Zeit raubender Beteiligung des Sozialversicherungsträgers (verfassungswidrige Krankenversicherung, soziale Zerschlagung mit unverhältnismäßiger Treib- und Hetzjagd an Amtsgerichten und Sozialgerichten und Be-/Verhinderung laufender Klagen auf Rehabilitierung und Schadenersatz, insbesondere in 2021 am Verwaltungsgericht Berlin)

> unter aktiver Beteiligung des Sozialversicherungsträgers an Ordnungswidrigkeitsverfahren an den Amtsgerichten Mettmann und Velbert mit angewiesenen Staatsanwälten, zweimal mit Eskalation zu Freiheitsberaubung und psychischer Folter,

> ausschließlich verursacht durch kapitale Vermögensschäden der politisch motivierten Zerschlagungen am Wohnort in NRW und am Geburtsort in Bayern,

> mit extremistischer Ausuferung durch Treib-und Hetzjagd gegen seinen Bruder am Geburtsort in Bayern in den wirtschaftlichen Ruin bis in den erzwungenen Tod (2012) und anschließender Nachlass-Insolvenz

> Politisch motivierte Zerschlagungen nicht trotz, sondern wegen: **Herausragendes Lebenswerk mit Weltklasse-Höchstleistungen, den Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH mit dem weltweit größten Congressangebot für digitale Evolution in Deutschland und Europa in den größten deutschen Congress-Centren wie Hamburg, Düsseldorf, Berlin u.a. mit nachhaltigem Wissensmanagement für digitales Innovationswachstum durch professionellen Verlagsservice (ISBN-nummerierte Congressbände, systemrelevant für das Innovationswachstum der Digitalbranche),**

> > > **ONLINE Congressbände 1976 - 2003**

> unter aktiver Beteiligung des Sozialversicherungsträgers mit unverhältnismäßiger Be-/Verhinderung/Sabotage von Rehabilitierung und Schadenersatz im laufendem Verfahren am Verwaltungsgericht Berlin ohne die Chance, in 2021 nach einer umfassenden Verfassungsbeschwerde das laufende Verfahren fortsetzen zu können



wegen ständiger Attacken des Klägers (soziale Zerschlagung unter Verantwortung des Sozialversicherungsträgers)  
> heute im 82.Lebensjahr de facto ohne Versicherungsleistungen seit 2010, mit einer verfassungswidrigen Krankenversicherung, mit Zwangsmaßnahmen auf einem Pfändungsschutzkonto, mit Fortsetzung eines erbärmlichen Opferkriminalisierungswahnsinn, mit unerträglicher Altersdiskriminierung und Generationendiskriminierung durch nachrückende Generationen in Behörden und Justiz  
> mit verfassungswidrigem Justiz-Versagen am Landgericht Wuppertal u.v.a.m.

## **002. Brutal verfassungswidrig:**

### **Totales Staatsversagen mit DEBEKA-Skandal**

mit Unterstützung durch angewiesene, skrupellose Staatsanwälte: Kläger betreibt mit sozialer Zerschlagung Fortsetzung politisch motivierter Zerschlagungen

Abartig und skandalös: Deutscher Bundestag diskutiert über bedingungsloses Grundeinkommen und Rentner im 82.Lebensjahr werden vom Sozialversicherungsträger mit sozialer Zerschlagung entsorgt.

Abartig, skandalös und primitiv: Opfer-Kriminalisierung mit Altersdiskriminierung, Kläger sabotiert Rehabilitierung und Schadenersatz mit zeitintensiven Gerichtsverfahren und Justiz-Attacken, sodass dem Opfer die erforderliche Zeit fehlt, um Rehabilitierung und Schadenersatz zu erreichen, bis heute keine abschließenden Verhandlungen an Verwaltungsgerichten möglich. Kein Zugang zu Versicherungsleistungen seit 2010, Opfer politisch motivierter Zerschlagungen müssen sich selbst im Alter über 80 Jahre um ihre Gesundheit kümmern

Verfassungswidrig und diskriminierend: Gesetz zur Beseitigung sozialer Überforderung bei Beitragsschulden in der Krankenversicherung, weil Beitragsschulden und **soziale Überforderung durch kapitale Vermögensschäden in 2-stelliger Mio-Höhe verursacht und Rehabilitierung und Schadenersatz bis heute verweigert**

Justiz verweigert Opfer politisch motivierter Zerschlagungen ohne Rechtsanwälte Gerichtsverfahren mit Mehrrichter-Verantwortung durch Abschiebung in „de facto grundrechtsfreie“ Einzelrichter-Veranstaltungen.

Verfassungswidrig: Krankenversicherung des Klägers, Gerichtsverfahren in 2021 am Landgericht Wuppertal abgelehnt. Aktenzeichen 9 S 30/21, 11 C 89/19 Amtsgericht Velbert, 3 O 61/19 Landgericht Wuppertal

Verfassungswidrig: Pfändungsschutz-Konto (seit 2013) vom Kläger missbraucht für laufende Pfändung von Rechtsanwaltskosten einer verfassungswidrigen Krankenversicherung aus künstlichem Teilversäumnisurteil am Landgericht Wuppertal (7 O 214/12)

Miserable Qualität der Klageunterlagen, um mit Unleserlichkeit Verfassungswidrigkeiten zu verdecken: Sieh Anlage LG-01 Seite 7-19 Brutal verfassungswidrig: Soziale Zerschlagung des beklagten Opfers politisch motivierter Zerschlagungen vom Kläger mit Sabotage von Rehabilitierung und Schadenersatz und mit unverhältnismäßiger Anzahl von Mahnbescheiden (6 Mahnbescheide mit Gegenerklärung) getoppt. Sieh Anlage LG-04

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/unrecht-22.pdf>

mit weiteren Anlagen: Anlage LG-01, LG-02, LG-03, LG-04

**Um eine aktuelle und qualifizierte Information über das Umfeld zu geben, wurde laufende Verfassungsbeschwerde beigefügt:** Sieh

## **Anlage LG-02**

### **Verfassungsbeschwerde 1 BvR 2121/22 vom 20.10.2022**

wegen einer verfassungswidrigen Verwaltungsjustiz  
mit Instanzen, Gerichte und Verfahren übergreifender Eskalation  
mit Fortsetzung am Amtsgericht Velbert / Landgericht Wuppertal  
mit **systematischer, Rechte beugender und Justiz belastender**  
**Verweigerung des längst fälligen**  
**Vorrang für Rehabilitierung und Schadenersatz für**  
**Politisch motivierte Zerschlagungen seit über 20 Jahren (1998)**  
mit Verweigerung von Rehabilitierung und Schadenersatz  
mit **extremistischer Ausuferung**

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-28f.pdf>

Scroll down after link (page 251)

### **BVERFG-2201. Angegriffene Hoheitsakte in chronologischer Folge.**

#### **Totales Justiz-Versagen mit Behörden-Versagen am Verwaltungsgericht:**

Anstatt Rehabilitierung und Schadenersatz Fortsetzung mit neuer, verfassungswidriger Zerschlagungsvariante am Amtsgericht durch Richterin Kunze mit Unterstützung durch Rechtspfleger Jacob und 2 Obergerichtsvollzieherinnen (Christiane Bräutigam, Katja Sommerfeld)

**Verfassungswidrigkeit von Gerichte übergreifenden Verfahren aus Verwaltungsgerichten:** Mit weiterführenden Verfahren an Amtsgericht und Landgericht anzugreifende Gerichtskosten für verfassungswidrige Urteile am Verwaltungsgericht rein gewaschen (wie „Geldwäsche“ von illegal erwirtschafteten Geldern)

Verfassungswidriges Einzelrichter-Urteil 27 K 4325/18 vom 24.Aug.2021 an VG Düsseldorf: > > > Verfassungsbeschwerde 1 BvR 1319/22 vom 20.06.2022 (Kapitel BVERFG-371)

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-28f.pdf>

**Behörden-Versagen: Justiz-Behörde Hamm entsorgt anzugreifende Gerichtskosten durch Weiterleitung an Amtsgericht Velbert mit Hilfe von Obergerichtsvollzieherin Christiane Bräutigam**

#### **Justiz-Versagen: Opfer verhöhnende Beschlüsse des Amtsgerichtes Velbert 16 M 188/22 vom 10.06.2022/14.06.2022**

Amtsgericht Velbert wird wie bei „Geldwäsche“ für illegal erwirtschaftete Gelder für Durchsetzung verfassungswidriger Urteile missbraucht, um Gerichtskosten für verfassungswidriges Einzelrichter-Urteil an Verwaltungsgerichten zu rechtfertigen und „rein zu waschen“ und mit Hilfe einer 2.Gerichtsvollzieherin (Katja Sommerfeld) gegen einen über 80-jährigen Rentner zu vollstrecken nach extremistischer Ausuferung politisch motivierter Zerschlagungen seit 1998, weil für sein Lebenswerk mit Weltklasse-Höchstleistungen für Deutschland und Europa bis heute Rehabilitierung und Schadenersatz verweigert wird.

### **BVERFG-2202. Die Wahrheit ist:**

**Politik-Versagen und Staats-Versagen unter der regierenden Generation seit 1998, seit über 20 Jahren,**  
**mit sanktioniertem Alt-Bundeskanzler und Putin-Berater Gerhard Schröder,**  
**mit einer Alt-Bundeskanzlerin Angela Merkel ohne Reue und Schuld-Gefühle im und am Ukraine-Putin-Krieg mit Zeitenwende,**  
beide nachweislich persönlich hauptverantwortlich für  
extremistische Ausuferung politisch motivierter Zerschlagungen  
des Beschwerdeführers am Wohnort und am Geburtsort,  
mit einer Treib- und Hetzjagd gegen seinen Bruder bis in den Tod

und in den wirtschaftlichen Ruin bis zur Nachlass-Insolvenz unter zusätzlicher Verantwortung von und mit Rückendeckung aus Berlin:

**Markus Söder, heute Ministerpräsident des Freistaates Bayern,** mit einer Treib- und Hetzjagd gegen den Beschwerdeführer mit mehrfacher Freiheitsberaubung, Hausfriedensbruch, kapitalen Vermögensschäden und Erzwingung der Firmeninsolvenz wegen seinem

**herausragenden Lebenswerk mit Weltklasse-Höchstleistungen, die Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH mit dem weltweit größten Congressangebot für digitale Evolution in Deutschland und Europa in den größten deutschen Congress-Centren wie Hamburg, Düsseldorf, Berlin u.a.**

**mit nachhaltigem Wissensmanagement für digitales Innovationswachstum durch professionellen Verlagsservice (ISBN-nummerierte Congressbände, systemrelevant für das Innovationswachstum der Digitalbranche),**

mit erbärmlichen Versagen des Öffentlich-rechtlichen Rundfunks nach Information an die gesamte Intendantenschaft, unter persönlicher Mittäterschaft der stellvertretenden WDR-Intendantin und WDR-Justitiarin Eva-Maria Michel mit Rückendeckung aus Berlin, heute mit

**Schlesinger-Skandal und Schlesinger-System bundesweit,** mit Justiz-Versagen bei Opfer-Kriminalisierung, Alters- und Generationen-Diskriminierung und Behörden-Versagen durch Rein-Waschen verfassungswidriger Urteile mit Gerichte übergreifenden Gerichtsverfahren wie bei „Geldwäsche mit illegal erwirtschafteten Geldmengen“, mit Justiz-Versagen zu Staats-Versagen unter Verantwortung der regierenden Generation seit 1998, seit über 20 Jahren: Ursache für

extremistische Ausuferung politisch motivierter Zerschlagungen am Wohnort und am Geburtsort und ausschließliche Ursache für soziale Zerschlagung ohne soziale Sicherheit durch verfassungswidrige Rechtsanwendung von Sozialgesetzen Definitiv: Vorrang für Rehabilitierung und Schadenersatz zu politisch motivierten Zerschlagungen seit 1998 und zu sozialer Zerschlagung seit 2010 nach Auflösung der Altersrücklagen

**anstatt Gerichte und Verfassungsbeschwerden übergreifende Kosten-Hetzjagd auf Zerschlagungsoffer mit Missbrauch von Justizbehörden im 81.Lebensjahr**

**BVERFG-2203.** Beschwerdeführer ist mit Recht stolz darauf, dass führende Persönlichkeiten aus Politik, Wissenschaft, Wirtschaft und Verwaltung

Teil seines herausragenden Lebenswerkes sind und **Zeugen seiner Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution** in Deutschland und Europa, wie z.B.

**Dr. Johannes Rau,** Ministerpräsident des Landes Nordrhein-Westfalen und später Bundespräsident der Bundesrepublik Deutschland, Schirmherr und Eröffnungsredner auf der KOMMTECH'88, sieh im Internet

> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112111>

> > > <http://www.euro-online.de/kommtech.html>

**Dr. Bernhard Vogel,** Ministerpräsident des Landes Rheinland-Pfalz und später des Freistaates Thüringen, Vorsitzender der Rundfunk-Kommission der Ministerpräsidenten, Festredner auf der ONLINE'85

> > > <http://www.euro-online.de/1984.htm>

**Prof. Dr.jur. Erich Häußer**, Präsident des Deutschen Patentamtes, zudem verantwortlich für den Aufbau des Patentwesens in China, Congressleiter auf der ONLINE1993, Beiratsvorsitzender auf den Europäischen Congressmessen ONLINE1994 und ONLINE1995  
> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=11211>

**Dr. Henning Voscherau**, Erster Bürgermeister der Freien und Hansestadt Hamburg (1988 – 1997), Präsident des Bundesrates der Bundesrepublik Deutschland (1990 -1991), langjährigen Förderer, Schirmherr und Gastgeber der Europäischen Congressmessen ONLINE in Hamburg (1986 -1997) auf seiner Europäischen Congressmesse ONLINE'97:  
„Wir in Hamburg sind uns der Bedeutung der ONLINE als feste Größe in der Hamburger Kongresslandschaft bewusst.“  
"Hamburg und ONLINE – das gehört inzwischen zusammen wie Hamburg und Hafen"

> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=1121>

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/WDR2017-0.pdf>

Scroll down after link (page 7)

**Dr. Günter Rexrodt**, Begrüßungsredner als Senatsdirektor auf dem Senatsempfang für Congress-Teilnehmer auf der ONLINE1984 in Berlin, Bundesminister für Wirtschaft der Bundesrepublik Deutschland auf der ONLINE 1996 in Hamburg :  
„Solche Orte des Austauschs und der Praxis brauchen wir heute besonders dringend“ . . .

"Die ONLINE '96 leistet mit dem weltweit größten Congressangebot für technische Kommunikation einen wichtigen Beitrag für die wirtschaftliche Zukunft Deutschlands.“

> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=1121>

**Karel van Miert**, Mitglied der Europäischen Kommission, EU-Kommissar (1989 bis 1999) für Wettbewerb, auf der ONLINE 1997

> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56&f=1#3>

**Joachim Erwin**, Oberbürgermeister der Landeshauptstadt Düsseldorf, Eröffnungsredner auf der ONLINE 2001

> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112>

**Erkki Liikanen**, Mitglied der Europäischen Kommission, EU-Kommissar für Unternehmen und Informationsgesellschaft, auf der ONLINE 2001

> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112>

## Anträge

Die detaillierten Ausführungen zu den Kapiteln sind zusätzlich nachlesbar in der vernetzten Internet-Doku der Verfassungsbeschwerde:

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-28f.pdf>

Scroll down after link (page 251)

## Anlage LG-03

### 26 OWi-523 Js 814/22-84/22

Mitteilung des Amtsgerichtes Velbert vom 07.09.2002 (eingegangen am 13.09.2022) über Termin der Hauptverhandlung wegen Einspruch gegen den Bußgeldbescheid vom 28.06.2022 (Kreis Mettmann)

**Rechtsmittel der Rechtsbeschwerde gegen Bescheid und gegen Termin der Hauptverhandlung gemäß §79 OWiG u.a.m.**

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/AG-VE1.pdf>

**01. Brutal verfassungswidrig mit Alters- und Generationen-Diskriminierung gegen einen Rentner im 81.Lebensjahr, mit Opfer-Diskriminierung und Opfer-Kriminalisierung seit 2011 (über 10 Jahre), weil . . .**

**weil** die politisch motivierten Zerschlagungen unter Schröder / Steinmeier / Merkel / Söder unter Mittäterschaft des ÖRR seit 1998 (siehe Anlage OWiV-02) andauern, seit über 20 Jahren (Anlage OWiV-02)

**weil die politisch motivierten Zerschlagungen einzige Ursache sind für soziale Zerschlagung unter Debeke (Zeugen) und der Zeuge längst zum Mittäter geworden ist,**

**weil** Sozialgesetze für soziale Zerschlagung nach politisch motivierten Zerschlagungen seit 1998 missbraucht werden,

**weil** der Zeuge mit ständigen Attacken gegen das Zerschlagungsoffer nicht soziale Sicherheit will, sondern soziale Zerschlagung und aktuell so Schadenersatzverfahren mit unqualifizierten Attacken behindert und verhindert, und so zum Mittäter geworden ist,

**weil** langjähriges Behörden-Versagen Ursache ist, dass weisungsgebundene Staatsanwälte solche Bußgeld-Verfahren immer wieder zu betreiben haben,

**Daher:** Zurückweisung mit Rechtsmittel der Rechtsbeschwerde gegen Bescheid und gegen Termin der Hauptverhandlung gemäß §79 OWiG u. a.

**02. Kein grundrechtsfreier Raum in Deutschland, auch Ordnungswidrigkeitsverfahren sind kein grundrechtsfreier Raum,** schon gar nicht im Umfeld von politisch motivierten Zerschlagungen seit 1998.

Zeugen-Benennung von Debeke (Z1) und Jarski (Z2) ohne Zeugenbedarf

**03. Bewertung des Bußgeldverfahrens nicht wegen Verkehrsordnungswidrigkeit:**

**Faktenlage politisch motivierter Zerschlagungen 2022:**

**Makaber, pervers, skandalös, verfassungswidrig**

**Politik-Versagen, Justiz-Versagen, ÖRR-Versagen, Staats-Versagen:**

**Politisch motivierte Zerschlagungen nicht trotz, sondern wegen einem herausragenden Lebenswerk mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa, ohne Subventionen, mit weltweit größtem Congressangebot für digitale Evolution inkl. professionellem Verlagsservice (Zerschlagung 1, Z1)**

**Zerschlagungsoffer: Ausgehelt, zerschlagen, abgehängt, ausgegrenzt, entrechtet und versklavt unter persönlicher Verantwortung der Täter**

**Schröder/Steinmeier/Merkel** verantwortlich für Scherbenhaufen deutscher Digitalpolitik, deutscher Energiepolitik, deutscher Sicherheitspolitik und deutscher Außenpolitik (Politik-Versagen) bis zur

**Ukraine-Putin-Krieg-Zeitenwende** mit Russland/Putin-Nähe, seit 21.09.2022 Eskalation mit Teilmobilmachung der russischen Regierung,

jetzt auch mit skandalösen Enthüllungen im Gebühren-finanzierten Öffentlich-rechtlichen Rundfunk

**Vom Schlesinger-Skandal** (mit Vetternwirtschaft, Filz mit hohen Gehältern und Bonus-Aufschlägen, Spesenbetrug, persönliche Bereicherung ohne Unrechtsbewusstsein, „Spitze eines Eisbergs“ wegen mangelnder Kontrolle und Transparenz)

zum ÖRR-Skandal („System Schlesinger“ überall)

**bis zur Mittäterschaft bei politisch motivierten Zerschlagungen** mit Rückendeckung durch Berlin seit 1998

**04. Aus der Sicht des Bundesverfassungsgerichts:**



**Bürger haben Grundrechte, Untertanen nicht**

**„Bürger sind keine Untertanen“**

**„Grundgesetz muss man nicht lieben, aber respektieren“**

**„Es gibt keinen grundrechtsfreien Raum in Deutschland“**

**Nicht nur erdrückende Beweislage bei Gerichten vorgelegt,  
sondern auch hochqualifizierte Zeugen mit aktiver Beteiligung an  
seinem Lebenswerk nachgewiesen wie**

**Bundespräsidenten, Ministerpräsidenten, EU-Kommissare und  
EU-Generaldirektoren, Bundesminister, : : :  
führende Persönlichkeiten aus Wissenschaft, Wirtschaft, Politik  
und Verwaltung . . . . .**

Bürger haben Grundrechte, Untertanen nicht

Grundrechte sind zu respektieren, sind weder käuflich noch strafbar,  
Rechtsbeugung ist strafbar in besonders schwer wiegenden Fällen,  
Rechtsanwendungen in Beschlüssen und Urteilen haben keine  
Rechtskraft, wenn Grundrechte nicht respektiert werden,  
es gibt keinen grundrechtsfreien Raum in Deutschland, aber ein  
grundrechtsgleiches Recht auf Widerstand! .

Anlage LG-03 mit weiteren Anlagen: Anlage OWiV-01, OWiV-02,  
OWiV-03

**Anlage OWiV-01: Zerschlagung 5 (Z5): Opfer kriminalisierende  
Ordnungswidrigkeitsverfahren am Amtsgericht Mettmann mit  
zweimaliger Freiheitsberaubung und psychischer Folter unter  
dem Opfer diskriminierenden Deckmantel der Erzwingungshaft**

Legende der zugesandten Schriftsätze seit 2011 mit Zugriff auf  
vernetzte Internet-Doku einer Opfer verhöhnenden, Menschen  
verachtenden Kosten-Hetzjagd mit Bußgeldverfahren mit Kumpanei  
von „Versicherung“, Rechtsanwälten und weisungsgebundenen  
Staatsanwälte mit Zielsetzung der sozialen Zerschlagung  
Beweise 5 (Z5) für Zerschlagung 5 zusätzlich nachlesbar in der  
vernetzten Internet-Doku:

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Beweise5.pdf>

**Anlage OWiV-02: Kausales Umfeld des Bußgeld-Verfahrens  
Zerschlagung 3 (Z3): Opfer kriminalisierende Verfahren am  
Verwaltungsgericht Düsseldorf mit Klage auf Schadenersatz und  
mit ausführlicher Beschreibung des Umfeldes politisch  
motivierter Zerschlagungen einschließlich sozialer Zerschlagung  
(Z4, Z5)**

wegen Mittäterschaft der gesamten Intendantenschaft des Öffentlich-  
rechtlichen Rundfunks seit 1998 mit erdrückender Beweislage zu  
skandalösen Praktiken (Schlesinger-Skandal) und der  
stellvertretenden WDR-Intendantin mit Sondervollmachten und mit  
Rückendeckung durch die Bundeskanzlerin

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/WDR2021-0.pdf>

Scroll down after link (page 253)

**Anlage OWiV-03: Aktuelles Bußgeld-Verfahren einer  
verfassungswidrigen, unverhältnismäßigen Kosten-Hetzjagd seit  
2011 (Z5) mit Bußgeld-Bescheid und anschließender  
Rechtsbeschwerde gemäß Anlage LG-03:**

**Behördenkommunikation des Kreises Mettmann und Festsetzung  
einer Hauptverhandlung am Amtsgericht Velbert**

**mit weiteren Hinweisen, die in Anbetracht von Politik-Versagen,  
Behörden-Versagen, Justiz-Versagen mit Beugung von Wahrheit,  
Recht und Verfassung und Staats-Versagen nicht mehr  
nachvollziehbar ist.**

**Anlage VB-2302**

mit weiteren Anlagen: Anlage LG-05, LG-06, LG-07



**Schriftsatz vom 01.Dez.2022 mit Rechtsmittel der Anhörungsrüge nach §321a ZPO wegen Versagung von rechtlichem Gehör durch Nicht-Bescheidung der Sofortigen Beschwerde vom 19.Nov.2022 zu 3 O 228/22 Landgericht Wuppertal gegen vorzeitige Eröffnung eines Justizverfahren mit brutal verfassungswidriger Klage**

**003. Brutal verfassungswidrig: Ausgehebelt, abgehängt, ausgegrenzt, zerschlagen, entrechtet, versklavt: Politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998, Ausgehebelt mit der staatlichen UMTS-Auktion 2000, anschließend mit unverhältnismäßiger, bundesweiter Opferkriminalisierung (Täter/Opfer-Umkehr) ausgegrenzt.**

Unverhältnismäßige Sabotierung der Klagen auf Rehabilitation und Schadenersatz an Verwaltungsgerichten Düsseldorf und Berlin

> durch Kläger in Zusammenarbeit mit weisungsgebundenen Staatsanwälten, mit Opfer-Kriminalisierung seit 2011 und jetzt mit sozialer Zerschlagung

> durch Landgericht Wuppertal mit verfassungswidriger Abschiebung von 2 Schadenersatz-Verfahren seit 2015 / 2016 an Verwaltungsgericht Berlin (entgegen Art.34 GG),

> durch Aufdeckung der Kumpanei der Intendanten von ARD und ZDF inkl. Rundfunksperrre und Bundeskanzleramt mit

**persönlicher Verantwortung von Schröder / Steinmeier / Merkel** am Verwaltungsgericht Düsseldorf

> jetzt mit drohender Verweisung an das Amtsgericht Velbert und Fortsetzung der Opferkriminalisierung mit sozialer Zerschlagung mit verkürzter Antwortfrist.

(Anlage LG-05, LG-06)

Wie sollen richterliche Verfügungen umgesetzt werden, wenn Rehabilitation und Schadenersatz bis heute versagt werden und vom Kläger in Kumpanei mit weisungsgebundenen Staatsanwälten sabotiert werden? Wie?

> > > Daher: Vorrang für Rehabilitation und Schadenersatz mit Anspruch auf ein humanes Lebensende ohne Justiz-Versagen

> > > Daher Rechtsmittel der Anhörungsrüge nach §321a ZPO wegen Versagung von rechtlichem Gehör durch Nicht-Bescheidung der Sofortigen Beschwerde vom 19.Nov.2022

zu 3 O 228/22 Landgericht Wuppertal

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/unrecht-22.pdf>

Scroll down after link (page 17)

mit weiteren Anlagen: Anlage LG-05, LG-06, LG-07

Zu BVERFG-2302. Vorrang für Rehabilitierung und Schadenersatz, weil Probleme der Sozialversicherungen ausschließlich durch politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998 verursacht  
Brutal verfassungswidrig: Sabotierung der Klagen auf Schadenersatz und Rehabilitierung durch orgienartige Überflutung mit Gerichtsverfahren der sozialen Zerschlagung, deren Unmenge vom Zerschlagungsopfer im 82.Lebensjahr nicht mehr zu verarbeiten  
Brutal verfassungswidrig: Exzesse der Altersdiskriminierung ohne Respektierung der herausragenden Lebensleistung des Beschwerdeführers:  
**Weltklasse-Höchstleistungen, den Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH mit dem weltweit größten Congressangebot für digitale Evolution in Deutschland und Europa in den größten deutschen Congress-Centren wie Hamburg, Düsseldorf, Berlin u.a. mit nachhaltigem Wissensmanagement für digitales Innovationswachstum durch professionellen Verlagsservice (ISBN-nummerierte Congressbände, systemrelevant für das Innovationswachstum der Digitalbranche),**  
> > > [ONLINE Congressbände 1976 - 2003](#)  
Zerschlagungsopfer: Ausgehelt, zerschlagen, abgehängt, ausgegrenzt, entrechtet und versklavt unter persönlicher Verantwortung der Täter  
Ausgehelt mit der staatlichen UMTS-Auktion2000 unter persönlicher Verantwortung von Schröder / Steinmeier  
Politisch motivierte Zerschlagung am Wohnort und am Geburtsort in Bayern unter persönlicher Verantwortung von Merkel / Söder / Michel.  
Erdrückende Beweislage mit Schriftsatz vom 20.Sept. 2022 an das Verwaltungsgericht Düsseldorf (Anlage VB-2304)  
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/WDR2021-0.pdf>  
Scroll down after link (page 253)  
mit Antrag auf Anerkennung des Anspruchs auf Rehabilitierung und Schadenersatz  
mit Mehrrichter-Entscheidung  
nach Verfassungsbeschwerde 1 BvR 1319/22 vom 20.Juni 2022 und [ARD/ÖRR-Krise mit Schlesinger-Skandal](#)  
Fortsetzung der Klage mit Verfassungsbeschwerde 1 BvR 1319/22 vom 20.Juni 2022 wegen Anerkennung und Vorrang des Anspruchs auf Rehabilitierung und Schadenersatz für politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998 unter Mittäterschaft des ÖRR mit persönlicher Beteiligung von [Eva-Maria Michel](#), WDR-Justiziarin seit Okt.1997 und Stellv. Intendantin des WDR seit Jan.2008 bis Okt. 2022

Sieh Anlage VB-2304

Der Schriftsatz vom 20.Sept. 2022 an das Verwaltungsgericht Düsseldorf umfasst 242 Seiten mit Anlagen plus

**2 ONLINE'98 Programme mit**

**2 Congressmesse-Kataloge**

**8 Congressbände I bis VIII (ISBN-nummeriert)**

**6 Tutorial Bände A-F (ISBN-nummeriert)**

Der Schriftsatz enthält folgende Kapitel (174, 175, 176, 177 als Kurzfassung) und Anlagen:

174. Öffentlich-rechtlicher Rundfunk mit Arroganz ohne Kontrolle und  
Transparenz mit Rückendeckung durch **Schröder/Steinmeier/Merkel**:  
Politisch motivierte Zerschlagungen und Verhinderung des  
Wiederaufbaus der Europäischen Congressmessen ONLINE.  
Skrupellose Vorteilsbeschaffung für ARD/WDR/Phoenix/ZDF und für  
sich selbst (Beförderung zur stellvertretenden Intendantin u.a.)  
mit Beteiligung an politisch motivierten Zerschlagungen und  
mit Verhinderung des Wiederaufbaus der Europäischen  
Congressmessen ONLINE durch Rundfunksperre in Polit-  
Magazinen und Polit-Talks unter Verantwortung von  
**Eva-Maria Michel**, WDR/Phoenix-Justiziarin seit Okt.1997 und  
Stellvertretende Intendantin des WDR seit Jan.2008 bis 2022  
Phoenix, öffentlich-rechtlicher Fernsehsender, Gemeinschaftseinrichtung  
von ARD (von WDR vertreten) und ZDF.  
Sendestart von Phoenix: 7.April 1997.  
Phoenix-Team mit Presse-Ausweis auf der ONLINE'98, erstellt  
multimediale Raubkopie von qualifiziertem, ganztägigem, Teilnehmer-  
finanziertem Management-Symposium I-1 (16.02.1998) zu rechtswidriger  
Nutzung auf anderen Veranstaltungen  
Teilnehmer-Finanzierung mit multimedialer Raubkopie durch gebühren-  
finanzierten Sender ausgehebelt: Missbrauch der Raubkopien für  
nachfolgende Veranstaltungen ohne Information des Veranstalters nach der  
ONLINE'98 unter Verantwortung der WDR-Justitiarin.  
Jan.2008: Ernennung der WDR-Justitiarin zur stellvertretenden  
Intendantin mit erweiterten Vollmachten, z.B. für/wegen  
Überwachung der Rundfunksperre zu politisch motivierter  
Zerschlagung der Europäischen Congressmessen in 2000/2003  
und zur Verhinderung des Wiederaufbaus durch Rundfunksperre  
nach mehrfachen Anschreiben des Klägers im Okt.2007 an  
alle Intendanten des ÖRR mit Internet-Link zu konstruktiven  
Schreiben vom 28.09.2007 an Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel  
(sieh Anlage Innovationen3 mit beigefügten Abschnitten 01-16  
bzw. Internet mit beigefügten Abschnitten 01-16 )  
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/innovationen3.pdf>  
Nachweis mit qualifiziertem Zeugenbeweis am Verwaltungsgericht  
Düsseldorf bis dato vorsätzlich unterdrückt, um weitergehende  
Beweisinformationen zu verhindern,  
Gerichtliche Unterstützung mangelnder Kontrolle und Transparenz im ÖRR  
durch diskriminierende Parteilichkeit des Gerichts nur mit  
Ablehnungsgesuch des Einzelrichters zu verhindern.  
Intendant-Vollmacht für Rundfunksperre der stellvertretenden  
Intendantin mutmaßlich mit Rückendeckung durch Bundeskanzlerin:  
> > > Anlage Innovationen3, Anlage VI-4 / V-4 und Anlage VI-5 / V-5  
2005-2007: Anschreiben am 28.09.2007 an Bundeskanzlerin mit den  
Abschnitten 01-16 und weiteren Anschreiben voraus in 2005 an  
Bundeskanzlerin und an Ministerpräsidenten der Bundesländer gemäß  
Abschnitt 16 und  
nach Intendanten-Anschreiben in 2007 (alle Intendanten der ARD und des  
ZDF waren informiert), danach Ernennung von  
**Eva-Maria Michel** zur stellvertretenden Intendantin des WDR seit  
Jan.2008 mit Sondervollmachten zur Überwachung der  
Rundfunksperre in Politmagazinen bis heute.  
Alle Vorgänge am ÖRR mutmaßlich mit Rückendeckung aus Berlin seit  
1998:  
Persönliche Vorteilsnahme: WDR-Justiziarin hat sich mit erforderlichen  
Vollmachten ausstatten und zur stellvertretenden Intendantin  
befördern lassen, im Widerspruch zu

**Monika Piel**, ARD-Vorsitzende (2011-2012) und WDR-Intendantin (Rücktritt aus persönlichen Gründen in Jan.2013, im April 2013 umgedeutet zu gesundheitlichen Gründen)

nach Verfassungsbeschwerde vom 15.01.2013 mit Schreiben an WDR-Intendantin als Anlage3 (Beweisanlage)

Offensichtliche Konfliktsituation: WDR-Intendantin wollte die politisch motivierten Zerschlagungen nicht mit verantworten im Gegensatz zur stellv. Intendantin

Seit 2013: Fortsetzung der Treib- und Hetzjagd durch den WDR über das Verwaltungsgericht Düsseldorf unter Verantwortung der stellv. Intendantin und WDR-Justitiarin, die als Nachfolgerin der zurückgetretenen WDR-Intendantin ohne Chance war, offensichtlich aus schwerwiegenden Gründen im Zusammenhang mit der Ernennung zur stellvertretenden Intendantin mit Sondervollmachten.

2013 Tom Buhrow Nachfolger als WDR-Intendant, voll informiert vom Kläger, immer wieder persönlich angeschrieben, Intendant hat längst fällige Antwort verweigert:

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/WDRintendanz.pdf>

Scroll down after link (page 89)

Verteiler dieses Schreibens vom 06.März 2018:

Bundesverfassungsgericht, Erster Senat, 1 BvR 444/18.

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-18.pdf>

Scroll down after link (page 84)

Ulrich Wilhelm, ARD-Vorsitzender und Vertreter des Öffentlich-rechtlichen Rundfunks, Intendant des Bayerischen Rundfunks.

Dr. Thomas Bellut, Intendant des ZDF,

Tom Buhrow, Intendant Westdeutscher Rundfunk,

vertretungsberechtigt für Öffentlich-rechtlichen Rundfunk.

175. Faktenlage politisch motivierter Zerschlagungen 2022:

Makaber, pervers, skandalös, verfassungswidrig

Politik-Versagen, ÖRR-Versagen, Staats-Versagen:

**Politisch motivierte Zerschlagungen nicht trotz, sondern wegen einem herausragenden Lebenswerk mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa, ohne Subventionen, mit weltweit größtem Congressangebot für digitale Evolution inkl. professionellem Verlagsservice (Zerschlagung 1, Z1)**

Zerschlagungsopfer: Ausgehobelt, zerschlagen, abgehängt, ausgegrenzt, entrechtet und verklavt unter persönlicher Verantwortung der Täter

Schröder/Steinmeier/Merkel verantwortlich für

Scherbenhaufen deutscher Digitalpolitik, deutscher Energiepolitik, deutscher Sicherheitspolitik und deutscher Außenpolitik (Politik-Versagen) bis zur

Ukraine-Putin-Krieg-Zeitenwende mit Russland/Putin-Nähe, seit 21.09.2022 Eskalation mit Teilmobilmachung der russischen Regierung,

jetzt auch mit skandalösen Enthüllungen im Gebühren-finanzierten Öffentlich-rechtlichen Rundfunk

Vom Schlesinger-Skandal (mit Vetternwirtschaft, Filz mit hohen Gehältern und Bonus-Aufschlägen, Spesenbetrug, persönliche Bereicherung ohne Unrechtsbewusstsein, „Spitze eines Eisbergs“ wegen mangelnder Kontrolle und Transparenz)

zum ÖRR-Skandal („System Schlesinger“ überall)

bis zur Mittäterschaft bei politisch motivierten Zerschlagungen

mit Rückendeckung durch Berlin seit 1998:

**Qualifizierter Zeugenbeweis am Verwaltungsgericht ohne Begründung unterdrückt** und ohne Bewertung, weil weitere Untaten/Missstände des ÖRR aufklärbar sind: ohne Chance seit 2013:

Verwaltungskritische Justiz: **Mehrrichter-Entscheidungen** für politisch motivierte Zerschlagungen unverzichtbar (Unerträglich: Einzelrichter-Entscheidung nach Ablehnungsgesuch), weil sippenweise Zerschlagung am Wohnort (Z1), am bayerischen Geburtsort (Z2) mit Söder-Nähe, mit Beteiligung des ÖRR (Z3), parallel mit sozialer Zerschlagung (Z4), mit mehrfacher Freiheitsberaubung und psychischer Folter (Z5),

Barbarisch brutal, verfassungswidrig: Missbrauch sozialer Zerschlagung im Alter von über 80 Jahren mit gerichtlicher Treib- und Hetzjagd als Fortsetzung politisch motivierter Zerschlagungen.

Barbarisch brutal, respektlos und humanes Sterben verweigert: Missbrauch von Justizbehörden für Treib- und Hetzjagd bis in das hohe Alter ohne Rehabilitation und Schadenersatz (2012: Erzwungener Freitod seines Bruders im 73.Lebensalter am Geburtsort in Bayern mit anschließender Nachlass-Insolvenz nach ökonomischer, politisch motivierter Zerschlagung, seines qualifizierten Lebensmittelbetriebes seit 1998.

Ausuferung der politisch motivierten Zerschlagungen am Geburtsort unter Söder wäre mit Sicherheit vermeidbar gewesen)

**2008: Eva Maria Michel**, seit 1997 WDR-Justiziarin, auch zuständig für ARD-Interessen beim neuen Sender Phoenix (1997 gegründet), befördert zur Stellvertretenden Intendantin nicht nur zwecks Rundfunk-Sperre nach konstruktivem Beschwerde-Brief an alle Intendanten der ARD/ZDF und an Altbundeskanzlerin Dr. Angela Merkel vom 28.09.2007 **Erschwerend**: Verbindung zwischen Täterschaft am Geburtsort in Bayern und Täterschaft des ÖRR / WDR unter Söder/Michel mit Merkel-Rückendeckung

**Januar 2013: Rücktritt von WDR-Intendantin Monika Piel aus persönlichen Gründen** nach mehrfachem Anschreiben durch das Zerschlagungsoffer und nach Verfassungsbeschwerde vom 15.01.2013.

Folgewirkungen der Rundfunk Sperre in Polit-Magazinen unter Kontrolle der stellvertretenden Intendantin: Extremistische Auswirkungen (Z2, Z3, Z4, Z5, erzwungener Freitod in 2012) der politisch motivierten Zerschlagungen hätten verhindert werden können, mit Aufklärung über Polit-Magazine daher viel höhere Schadensbewertung erforderlich als bisher angenommen),

Mehrfache, intensive Bemühungen um qualifizierte Information der Öffentlichkeit über politisch motivierte Zerschlagungen ohne Chance seit 2007 z.B.

**Rundfunk Sperre** des Klägers zu einer **Maischberger-Sendung in 2017** über Zusammenhang von politisch motivierten Zerschlagungen, Agenda 2010 und HARTZ IV

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/WDR2017-0.pdf>

Scroll down after link (page 72)

**176. Herausragendes Lebenswerk des Zerschlagungsoffers mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa, ohne Subventionen, mit weltweit größtem Congressangebot für digitale Evolution inkl. professionellem Verlagsservice (Zerschlagung 1, Z1)**

Europäische Congressmessen ONLINE und KOMMTECH : Weiterentwicklung der in Mitteleuropa führenden ONLINE-Seminarreihe, vom Zerschlagungsoffer persönlich ohne Subventionen entwickelt und durchgeführt in D, A, CH

Herausragendes Lebenswerk des Zerschlagungsoffers nicht nur das Ergebnis eines geeigneten Business-Plan, sondern das Ergebnis japanischer Lebens- und Arbeitsphilosophie Kaizen, in deren Zentrum das Streben nach kontinuierlicher und



unendlicher Verbesserung steht. Verbesserung erfolgt in schrittweiser, punktueller Perfektionierung oder Optimierung eines Produktes oder Prozesses: Sieh Anlage VG-2210

26 Jahre Europäische Congressmessen.

Qualifikation der Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH bis heute nicht anerkannt, weil privatrechtlich (Familien-Unternehmen) organisiert und wegen Mittäterschaft des gebührenfinanzierten ÖRR, mit rechtswidriger Vorteilsnahme durch multimediale Raubkopien von Teilnehmer-finanzierten Congress-Symposien am Beispiel der Europäischen Congressmesse ONLINE '98, mit Rückendeckung aus Berlin, in bester Abstimmung mit Bayerischer Staatsregierung, mit Rundfunksperre in Polit-Magazinen, mit Unterdrückung qualifizierter Zeugenbeweise zerschlagen: Sieh beiliegenden Beweise.

177. Brutal verfassungswidrig, Menschen verachtend, Bürger verachtend und Gebührenzahler verachtend:

Extremistische Ausuferung politisch motivierter Zerschlagungen seit 1998:

Ausgehebelt, zerschlagen, abgehängt, ausgegrenzt, entrechtet.

Politik in Berlin und München, Öffentlich-rechtlicher Rundfunk und Sozialversicherungsträger Hand-in-Hand: Seit über 20 Jahren, wie lange noch so weiter?

Hand-in-Hand: Schröder / Steinmeier / Merkel / Söder / Huml / Michel / Intendanten des Öffentlich-rechtlichen Rundfunks

**Respekt vor Intendantin Monika Piel**, die dies nicht mitmachen wollte! Alle andere Intendanten der ARD und des ZDF (gesamte Intendantenschaft) wussten Bescheid.

Zerschlagen nicht nur:

Weltklasse-Höchstleistungen der Europäischen Congressmessen für digitalen Innovationstransfer, herausragendes Lebenswerk des Zerschlagungsopfers,

Zerschlagung seines Unternehmens mit hochqualifizierten, schon in 2000 voll digitalisierten Arbeitsplätzen mit einem professionell arbeitenden Congressmesse-Team, das in 2003 entlassen werden musste, aber mit dem Versprechen, alle beim schnellstmöglichen Wiederaufbau der Congressmessen zurückholen zu wollen.

Danach

Zerschlagung seiner professionell operierenden Lieferkette, deren Firmen andere Auftraggeber suchen mussten,

Zerschlagung seiner Kundenpotentiale (Hauptkundenstamm New Economy 2000, digitale Innovationselite), seiner Referenten- und Aussteller- Potentiale durch Rundfunksperre mit Rückendeckung aus Berlin

Zerschlagung seines Geschäftshauses: Repräsentative Gründerzeit-Villa von deutschen Banken für Schuldentilgung konfisziert, weil Wiederaufbau verweigert

Zerschlagung seines bayerischen Geburtshauses mit Geschäfts- und 2.Wohn-Immobilie, mit einer Treib- und Hetzjagd seines Bruders in den wirtschaftlichen Ruin bis in den Tod (Erzwingung seines Freitodes in 2012 mit öffentlicher Diskriminierung und Diffamierung in Kommunalwahlen und öffentlichen Pressekonferenzen des Landratsamtes Tirschenreuth (Volksjustiz) und verfassungswidrigen Urteilen am Verwaltungsgericht Regensburg und anschließende Nachlass-Insolvenz)

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Grab1.pdf>

Nach politisch motivierten Zerschlagungen am Wohnort und am Geburtsort mit Rundfunksperre durch ÖRR, nach Petitionen am Deutschen Bundestag und am Bayerischen Landtag in 2010 mit



**Anschreiben an Intendanten der ARD/ZDF mit Rundfunksperre seit 2008:**

**Opfer kriminalisierender Missbrauch sozialer Verpflichtungen für soziale Zerschlagung trotz Kenntnis politisch motivierter Zerschlagungen,**

**Opfer kriminalisierender und Opfer verhöhnender Missbrauch von Erzwingungshaft für Freiheitsberaubung (zweimal) und psychische Folter trotz Kenntnis politisch motivierter Zerschlagungen ,**

**Opfer kriminalisierender Missbrauch von Gebührenbescheiden und Widerspruchsbescheiden für eine Fülle von Zwangsmaßnahmen in Kenntnis eigener Schuld**

**Opfer kriminalisierender Missbrauch von rechtsanwaltlicher Unterstützung für Maximierung von Rechtskosten trotz erdrückender Beweislage**

**Opfer kriminalisierender und Opfer verhöhnender Missbrauch einer verfassungswidrigen Krankenversicherung ohne Versicherungsleistungen seit 2010**

**Opfer kriminalisierender Missbrauch eines Pfändungsschutzkonto durch Sozialversicherungsträger für Kosten eines Rechtsanwalts, der eine verfassungswidrige Krankenversicherung am Landgericht Wuppertal trotz Kenntnis politisch motivierter Zerschlagungen durchgesetzt hat**

**Opfer kriminalisierender Missbrauch von Ordnungswidrigkeitsverfahren am laufendem Bande am Amtsgericht Mettmann mit Fortsetzung jetzt am Amtsgericht Velbert seit 2011**

**Opfer vernichtender Missbrauch der rechtsanwaltlichen Vertretungspflicht**

**der 2. Instanz für Maximierung der Rechtskosten bei politisch motivierten Zerschlagungen extremistischer Ausuferung**

**Opfer kriminalisierender Missbrauch von SCHUFA-Eintragungen für Pfändungsschutz-Kontoinhaber seit 2013 ohne Nutzungsmöglichkeiten selbst für Dispo-Kredite, geschweige denn Kreditkarten**

**Opfer verhöhnende Altersdiskriminierung und Generationendiskriminierung für inhumanes Lebensende mit politisch motivierter Sklavenhaltung des Zerschlagungsopfers im 81. Lebensjahr**

**Daher jetzt gefordert:**

**Vorrang für Rehabilitierung und Schadenersatz**

**Verfassungswidrig: Psychische Folter und Opfer diskriminierender, Alter diskriminierender, Generationen diskriminierender Missbrauch sozialer Zerschlagung durch Sozialversicherungsträger, von dessen Rechtsanwälten zugemüllt mit Geldforderungen und Zinseszins-Rechnungen verhindert bis heute Rehabilitierung und Schadenersatz, verhindern Aktualisierung von qualifizierten Klageschriften für das Verwaltungsgericht Berlin mit Elke Büdenbender im Richter-Kollegium und**

**Verwaltungsgericht Regensburg mit Söder-Nähe (Söder/Huml-Mittäterschaft mit Rückendeckung von Bundeskanzlerin einschl. Söder/Huml-Kooperation aufgezeigt)**

**Nachgewiesener Zusammenhang: Kooperation von Söder / Huml / Michel bei politisch motivierten Zerschlagungen am Wohnort und am Geburtsort unter Rückendeckung durch die Bundeskanzlerin seit 2008 mit Intensivierung nach Petitionen am Deutschen Bundestag und Bayerischen Landtag in 2010 mit Vernichtung seines Bruders in 2012**

**Qualifikation der Europäischen Congressmessen vom Beklagten mit politisch motivierten Raubkopien längst anerkannt, daher auch gerichtlich zu bestätigen.**

**Antrag auf Verurteilung der/des Beklagten, offensichtlich mit Sondervollmachten der Zerschlagung für die stellvertretende Intendantin Eva-Maria Michel, offensichtlich stellvertretend für gesamte ARD/ZDF-Intendantenschaft (alle Intendanten der ARD und des ZDF in 2007 mit Merkel-Anschreiben (Innovationen 3) informiert, Schaden durch Rundfunksperre viel größer als durch multimediale Raubkopien mit verwaltungsgerichtlicher Verhinderung von qualifizierten und weiterführenden Zeugenbeweisen**

**Antrag auf Anerkennung des Anspruchs auf Rehabilitierung und Schadenersatz, Geständnis-Verweigerung des Beklagten ist endlich mit Strafverschärfung zu bewerten**

**Antrag auf Einräumung von mehr Arbeitszeit für Ausarbeitung qualifizierter Klageschriften, ohne weitere Verzögerung durch soziale Zerschlagung, ohne Altersdiskriminierung im 81.Lebensjahr**

**mit Umsetzung der Forderung des Bundesverfassungsgerichts nach weniger Verfassungsbeschwerden**

**Massive Täter / Opfer-Umkehr: Täter ist nicht der Kläger, sondern Opfer sind der Kläger und seine Familie, sein Bruder u.a., sind Zerschlagungsoffer einer Menschen, Bürger und Gebührenzahler verachtenden Diskriminierung, Diffamierung und Kriminalisierung in einem brutalem Umfeld mit Staatsversagen (Politikversagen) mit eskalierender Ukraine-Krieg-Zeitenwende und mit höchstem ÖRR-Reformbedarf nach Eskalation des Schlesinger-Skandals.**

Detaillierte Ausführungen zu diesen Kapiteln in Anlage VB-2304 zusätzlich in der vernetzten Internet-Doku

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/WDR2021-0.pdf>

Scroll down after link (page 253)

**Darüber hinaus: Sieh**

#### **Anlage VB-2305:**

**Brutal verfassungswidrige Ausgrenzung aus Solidargemeinschaft durch Pfändung der Energiepreispauschale der Bundesregierung wegen Rechtsanwaltskosten des Sozialversicherungsträgers für verfassungswidrige Krankenversicherung am 08.12.2022**

Ein Sozialversicherungsträger,

der für derartige asoziale Pfändungen verantwortlich ist und der

**Sabotierung der Klagen auf Schadenersatz und Rehabilitierung durch orgienartige Überflutung mit Gerichtsverfahren der asozialen Zerschlagung betreibt,**

der hat seine Berechtigung als Sozialversicherungsträger definitiv verloren, weil er nur noch asoziale Zerschlagung betreibt.

#### **Aus einer Verfassungsbeschwerde vom 20.Mai 2021**

Die detaillierten Ausführungen zum nachstehenden Kapiteln sind zusätzlich nachlesbar in der vernetzten Internet-Doku der Verfassungsbeschwerde:

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-27.pdf>

Scroll down after link (page 441)

**Nach anzugreifende Mitteilung vom 07.05.2021 durch das Landgericht Wuppertal mit Versagung von rechtlichem Gehör für Antrag auf ein Berufungsverfahren mit Prozesskostenhilfe am Landgericht Wuppertal**

gegen Sozialversicherungsträger mit verfassungswidriger Krankenversicherung ohne Versicherungsleistungen seit 2010

**zur Erreichung einer nicht verfassungswidrigen Krankengrundversicherung, in einem exotischen Gerichtsverfahren**

nach verfassungswidriger Verweisung am Landgericht (3 O 61/19),  
nach verfassungswidrigem Urteil 11 C 89/19 am Amtsgericht Velbert,  
nach 3 verfassungswidrigen Beschwerdeverfahren zu einer sofortigen Beschwerde 16 T 119/19 (16 T 258/20, 16 T 203/19) am Landgericht Wuppertal  
mit Antrag auf Berufung am Landgericht Wuppertal (9 S 30/21).

**Längst auf der Strecke geblieben:**

Europäisches Menschenrecht auf ein faires Verfahren (Art.6 EMRK, Art.1 Abs.1 GG und Art.2 Abs.1 GG iVm Rechtsstaatsprinzip) und auf eine faire Sozialversicherung, die nicht verfassungswidrig ist, mit Perspektive auf eine Chance für das Zerschlagungs- und Kriminalisierungsoffer.

**BVERFG-2044. Unbeschreiblich unverhältnismäßig:**

**Wegen eines herausragenden Lebenswerkes mit Weltklasse-Höchstleistungen für Digitalisierung in Deutschland und Europa Opfer politisch motivierter Sippenzerschlagung seit 1998 und Opfer politisch motivierter Sklavenhaltung, gegen eine verfassungswidrige, best vernetzte Täter-Phalanx und gegen eine verfassungswidrige Gerichte-Phalanx.**

**Verfassungswidrig ist,**

> wenn Grundrechte und grundrechtsgleiche

Rechte nicht mehr respektiert werden,

> wenn Bürger mit/wegen vorzeigbarer Lebensleistung wie/als kriminelle Untertanen behandelt werden,

> wenn Rehabilitierung und Schadenersatz versagt werden,

> wenn Verlust eines Menschenlebens, Freiheitsberaubung und psychische Folter beklagt werden,

> wenn kapitale Vermögensschäden bis zu Benutzungszwang eines Pfändungsschutz-Konto mit Vernichtung ansehnlicher Altersrücklagen beklagt werden,

> wenn nur Opferkriminalisierung wegen verheerender Folgewirkungen staatlicher Übergriffe mit extremistischer Ausuferung an Gerichten verhandelt und gleichzeitig Schadenersatz unterdrückt wird,

> wenn rechtsanwaltliche Vertretung gefordert wird, obwohl vertrauenswürdige Rechtsanwälte auf Prozesskostenhilfe-Basis gegen eine verfassungswidrige Täter-Phalanx und Gerichte-Phalanx nicht verfügbar sind,

> wenn das Europäische Menschenrecht auf ein faires Verfahren nach Art.6 EMRK längst Makulatur geworden ist.

**Beweis wegen Versagen als Brückenbauer**

"Wir klagen an" (Fortsetzung, kein Weiter so) Juni/Juli 2018

**Briefe (2) an Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier**

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BundesPr.pdf>

Bundespräsident antwortet nicht trotz persönlicher Verantwortung für extremistische Ausuferung staatlicher Übergriffe zu bundesweiter Sippenzerschlagung mit Treib- und Hetzjagd bis in den Tod (Todesopfer in 2012) und kapitalen Schäden

**Beweis wegen Klage politisch motivierter Zerschlagungen**

**Altbundeskanzlerin Dr. Angela Merkel** wurde schon als designierte Bundeskanzlerin seit 2005 und später immer wieder angeschrieben und im Beweis-Ordner 3 auch das Verwaltungsgericht Berlin informiert:

Sieh Anlage 3.61, 3.62, 3.64, 3.71, 3.81, 3.88,

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Beweise1.pdf>

Scroll down after link (page 9/10/11) und z..B.

**Anlage 3.71:**

Schreiben an Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel vom 28.09.2007 -

**Aufschwung? Deutschlands Mitte vergessen? Innovationswachstum braucht professionellen Innovationstransfer** (Umfang 18 Seiten)

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Innovationen3.pdf>

Die gesamte Intendantenschaft von ARD und ZDF wurde über diesen Brief informiert. Sieh Anlage 3.74, 3.75. Seit dem Schlesinger-Skandal 2022 ist bekannt geworden, wie kurz die Wege zwischen Intendanten und Staatskanzleien sind und für Zerschlagungen genutzt werden. Sieh: **2008: Eva Maria Michel, seit 1997 WDR-Justiziarin, auch zuständig für ARD-Interessen beim neuen Sender Phoenix (1997 gegründet), befördert zur Stellvertretenden Intendantin nicht nur zwecks Rundfunk-Sperre bis heute nach konstruktivem Beschwerde-Brief an alle Intendanten der ARD/ZDF und an Altbundeskanzlerin Dr. Angela Merkel vom 28.09.2007.**

Nachgewiesen: Rechtsmissbräuchliche Nutzung multimedialer Raubkopien von Teilnehmer-finanzierten Management-Symposien der ONLINE'98 in Düsseldorf

Ausführlich informiert sind:

**Bärbel Bas**, Präsidentin des Deutschen Bundestags seit 2021

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/bundestag-P.pdf>

Scroll down after link (page 38)

**Dr. Wolfgang Schäuble**, Präsident des Deutschen Bundestag (2017-2021)

**Prof. Dr. Norbert Lammert**, Präsident des Deutschen Bundestag (2005-2017)

**"Bürger sind keine Untertanen"** (schon gar nicht Untertanen einer politisch motivierten Sklavenhaltung)  
so Prof. em. Dr. Dres. h.c. Hans-Jürgen Papier,  
Präsident des Bundesverfassungsgericht (2002-2010).

**"Das Grundgesetz muss man nicht lieben, aber respektieren"**,  
so Prof. Dr. Dres. h.c. Andreas Voßkuhle,  
Präsident des Bundesverfassungsgericht (2010-2020).

**"Es gibt keinen grundrechtsfreien Raum in Deutschland"**,  
so Prof. Dr. Stephan Harbarth, LL.M.,  
Präsident des Bundesverfassungsgericht seit 2020.

**Der Rechtsstaat** darf nicht nur gegen Bürger, sondern **muss endlich auch für Bürger da sein**, insbesondere bei extremistischer **Ausuferung staatlicher Übergriffe einer kriminellen Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik, aktueller denn je nach Proklamation einer Zeitenwende durch den derzeitigen Bundeskanzler im Februar 2022**. Wenn sich Bürger seit über 10 Jahren wehren, weil seit 1998, seit über 20 Jahren geplant und absichtlich, zum Schaden von Deutschland, gegen ihre Grundrechte massiv verstoßen wird, ist beim Bundesverfassungsgericht ohne Zweifel das **grundrechtsgleiche Recht auf Widerstand nach Art.20 Abs.4 GG** mit Antrag auf Opferschutz anzumahnen.

Velbert, 10.Dez.2022



Albin L. Ockl



Dipl.-Ing.  
Albin L. Ockl

**Ich bin stolz darauf, als Gründer, Organisator und geschäftsführender Chefredakteur unserer Europäischen Congressmessen für digitale Evolution, die Leitveranstaltungen für eine beispiellose Gründerzeit (New Economy 2000) umgesetzt zu haben, mit einem herausragenden Lebenswerk mit Weltklasse-Höchstleistungen für Innovationstransfer, Innovationseffizienz und Innovationswachstum, ohne Subventionen, mit einer beachtlichen Leistung für die Zukunft von Deutschland und Europa**

> > <http://planning.euro-online.de/ftp/Beweise1.pdf>

Scroll down after link (page 19)

**Ich bin stolz darauf, mit mehreren 100.000 Congressbänden (ISBN-nummeriert) den Beiträgen deutscher Wissenschaftler zielgenau bei Entscheidern und Multiplikatoren Effizienz gesichert zu haben und mit exzellentem, nachhaltigem Wissensmanagement für Innovationswachstum ein qualifiziertes Fundament für die Digital-Branche gelegt zu haben, mit einem professionellen Verlagsservice zu über 260 Congressen.**

**Niemand außer mir war und ist bis heute in der Lage, in Zusammenarbeit mit Politik, Wissenschaft, Wirtschaft und Verwaltung solche Weltklasse-Höchstleistungen zu wiederholen.**

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BP-1801.pdf>

Scroll down after link (page 24)

**Ich bin stolz darauf, mit hochqualifizierten Wissenschaftlern zusammengearbeitet zu haben, die auf unseren Europäischen Congressmessen bereits in 1986, 1987, 1988 Congresse für Künstliche Intelligenz (KI) mit  $3 \times 4 = 12$  ganztägigen Symposien, professionell dokumentiert in ISBN-nummerierten Congressbänden, geplant und ausgeführt haben. Artificial Intelligence wird von der Politik seit 2018 als Schlüsseltechnologie der Digitalisierung erkannt und als die Zukunftsperspektive gepriesen, in der letzten CeBIT in 2018, die auch eingestellt werden musste trotz eines Verlustausgleichs von 250 Mio EUR (in 2009) wegen politischem Missbrauch der staatlichen UMTS-Auktion 2000 zu Umverteilung und Zerschlagung, und auf dem staatlichen Digital-Gipfel im Dezember 2018/2019, der Nachfolge-Veranstaltung nach Zerschlagung/Aus unserer Europäischen Congressmessen in 2003 unter Federführung des Bundeswirtschaftsministeriums**

> > > <https://ifdt.org/kpf/>

> > > <http://www.euro-online.de/kommtech.html>

> > > [http://www.euro-online.de/ftp/KOMMTECH\\_87.pdf](http://www.euro-online.de/ftp/KOMMTECH_87.pdf)

> > > [ONLINE Congressbände 1976 - 2003](#)



**Anlage VB-2301**

mit weiteren Anlagen: Anlage LG-01, LG-02, LG-03, LG-04

**Schriftsatz vom 19.Nov.2022 mit Rechtsmittel der sofortigen Beschwerde wegen Antrag auf weiteres Vorverfahren zwecks Vorrang für Rehabilitierung und Schadenersatz und Anhörungsrüge wegen ausstehender Bescheidung der Rechtsbeschwerde vom 27.Sept.2022 gegen Amtsgericht Velbert 001.** Brutal verfassungswidrig:

Totales Staatsversagen eines demokratischen Rechtsstaates mit extremistischer Ausuferung von Politik-Versagen, Justiz-Versagen, Behörden-Versagen (Verfassungsbeschwerde vom 20.10.2022 (1 BvR 2121/22) in Anlage LG-02)

> mit politisch motivierten Zerschlagungen unter persönlicher Verantwortung von **Schröder / Steinmeier / Merkel / Söder**,  
> unter aktiver Beteiligung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks (mit Wissen der gesamten ÖRR-Intendantenschaft unter Federführung der **stellvertretenden WDR-Intendantin (2008-2022) und WDR-Justitiarin Michel (1997-2022, Schlesinger-Skandal-System überall)**)

mit laufenden Gerichtsverfahren am Verwaltungsgericht Düsseldorf und Rechtshängigkeit am Verwaltungsgericht Berlin wegen Rehabilitierung und Schadenersatz

> unter aktiver, Zeit raubender Beteiligung des Sozialversicherungsträgers (verfassungswidrige Krankenversicherung, soziale Zerschlagung mit unverhältnismäßiger Treib- und Hetzjagd an Amtsgerichten und Sozialgerichten und Be-/Verhinderung laufender Klagen auf Rehabilitierung und Schadenersatz, insbesondere in 2021 am Verwaltungsgericht Berlin)

> unter aktiver Beteiligung des Sozialversicherungsträgers an Ordnungswidrigkeitsverfahren an den Amtsgerichten Mettmann und Velbert mit angewiesenen Staatsanwälten, zweimal mit Eskalation zu Freiheitsberaubung und psychischer Folter,

> ausschließlich verursacht durch kapitale Vermögensschäden der politisch motivierten Zerschlagungen am Wohnort in NRW und am Geburtsort in Bayern,

> mit extremistischer Ausuferung durch Treib- und Hetzjagd gegen seinen Bruder am Geburtsort in Bayern in den wirtschaftlichen Ruin bis in den erzwungenen Tod (2012) und anschließender Nachlass-Insolvenz

> Politisch motivierte Zerschlagungen nicht trotz, sondern wegen: **Herausragendes Lebenswerk mit Weltklasse-Höchstleistungen, den Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH mit dem weltweit größten Congressangebot für digitale Evolution in Deutschland und Europa in den größten deutschen Congress-Centren wie Hamburg, Düsseldorf, Berlin u.a. mit nachhaltigem Wissensmanagement für digitales Innovationswachstum durch professionellen Verlagsservice (ISBN-nummerierte Congressbände, systemrelevant für das Innovationswachstum der Digitalbranche),**

> > > **ONLINE Congressbände 1976 - 2003**

> unter aktiver Beteiligung des Sozialversicherungsträgers mit unverhältnismäßiger Be-/Verhinderung/Sabotage von Rehabilitierung und Schadenersatz im laufendem Verfahren am Verwaltungsgericht Berlin ohne die Chance, in 2021 nach einer umfassenden Verfassungsbeschwerde das laufende Verfahren fortsetzen zu können wegen ständiger Attacken des Klägers (soziale Zerschlagung unter Verantwortung des Sozialversicherungsträgers)

> heute im 82.Lebensjahr de facto ohne Versicherungsleistungen seit 2010, mit einer verfassungswidrigen Krankenversicherung, mit Zwangsmaßnahmen auf einem Pfändungsschutzkonto, mit Fortsetzung eines erbärmlichen Opferkriminalisierungswahnsinn, mit unerträglicher Altersdiskriminierung und Generationendiskriminierung durch nachrückende Generationen in Behörden und Justiz  
> mit verfassungswidrigem Justiz-Versagen am Landgericht Wuppertal u.v.a.m.

**002. Brutal verfassungswidrig:**

Totales Staatsversagen mit DEBEKA-Skandal

mit Unterstützung durch angewiesene, skrupellose Staatsanwälte: Kläger betreibt mit sozialer Zerschlagung Fortsetzung politisch motivierter Zerschlagungen

Abartig und skandalös: Deutscher Bundestag diskutiert über bedingungsloses Grundeinkommen und Rentner im 82.Lebensjahr werden vom Sozialversicherungsträger mit sozialer Zerschlagung entsorgt.

Abartig, skandalös und primitiv: Opfer-Kriminalisierung mit Altersdiskriminierung, Kläger sabotiert Rehabilitierung und Schadenersatz mit zeitintensiven Gerichtsverfahren und Justiz-Attacken, sodass dem Opfer die erforderliche Zeit fehlt, um Rehabilitierung und Schadenersatz zu erreichen, bis heute keine abschließenden Verhandlungen an Verwaltungsgerichten möglich.  
Kein Zugang zu Versicherungsleistungen seit 2010, Opfer politisch motivierter Zerschlagungen müssen sich selbst im Alter über 80 Jahre um ihre Gesundheit kümmern

Verfassungswidrig und diskriminierend: Gesetz zur Beseitigung sozialer Überforderung bei Beitragsschulden in der Krankenversicherung, weil Beitragsschulden und soziale Überforderung durch kapitale Vermögensschäden in 2-stelliger Mio-Höhe verursacht und Rehabilitierung und Schadenersatz bis heute verweigert

Justiz verweigert Opfer politischer motivierter Zerschlagungen ohne Rechtsanwälte Gerichtsverfahren mit Mehrrichter-Verantwortung durch Abschiebung in „de facto grundrechtsfreie“ Einzelrichter-Veranstaltungen.

Verfassungswidrig: Krankenversicherung des Klägers, Gerichtsverfahren in 2021 am Landgericht Wuppertal abgelehnt. Aktenzeichen 9 S 30/21, 11 C 89/19 Amtsgericht Velbert, 3 O 61/19 Landgericht Wuppertal

Verfassungswidrig: Pfändungsschutz-Konto (seit 2013) vom Kläger missbraucht für laufende Pfändung von Rechtsanwaltskosten einer verfassungswidrigen Krankenversicherung aus künstlichem Teilversäumnisurteil am Landgericht Wuppertal (7 O 214/12)

Miserable Qualität der Klageunterlagen, um mit Unleserlichkeit Verfassungswidrigkeiten zu verdecken: Sieh Anlage LG-01 Seite 7-19

Brutal verfassungswidrig: Soziale Zerschlagung des beklagten Opfers politischer motivierter Zerschlagungen vom Kläger mit Sabotage von Rehabilitierung und Schadenersatz und mit unverhältnismäßiger Anzahl von Mahnbescheiden (6 Mahnbescheide mit Gegenerklärung) getoppt. Sieh Anlage LG-04

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/unrecht-22.pdf>

mit weiteren Anlagen: Anlage LG-01, LG-02, LG-03, LG-04

### **Anlage LG-01**

**Klage-Eröffnung vom 07.11.2022 (eingegangen am 12.11.2022)**

**mit verkürzter Notfrist**

**durch 3.Zivilkammer des Landgerichts Wuppertal (3 O 228/22),**

- a) mit Anschreiben vom 07.11.2022 (Seite 1-2),
- b) mit prozessleitender Verfügung (Seite 3-4)
- c) mit Anschreiben der RAe Giebel und Kollegen an das Amtsgericht Mayen vom 11.04.2022 (Seite 5-6)
- d) mit nicht lesbaren Beschreibung des Tarifs NLT (K1, Seite 7-13)
- e) mit nicht lesbaren Allgemeinen Versicherungsbedingungen für den Notlagentarif (K2, Seite 14-18)
- f) mit einem angeblichem Anschreiben vom 13.Sept.2013 ohne Unterschrift (K, Seite 19-23)
- g) mit Beitragsaufstellung vom Aug.2018-Juli 2020 und Prüfvermerk vom 3.11.2022 (K4, Seite 24-25)
- h) mit Gerichtsbeschluss 3 O 228/22 vom 07.11.2022 über vorläufigen Streitwert (Seite 26-28)

## **Anlage LG-02**

### **Verfassungsbeschwerde 1 BvR 2121/22 vom 20.10.2022**

wegen einer verfassungswidrigen Verwaltungsjustiz

mit Instanzen, Gerichte und Verfahren übergreifender Eskalation

mit Fortsetzung am Amtsgericht Velbert / Landgericht Wuppertal

**mit systematischer, Rechte beugender und Justiz belastender**

**Verweigerung des längst fälligen**

**Vorrang für Rehabilitierung und Schadenersatz für**

**Politisch motivierte Zerschlagungen seit über 20 Jahren (1998)**

**mit Verweigerung von Rehabilitierung und Schadenersatz**

**mit extremistischer Ausuferung**

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-28f.pdf>

Scroll down after link (page 251)

**BVERFG-2201. Angegriffene Hoheitsakte in chronologischer**

**Folge.**

**Totales Justiz-Versagen mit Behörden-Versagen am**

**Verwaltungsgericht:**

Anstatt Rehabilitierung und Schadenersatz Fortsetzung mit neuer, verfassungswidriger Zerschlagungsvariante am Amtsgericht durch Richterin Kunze mit Unterstützung durch Rechtspfleger Jacob und 2 Obergerichtsvollzieherinnen (Christiane Bräutigam, Katja Sommerfeld)

**Verfassungswidrigkeit von Gerichte übergreifenden Verfahren aus**

**Verwaltungsgerichten:** Mit weiterführenden Verfahren an Amtsgericht und Landgericht anzugreifende Gerichtskosten für verfassungswidrige Urteile am Verwaltungsgericht rein gewaschen (wie „Geldwäsche“ von illegal erwirtschafteten Geldern)

Verfassungswidriges Einzelrichter-Urteil 27 K 4325/18 vom

24.Aug.2021 an VG Düsseldorf: > > > Verfassungsbeschwerde 1 BvR

1319/22 vom 20.06.2022 (Kapitel BVERFG-371)

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-28f.pdf>

**Behörden-Versagen: Justiz-Behörde Hamm entsorgt**

**anzugreifende Gerichtskosten durch Weiterleitung an Amtsgericht**

**Velbert mit Hilfe von Obergerichtsvollzieherin Christiane**

**Bräutigam**

**Justiz-Versagen: Opfer verhöhnende Beschlüsse des**

**Amtsgerichtes Velbert 16 M 188/22 vom 10.06.2022/14.06.2022**

Amtsgericht Velbert wird wie bei „Geldwäsche“ für illegal

erwirtschaftete Gelder für Durchsetzung verfassungswidriger Urteile missbraucht, um Gerichtskosten für verfassungswidriges Einzelrichter-Urteil an Verwaltungsgerichten zu rechtfertigen und „rein zu waschen“ und mit Hilfe einer 2.Gerichtsvollzieherin (Katja Sommerfeld) gegen einen über 80-jährigen Rentner zu vollstrecken

nach extremistischer Ausuferung politisch motivierter Zerschlagungen seit 1998, weil für sein Lebenswerk mit Weltklasse-Höchstleistungen

für Deutschland und Europa bis heute Rehabilitierung und Schadenersatz verweigert wird.

**BVERFG-2202. Die Wahrheit ist:**

**Politik-Versagen und Staats-Versagen unter der regierenden Generation seit 1998, seit über 20 Jahren, mit sanktioniertem Alt-Bundeskanzler und Putin-Berater Gerhard Schröder, mit einer Alt-Bundeskanzlerin Angela Merkel ohne Reue und Schuld-Gefühle im und am Ukraine-Putin-Krieg mit Zeitenwende, beide nachweislich persönlich hauptverantwortlich für extremistische Ausuferung politisch motivierter Zerschlagungen des Beschwerdeführers am Wohnort und am Geburtsort, mit einer Treib- und Hetzjagd gegen seinen Bruder bis in den Tod und in den wirtschaftlichen Ruin bis zur Nachlass-Insolvenz unter zusätzlicher Verantwortung von und mit Rückendeckung aus Berlin:**

**Markus Söder, heute Ministerpräsident des Freistaates Bayern, mit einer Treib- und Hetzjagd gegen den Beschwerdeführer mit mehrfacher Freiheitsberaubung, Hausfriedensbruch, kapitalen Vermögensschäden und Erzwingung der Firmeninsolvenz wegen seinem herausragenden Lebenswerk mit Weltklasse-Höchstleistungen, die Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH mit dem weltweit größten Congressangebot für digitale Evolution in**

**Deutschland und Europa in den größten deutschen Congress-Centren wie Hamburg, Düsseldorf, Berlin u.a. mit nachhaltigem Wissensmanagement für digitales Innovationswachstum durch professionellen Verlagsservice (ISBN-nummerierte Congressbände, systemrelevant für das Innovationswachstum der Digitalbranche), mit erbärmlichen Versagen des Öffentlich-rechtlichen Rundfunks nach Information an die gesamte Intendantenschaft, unter persönlicher Mittäterschaft der stellvertretenden WDR-Intendantin und WDR-Justitiarin Eva-Maria Michel mit Rückendeckung aus Berlin, heute mit**

**Schlesinger-Skandal und Schlesinger-System bundesweit, mit Justiz-Versagen bei Opfer-Kriminalisierung, Alters- und Generationen-Diskriminierung und Behörden-Versagen durch Rein-Waschen verfassungswidriger Urteile mit Gerichte übergreifenden Gerichtsverfahren wie bei „Geldwäsche mit illegal erwirtschafteten Geldmengen“, mit Justiz-Versagen zu Staats-Versagen unter Verantwortung der regierenden Generation seit 1998, seit über 20 Jahren: Ursache für**

**extremistische Ausuferung politisch motivierter Zerschlagungen am Wohnort und am Geburtsort und ausschließliche Ursache für soziale Zerschlagung ohne soziale Sicherheit durch verfassungswidrige Rechtsanwendung von Sozialgesetzen Definitiv: Vorrang für Rehabilitierung und Schadenersatz zu politisch motivierten Zerschlagungen seit 1998 und zu sozialer Zerschlagung seit 2010 nach Auflösung der Altersrücklagen**

**anstatt Gerichte und Verfassungsbeschwerden übergreifende Kosten-Hetzjagd auf Zerschlagungsoffer mit Missbrauch von Justizbehörden im 81.Lebensjahr**

**BVERFG-2203. Beschwerdeführer ist mit Recht stolz darauf, dass**

führende Persönlichkeiten aus Politik, Wissenschaft, Wirtschaft und Verwaltung

Teil seines herausragenden Lebenswerkes sind und

**Zeugen seiner Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution** in Deutschland und Europa, wie z.B.

**Dr. Johannes Rau**, Ministerpräsident des Landes Nordrhein-Westfalen und später Bundespräsident der Bundesrepublik Deutschland, Schirmherr und Eröffnungsredner auf der KOMMTECH'88, siehe im Internet

> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112111>

> > > <http://www.euro-online.de/kommtech.html>

**Dr. Bernhard Vogel**, Ministerpräsident des Landes Rheinland-Pfalz und später des Freistaates Thüringen, Vorsitzender der Rundfunk-Kommission der Ministerpräsidenten, Festredner auf der ONLINE'85

> > > <http://www.euro-online.de/1984.htm>

**Prof. Dr.jur. Erich Häußler**, Präsident des Deutschen Patentamtes, zudem verantwortlich für den Aufbau des Patentwesens in China, Congressleiter auf der ONLINE1993, Beiratsvorsitzender auf den Europäischen Congressmessen ONLINE1994 und ONLINE1995

> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=11211>

**Dr. Henning Voscherau**, Erster Bürgermeister der Freien und Hansestadt Hamburg (1988 – 1997), Präsident des Bundesrates der Bundesrepublik Deutschland (1990 -1991), langjährigen Förderer, Schirmherr und Gastgeber der Europäischen Congressmessen ONLINE in Hamburg (1986 -1997)

auf unserer Europäischen Congressmesse ONLINE'97:

„Wir in Hamburg sind uns der Bedeutung der ONLINE als feste Größe in der Hamburger Kongresslandschaft bewusst.“

"Hamburg und ONLINE – das gehört inzwischen zusammen wie Hamburg und Hafen“

> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=1121>

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/WDR2017-0.pdf>

Scroll down after link (page 7)

**Dr. Günter Rexrodt**, Begrüßungsredner als Senatsdirektor auf dem Senatsempfang für Congress-Teilnehmer auf der ONLINE1984 in Berlin,

Bundesminister für Wirtschaft der Bundesrepublik Deutschland auf der ONLINE 1996 in Hamburg :

„Solche Orte des Austauschs und der Praxis brauchen wir heute besonders dringend“ . . .

"Die ONLINE '96 leistet mit dem weltweit größten Congressangebot für technische Kommunikation einen wichtigen Beitrag für die wirtschaftliche Zukunft Deutschlands.“

> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=1121>

**Karel van Miert**, Mitglied der Europäischen Kommission, EU-Kommissar (1989 bis 1999) für Wettbewerb, auf der ONLINE 1997

> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56&f=1#3>

**Joachim Erwin**, Oberbürgermeister der Landeshauptstadt Düsseldorf, Eröffnungsredner auf der ONLINE 2001

> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112>

**Erkki Liikanen**, Mitglied der Europäischen Kommission, EU-Kommissar für Unternehmen und Informationsgesellschaft, auf der ONLINE 2001

> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112>

**Anträge**

Die detaillierten Ausführungen zu den Kapiteln sind zusätzlich



nachlesbar in der vernetzten Internet-Doku der Verfassungsbeschwerde:

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-28f.pdf>

Scroll down after link (page 251)

### **Anlage LG-03**

#### **26 OWi-523 Js 814/22-84/22**

Mitteilung des Amtsgerichtes Velbert vom 07.09.2002 (eingegangen am 13.09.2022) über Termin der Hauptverhandlung wegen Einspruch gegen den Bußgeldbescheid vom 28.06.2022 (Kreis Mettmann)

**Rechtsmittel der Rechtsbeschwerde gegen Bescheid und gegen Termin der Hauptverhandlung gemäß §79 OWiG u.a.m.**

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/AG-VE1.pdf>

**01. Brutal verfassungswidrig mit Alters- und Generationen-Diskriminierung gegen einen Rentner im 81.Lebensjahr, mit Opfer-Diskriminierung und Opfer-Kriminalisierung seit 2011 (über 10 Jahre), weil . . .**

**weil** die politisch motivierten Zerschlagungen unter Schröder / Steinmeier / Merkel / Söder unter Mittäterschaft des ÖRR seit 1998 (siehe Anlage OWiV-02) andauern, seit über 20 Jahren (Anlage OWiV-02)

**weil** die politisch motivierten Zerschlagungen einzige Ursache sind für soziale Zerschlagung unter Debeka (Zeugen) und der Zeuge längst zum Mittäter geworden ist,

**weil** Sozialgesetze für soziale Zerschlagung nach politisch motivierten Zerschlagungen seit 1998 missbraucht werden,

**weil** der Zeuge mit ständigen Attacken gegen das Zerschlagungsopfer nicht soziale Sicherheit will, sondern soziale Zerschlagung und aktuell so Schadenersatzverfahren mit unqualifizierten Attacken behindert und verhindert, und so zum Mittäter geworden ist,

**weil** langjähriges Behörden-Versagen Ursache ist, dass weisungsgebundene Staatsanwälte solche Bußgeld-Verfahren immer wieder zu betreiben haben,

**Daher:** Zurückweisung mit Rechtsmittel der Rechtsbeschwerde gegen Bescheid und gegen Termin der Hauptverhandlung gemäß §79 OWiG u.a.

**02. Kein grundrechtsfreier Raum in Deutschland, auch Ordnungswidrigkeitsverfahren sind kein grundrechtsfreier Raum,** schon gar nicht im Umfeld von politisch motivierten Zerschlagungen seit 1998.

Zeugen-Benennung von Debeka (Z1) und Jarski (Z2) ohne Zeugenbedarf

**03. Bewertung des Bußgeldverfahrens nicht wegen Verkehrsordnungswidrigkeit:**

**Faktenlage politisch motivierter Zerschlagungen 2022:**

**Makaber, pervers, skandalös, verfassungswidrig**

**Politik-Versagen, Justiz-Versagen, ÖRR-Versagen, Staats-Versagen:**

**Politisch motivierte Zerschlagungen nicht trotz, sondern wegen einem herausragenden Lebenswerk mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa, ohne Subventionen, mit weltweit größtem Congressangebot für digitale Evolution inkl. professionellem Verlagsservice (Zerschlagung 1, Z1)**

**Zerschlagungsopfer: Ausgehobelt, zerschlagen, abgehängt, ausgegrenzt, entrechtet und versklavt unter persönlicher Verantwortung der Täter**

**Schröder/Steinmeier/Merkel** verantwortlich für

Scherbenhaufen deutscher Digitalpolitik, deutscher Energiepolitik,



deutscher Sicherheitspolitik und deutscher Außenpolitik (Politik-Versagen) bis zur

**Ukraine-Putin-Krieg-Zeitenwende** mit Russland/Putin-Nähe, seit 21.09.2022 Eskalation mit Teilmobilmachung der russischen Regierung,

jetzt auch mit skandalösen Enthüllungen im Gebühren-finanzierten Öffentlich-rechtlichen Rundfunk

**Vom Schlesinger-Skandal** (mit Vetternwirtschaft, Filz mit hohen Gehältern und Bonus-Aufschlägen, Spesenbetrug, persönliche Bereicherung ohne Unrechtsbewusstsein, „Spitze eines Eisbergs“ wegen mangelnder Kontrolle und Transparenz) zum ÖRR-Skandal („System Schlesinger“ überall)

**bis zur Mittäterschaft bei politisch motivierten Zerschlagungen** mit Rückendeckung durch Berlin seit 1998

**04. Aus der Sicht des Bundesverfassungsgerichts:**

**Bürger haben Grundrechte, Untertanen nicht**

„Bürger sind keine Untertanen“

„Grundgesetz muss man nicht lieben, aber respektieren“

„Es gibt keinen grundrechtsfreien Raum in Deutschland“

**Nicht nur erdrückende Beweislage bei Gerichten vorgelegt,**

**sondern auch hochqualifizierte Zeugen mit aktiver Beteiligung an seinem Lebenswerk nachgewiesen wie**

**Bundespräsidenten, Ministerpräsidenten, EU-Kommissare und EU-Generaldirektoren, Bundesminister, : : : führende Persönlichkeiten aus Wissenschaft, Wirtschaft, Politik und Verwaltung . . . . .**

Bürger haben Grundrechte, Untertanen nicht

Grundrechte sind zu respektieren, sind weder käuflich noch strafbar, Rechtsbeugung ist strafbar in besonders schwer wiegenden Fällen, Rechtsanwendungen in Beschlüssen und Urteilen haben keine Rechtskraft, wenn Grundrechte nicht respektiert werden, es gibt keinen grundrechtsfreien Raum in Deutschland, aber ein grundrechtsgleiches Recht auf Widerstand! .

Anlage LG-03 mit weiteren Anlagen: Anlage OWiV-01, OWiV-02, OWiV-03

**Anlage OWiV-01: Zerschlagung 5 (Z5): Opfer kriminalisierende Ordnungswidrigkeitsverfahren am Amtsgericht Mettmann mit zweimaliger Freiheitsberaubung und psychischer Folter unter dem Opfer diskriminierenden Deckmantel der Erzwingungshaft**

Legende der zugesandten Schriftsätze seit 2011 mit Zugriff auf vernetzte Internet-Doku einer Opfer verhöhnenden, Menschen verachtenden Kosten-Hetzjagd mit Bußgeldverfahren mit Kumpanei von „Versicherung“, Rechtsanwälten und weisungsgebundenen Staatsanwälte mit Zielsetzung der sozialen Zerschlagung Beweise 5 (Z5) für Zerschlagung 5 zusätzlich nachlesbar in der vernetzten Internet-Doku:

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Beweise5.pdf>

**Anlage OWiV-02: Kausales Umfeld des Bußgeld-Verfahrens Zerschlagung 3 (Z3): Opfer kriminalisierende Verfahren am Verwaltungsgericht Düsseldorf mit Klage auf Schadenersatz und mit ausführlicher Beschreibung des Umfeldes politisch motivierter Zerschlagungen einschließlich sozialer Zerschlagung (Z4, Z5)**

wegen Mittäterschaft der gesamten Intendantenschaft des Öffentlich-rechtlichen Rundfunks seit 1998 mit erdrückender Beweislage zu skandalösen Praktiken (Schlesinger-Skandal) und der stellvertretenden WDR-Intendantin mit Sondervollmachten und mit Rückendeckung durch die Bundeskanzlerin

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/WDR2021-0.pdf>

Scroll down after link (page 253)

**Anlage OWiV-03: Aktuelles Bußgeld-Verfahren einer verfassungswidrigen, unverhältnismäßigen Kosten-Hetzjagd seit 2011 (Z5) mit Bußgeld-Bescheid und anschließender Rechtsbeschwerde gemäß Anlage LG-03: Behördenkommunikation des Kreises Mettmann und Festsetzung einer Hauptverhandlung am Amtsgericht Velbert mit weiteren Hinweisen, die in Anbetracht von Politik-Versagen, Behörden-Versagen, Justiz-Versagen mit Beugung von Wahrheit, Recht und Verfassung und Staats-Versagen nicht mehr nachvollziehbar ist.**

**Anlage LG-04:**

Gegenerklärung in einer Vielzahl von insgesamt 6 Mahnbescheiden in Oktober / November 2022 für Kosten maximierende soziale Zerschlagungen als Fortsetzung politisch motivierter Zerschlagungen

**Anlage VB-2302**

mit weiteren Anlagen: Anlage LG-05, LG-06, LG-07

**Schriftsatz vom 01.Dez.2022 mit Rechtsmittel der Anhörungsrüge nach §321a ZPO wegen Versagung von rechtlichem Gehör durch Nicht-Bescheidung der Sofortigen Beschwerde vom 19.Nov.2022 zu 3 O 228/22 Landgericht Wuppertal gegen vorzeitige Eröffnung eines Justizverfahren mit brutal verfassungswidriger Klage gemäß Kapitel 001 und 002 (Anlage VB-2301)**

**Kapitel 003. Brutal verfassungswidrig:**

**Ausgehebelt, abgehängt, ausgegrenzt, zerschlagen, entrechtet, verklavt:**

**Politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998,**

**Ausgehebelt mit der staatlichen UMTS-Auktion 2000, anschließend mit unverhältnismäßiger, bundesweiter Opferkriminalisierung (Täter/Opfer-Umkehr) ausgegrenzt.**

Unverhältnismäßige Sabotierung der Klagen auf Rehabilitierung und Schadenersatz an Verwaltungsgerichten Düsseldorf und Berlin

> durch Kläger in Zusammenarbeit mit weisungsgebundenen Staatsanwälten, mit Opfer-Kriminalisierung seit 2011 und jetzt mit sozialer Zerschlagung

> durch Landgericht Wuppertal mit verfassungswidriger Abschiebung von 2 Schadenersatz-Verfahren seit 2015 / 2016 an Verwaltungsgericht Berlin (entgegen Art.34 GG),

> durch Aufdeckung der Kumpanei der Intendanten von ARD und ZDF inkl. Rundfunksperrre und Bundeskanzleramt mit

**persönlicher Verantwortung von Schröder / Steinmeier / Merkel** am Verwaltungsgericht Düsseldorf

> jetzt mit drohender Verweisung an das Amtsgericht Velbert und Fortsetzung der Opferkriminalisierung mit sozialer Zerschlagung mit verkürzter Antwortfrist.

(Anlage LG-05, LG-06)

Wie sollen richterliche Verfügungen umgesetzt werden, wenn Rehabilitierung und Schadenersatz bis heute versagt werden und vom Kläger in Kumpanei mit weisungsgebundenen Staatsanwälten sabotiert werden? Wie?

> > > Daher: Vorrang für Rehabilitierung und Schadenersatz mit Anspruch auf ein humanes Lebensende ohne Justiz-Versagen

> > > Daher Rechtsmittel der Anhörungsrüge nach §321a ZPO wegen Versagung von rechtlichem Gehör durch Nicht-Bescheidung der Sofortigen Beschwerde vom 19.Nov.2022 zu 3 O 228/22 Landgericht Wuppertal

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/unrecht-22.pdf>

Scroll down after link (page 17)

mit weiteren Anlagen: Anlage LG-05, LG-06, LG-07

**Anlage LG-05:**

Vorrang von Rehabilitierung und Schadenersatz vor sozialer Zerschlagung:

Schreiben vom 21.11.2022 (eingegangen am 29.11.2022) mit Androhung der Verweisung an das Amtsgericht Velbert und mit verkürzter Antwortfrist. Brutal verfassungswidrig

**Anlage LG-06:**

Vorrang von Rehabilitierung und Schadenersatz vor sozialer Zerschlagung: Wie kann man gerichtliche Verfügungen umsetzen, wenn Landgericht und Verwaltungsgerichte Rehabilitierung und Schadenersatz versagen und der klagende Sozialversicherungsträger entsprechende Klagen des Zerschlagungsopfer sabotiert?

Schreiben des Sozialgerichts Düsseldorf vom 15.11.2022 (eingegangen am 23.11.2022)

**Anlage LG-07:**

**Beschluss des Oberverwaltungsgerichts Berlin-Brandenburg vom 21.Nov.2022 (eingegangen am 01.Dez.2022)**

**Justiz-Versagen ohne Ende:** Vorrang von Rehabilitierung und Schadenersatz vor sozialer Zerschlagung und

**nicht zusätzlich zu sozialer Zerschlagung** gegen Zerschlagungsopfer im 82.Lebensjahr, mit einer Verwaltungsjustiz, die nur weiter zerschlagen will, für die Opferkriminalisierung, Altersdiskriminierung, Generationendiskriminierung nach Ausuferung politisch motivierter Zerschlagung nicht nur am Wohnort in NRW, sondern auch am Geburtsort in Bayern, mit Wissen der gesamten Intendantenschaft von ARD und ZDF seit 1998, am Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg, das auch für den **Schlesinger-Skandal** zuständig ist (mit Vetternwirtschaft, Filz mit hohen Gehältern und Bonus-Aufschlägen, Spesenbetrug, persönliche Bereicherung ohne Unrechtsbewusstsein, „Spitze eines Eisbergs“ wegen mangelnder Kontrolle und Transparenz) zum ÖRR-Skandal („System Schlesinger“ überall) gemäß Anlage LG-03

Sieh Beschluss des Oberverwaltungsgerichts Berlin-Brandenburg vom 21.Nov.2022 (eingegangen am 01.Dez.2022)

**Anlage VB-2303**

**Beschluss 3 O 228/22** (Landgericht Wuppertal) vom 30.11.2022 (eingegangen am 06.12.2022 mit förmlicher Zustellung)

Rechtsanwendung des §281 ZPO betrifft den Kläger und nicht den Beklagten. Der Beklagte, Opfer politisch motivierter Zerschlagungen seit 1998, wehrt sich seit 2010 gegen einen unverhältnismäßigen Opferkriminalisierungswahnsinn, jetzt im 82.Lebensjahr gegen soziale Zerschlagung als Fortsetzung politisch motivierter Zerschlagungen, gegen Altersdiskriminierung und Generationendiskriminierung und kämpft für den Vorrang seiner Klagen auf Rehabilitierung und Schadenersatz seit 2010 und gegen Sabotierung seiner Klagen. Rechtsanwendungen haben keine Rechtskraft, wenn Grundrechte und grundrechtsgleiche Rechte nicht respektiert werden.

**Anlage VB-2304**

**Schriftsatz vom 20.Sept. 2022 an das Verwaltungsgericht Düsseldorf**

**mit Antrag auf Anerkennung des Anspruchs auf Rehabilitierung und Schadenersatz mit Mehrrichter-Entscheidung**

**nach Verfassungsbeschwerde 1 BvR 1319/22 vom 20.Juni 2022  
und ARD/ÖRR-Krise mit Schlesinger-Skandal  
Fortsetzung der Klage mit Verfassungsbeschwerde 1 BvR 1319/22  
vom 20.Juni 2022 wegen Anerkennung des Anspruchs auf  
Rehabilitierung und Schadenersatz für politisch motivierte  
Zerschlagungen seit 1998 unter Mittäterschaft des ÖRR mit  
persönlicher Beteiligung von  
Eva-Maria Michel, WDR-Justiziarin seit Okt.1997 und  
Stellv. Intendantin des WDR seit Jan.2008**

174. Öffentlich-rechtlicher Rundfunk mit Arroganz ohne Kontrolle und  
Transparenz mit Rückendeckung durch Schröder/Steinmeier/Merkel:  
Politisch motivierte Zerschlagungen und Verhinderung des  
Wiederaufbaus der Europäischen Congressmessen ONLINE.  
Skrupellose Vorteilsbeschaffung für ARD/WDR/Phoenix/ZDF und für  
sich selbst (Beförderung zur stellvertretenden Intendantin u.a.) mit  
Beteiligung an politisch motivierten Zerschlagungen und mit  
Verhinderung des Wiederaufbaus der Europäischen Congressmessen  
ONLINE durch Rundfunksperre in Polit-Magazinen und Polit-Talks  
unter Verantwortung von

**Eva-Maria Michel**, WDR/Phoenix-Justiziarin seit Okt.1997 und  
Stellvertretende Intendantin des WDR seit Jan.2008 bis 2022

Phoenix, öffentlich-rechtlicher Fernsehsender,  
Gemeinschaftseinrichtung von ARD (von WDR vertreten) und ZDF.  
Sendestart von Phoenix: 7.April 1997.

Phoenix-Team mit Presse-Ausweis auf der ONLINE'98, erstellt  
multimediale Raubkopie von qualifiziertem, ganztägigem, Teilnehmer-  
finanziertem Management-Symposium I-1 (16.02.1998)

Teilnehmer-Finanzierung mit multimedialer Raubkopie durch  
gebühren-finanzierten Sender ausgehebelt: Missbrauch der  
Raubkopien für nachfolgende Veranstaltungen ohne Information des  
Veranstalters nach der ONLINE'98 unter Verantwortung der WDR-  
Justitiarin.

Jan.2008: Ernennung der WDR-Justitiarin zur stellvertretenden  
Intendantin mit erweiterten Vollmachten, z.B. für/wegen Überwachung  
der Rundfunksperre zu politisch motivierter Zerschlagung der  
Europäischen Congressmessen in 2000/2003 und zur Verhinderung  
des Wiederaufbaus durch Rundfunksperre nach mehrfachen

Anschreiben des Klägers im Okt.2007 an  
alle Intendanten des ÖRR mit Internet-Link zu konstruktiven  
Schreiben vom 28.09.2007 an Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel  
(sief Anlage Innovationen3 mit beigefügten Abschnitten 01-16 bzw.  
Internet mit beigefügten Abschnitten 01-16 )

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/innovationen3.pdf>

Nachweis mit qualifiziertem Zeugenbeweis am Verwaltungsgericht  
Düsseldorf bis dato vorsätzlich unterdrückt, um weitergehende  
Beweisinformationen zu verhindern,

Gerichtliche Unterstützung mangelnder Kontrolle und Transparenz im  
ÖRR durch diskriminierende Parteilichkeit des Gerichts nur mit  
Ablehnungsgesuch des Einzelrichters zu verhindern.

Intendantz-Vollmacht für Rundfunksperre der stellvertretenden  
Intendantin mutmaßlich mit Rückendeckung durch Bundeskanzlerin:

> > > Anlage Innovationen3, Anlage VI-4 / V-4 und Anlage VI-5 / V-5  
2005-2007: Anschreiben am 28.09.2007 an Bundeskanzlerin mit den  
Abschnitten 01-16 und weiteren Anschreiben voraus in 2005 an  
Bundeskanzlerin und an Ministerpräsidenten der Bundesländer gemäß  
Abschnitt 16 und

nach Intendanten-Anschreiben in 2007 (alle Intendanten der ARD und  
des ZDF waren informiert), danach Ernennung von

**Eva-Maria Michel** zur stellvertretenden Intendantin des WDR seit  
Jan.2008 mit Sondervollmachten zur Überwachung der

## Rundfunksperre in Politmagazinen bis heute.

Alle Vorgänge am ÖRR mutmaßlich mit Rückendeckung aus Berlin seit 1998:

Persönliche Vorteilsnahme: WDR-Justiziarin hat sich mit erforderlichen Vollmachten ausstatten und zur stellvertretenden Intendantin befördern lassen, im Widerspruch zu **Monika Piel**, ARD-Vorsitzende (2011-2012) und WDR-Intendantin (Rücktritt aus persönlichen Gründen in Jan.2013, im April 2013 umgedeutet zu gesundheitlichen Gründen) nach Verfassungsbeschwerde vom 15.01.2013 mit Schreiben an WDR-Intendantin als Anlage3 (Beweisanlage)

Offensichtliche Konfliktsituation: WDR-Intendantin wollte die politisch motivierten Zerschlagungen nicht mit verantworten im Gegensatz zur stellv. Intendantin

Seit 2013: Fortsetzung der Treib- und Hetzjagd durch den WDR über das Verwaltungsgericht Düsseldorf unter Verantwortung der stellv. Intendantin und WDR-Justiziarin, die als Nachfolgerin der zurückgetretenen WDR-Intendantin ohne Chance war, offensichtlich aus schwerwiegenden Gründen im Zusammenhang mit der Ernennung zur stellvertretenden Intendantin mit Sondervollmachten.

2013 Tom Buhrow Nachfolger als WDR-Intendant, voll informiert vom Kläger, immer wieder persönlich angeschrieben, Intendant hat längst fällige Antwort verweigert:

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/WDRintendanz.pdf>

Scroll down after link (page 89)

Verteiler dieses Schreibens vom 06.März 2018:

Bundesverfassungsgericht, Erster Senat, 1 BvR 444/18.

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-18.pdf>

Scroll down after link (page 84)

**Ulrich Wilhelm**, ARD-Vorsitzender und Vertreter des Öffentlich-rechtlichen Rundfunks, Intendant des Bayerischen Rundfunks.

**Dr. Thomas Bellut**, Intendant des ZDF,

**Tom Buhrow**, Intendant Westdeutscher Rundfunk, vertretungsberechtigt für Öffentlich-rechtlichen Rundfunk.

**175.** Faktenlage politisch motivierter Zerschlagungen 2022:

Makaber, pervers, skandalös, verfassungswidrig

Politik-Versagen, ÖRR-Versagen, Staats-Versagen:

wegen einem herausragenden Lebenswerk mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa, ohne Subventionen, mit weltweit größtem Congressangebot für digitale Evolution inkl. professionellem Verlagsservice (Zerschlagung 1, Z1)

Zerschlagungsoffer: Ausgehebelt, zerschlagen, abgehängt, ausgegrenzt, entrechtet und versklavt unter persönlicher Verantwortung der Täter

Schröder/Steinmeier/Merkel verantwortlich für

Scherbenhaufen deutscher Digitalpolitik, deutscher Energiepolitik, deutscher Sicherheitspolitik und deutscher Außenpolitik (Politik-Versagen) bis zur

Ukraine-Putin-Krieg-Zeitenwende mit Russland/Putin-Nähe, seit 21.09.2022 Eskalation mit Teilmobilmachung der russischen Regierung,

jetzt auch mit skandalösen Enthüllungen im Gebühren-finanzierten Öffentlich-rechtlichen Rundfunk

Vom Schlesinger-Skandal (mit Vetternwirtschaft, Filz mit hohen Gehältern und Bonus-Aufschlägen, Spesenbetrug, persönliche Bereicherung ohne Unrechtsbewusstsein, „Spitze eines Eisbergs“ wegen mangelnder Kontrolle und Transparenz) zum ÖRR-Skandal („System Schlesinger“ überall)



bis zur Mittäterschaft bei politisch motivierten Zerschlagungen mit Rückendeckung durch Berlin seit 1998:

**Qualifizierter Zeugenbeweis am Verwaltungsgericht ohne Begründung unterdrückt** und ohne Bewertung, weil weitere Untaten/Missstände des ÖRR aufklärbar sind: ohne Chance seit 2013: Verwaltungskritische Justiz: Mehrrichter-Entscheidungen für politisch motivierte Zerschlagungen unverzichtbar (Unerträglich: Einzelrichter-Entscheidung nach Ablehnungsgesuch), weil sippenweise Zerschlagung am Wohnort (Z1), am am bayerischen Geburtsort (Z2) mit Söder-Nähe, mit Beteiligung des ÖRR (Z3), parallel mit sozialer Zerschlagung (Z4), mit mehrfacher Freiheitsberaubung und psychischer Folter (Z5),

Barbarisch brutal, verfassungswidrig: Missbrauch sozialer Zerschlagung im Alter von über 80 Jahren mit gerichtlicher Treib- und Hetzjagd als Fortsetzung politisch motivierter Zerschlagungen.

Barbarisch brutal, respektlos und humanes Sterben verweigert: Missbrauch von Justizbehörden für Treib- und Hetzjagd bis in das hohe Alter ohne Rehabilitierung und Schadenersatz (2012: Erzwungener Freitod seines Bruders im 73.Lebensalter am Geburtsort in Bayern mit anschließender Nachlass-Insolvenz nach ökonomischer, politisch motivierter Zerschlagung, seines qualifizierten Lebensmittelbetriebes seit 1998.

Ausuferung der politisch motivierten Zerschlagungen am Geburtsort unter Söder wäre mit Sicherheit vermeidbar gewesen)

**2008: Eva Maria Michel**, seit 1997 WDR-Justiziarin, auch zuständig für ARD-Interessen beim neuen Sender Phoenix (1997 gegründet), befördert zur Stellvertretenden Intendantin nicht nur zwecks Rundfunk-Sperre nach konstruktivem Beschwerde-Brief an alle Intendanten der ARD/ZDF und an Altbundeskanzlerin Dr. Angela Merkel vom 28.09.2007

Erschwerend: Verbindung zwischen Täterschaft am Geburtsort in Bayern und Täterschaft des ÖRR / WDR unter Söder/Michel mit Merkel-Rückendeckung

**Januar 2013: Rücktritt von WDR-Intendantin Monika Piel aus persönlichen Gründen** nach mehrfachem Anschreiben durch das Zerschlagungsopfer

und nach Verfassungsbeschwerde vom 15.01.2013.

Folgewirkungen der Rundfunk Sperre in Polit-Magazinen unter Kontrolle der stellvertretenden Intendantin: Extremistische Auswirkungen (Z2, Z3, Z4, Z5, erzwungener Freitod in 2012) der politisch motivierten Zerschlagungen hätten verhindert werden können, mit Aufklärung über Polit-Magazine daher viel höhere Schadensbewertung erforderlich als bisher angenommen),

Mehrfache, intensive Bemühungen um qualifizierte Information der Öffentlichkeit über politisch motivierte Zerschlagungen ohne Chance seit 2007 z.B.

**Rundfunk Sperre** des Klägers zu einer **Maischberger-Sendung in 2017** über Zusammenhang von politisch motivierten Zerschlagungen, Agenda 2010 und HARTZ IV

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/WDR2017-0.pdf>

Scroll down after link (page 72)

**176. Herausragendes Lebenswerk des Zerschlagungsopfers mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa, ohne Subventionen, mit weltweit größtem Congressangebot für digitale Evolution inkl. professionellem Verlagsservice (Zerschlagung 1, Z1)**

Europäische Congressmessen ONLINE und KOMMTECH :



**Weiterentwicklung der in Mitteleuropa führenden ONLINE-Seminarreihe**, vom Zerschlagungsopfer persönlich ohne Subventionen entwickelt und durchgeführt in D, A, CH, beispielsweise auch zur Ausbildung der NIXDORF-Entwicklung und anschließend im NIXDORF-Ausbildungszentrum Mainz/Wiesbaden.

**Herausragendes Lebenswerk des Zerschlagungsopfers nicht nur das Ergebnis eines geeigneten Business-Plan, sondern das Ergebnis japanischer Lebens- und Arbeitsphilosophie Kaizen,**

in deren Zentrum das Streben nach kontinuierlicher und unendlicher Verbesserung steht. Verbesserung erfolgt in schrittweiser, punktueller Perfektionierung oder Optimierung eines Produktes oder Prozesses: Sieh Anlage VG-2210

**26 Jahre Europäische Congressmessen.**

Qualifikation der Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH bis heute nicht anerkannt, weil privatrechtlich (Familien-Unternehmen) organisiert und wegen Mittäterschaft des gebührenfinanzierten ÖRR,

**mit rechtswidriger Vorteilsnahme durch multimediale Raubkopien von Teilnehmer-finanzierten Congress-Symposien** am Beispiel der Europäischen Congressmesse ONLINE '98, mit Rückendeckung aus Berlin, in bester

Abstimmung mit Bayerischer Staatsregierung, mit Rundfunksperre in Polit-Magazinen, mit Unterdrückung qualifizierter Zeugenbeweise zerschlagen: Sieh beiliegenden Beweise.

**177. Brutal verfassungswidrig, Menschen verachtend, Bürger verachtend und Gebührenzahler verachtend:**

Extremistische Ausuferung politisch motivierter Zerschlagungen seit 1998: Brutal verfassungswidrig > > >

**Ausgehebelt, zerschlagen, abgehängt, ausgegrenzt, entrechtet.**

Politik in Berlin und München, Öffentlich-rechtlicher Rundfunk und Sozialversicherungsträger Hand-in-Hand: Seit über 20 Jahren, wie lange noch so weiter?

Hand-in-Hand: Schröder / Steinmeier / Merkel / Söder / Huml / Michel / Intendanten des Öffentlich-rechtlichen Rundfunks

**Respekt vor Intendantin Monika Piel**, die dies nicht mitmachen wollte! Alle andere Intendanten der ARD und des ZDF (gesamte Intendantenschaft) wussten Bescheid.

Zerschlagen nicht nur:

Weltklasse-Höchstleistungen der Europäischen Congressmessen für digitalen Innovationstransfer, herausragendes Lebenswerk des Zerschlagungsopfers,

**Zerschlagung seines Unternehmens mit hochqualifizierten, schon in 2000 voll digitalisierten Arbeitsplätzen mit einem professionell arbeitenden Congressmesse-Team, das in 2003 entlassen werden musste, aber mit dem Versprechen, alle beim schnellstmöglichen Wiederaufbau der Congressmessen zurückholen zu wollen.**

Danach

Zerschlagung seiner professionell operierenden Lieferkette, deren Firmen andere Auftraggeber suchen mussten, Zerschlagung seiner Kundenpotentiale (Hauptkundenstamm New Economy 2000, digitale Innovationselite), seiner Referenten- und Aussteller-Potentiale durch Rundfunksperre mit Rückendeckung aus Berlin

**Zerschlagung seines Geschäftshauses: Repräsentative Gründerzeit-Villa von deutschen Banken für Schuldentilgung konfisziert, weil Wiederaufbau verweigert**

Zerschlagung seines bayerischen Geburtshauses mit Geschäfts- und 2.Wohn-Immobilie, mit einer Treib- und Hetzjagd seines Bruders in den wirtschaftlichen Ruin bis in den Tod (Erzwingung seines Freitodes

in 2012 mit öffentlicher Diskriminierung und Diffamierung in Kommunalwahlen und öffentlichen Pressekonferenzen des Landratsamtes Tirschenreuth (Volksjustiz) und verfassungswidrigen Urteilen am Verwaltungsgericht Regensburg und anschließende Nachlass-Insolvenz)

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Grab1.pdf>

**Nach politisch motivierten Zerschlagungen am Wohnort und am Geburtsort mit Rundfunksperre durch ÖRR, nach Petitionen am Deutschen Bundestag und am Bayerischen Landtag in 2010 mit Anschreiben an Intendanten der ARD/ZDF mit Rundfunksperre seit 2008:**

Opfer kriminalisierender Missbrauch sozialer Verpflichtungen für soziale Zerschlagung trotz Kenntnis politisch motivierter Zerschlagungen,

Opfer kriminalisierender und Opfer verhöhnender Missbrauch von Erzwingungshaft für Freiheitsberaubung (zweimal) und psychische Folter trotz Kenntnis politisch motivierter Zerschlagungen ,

Opfer kriminalisierender Missbrauch von Gebührenbescheiden und Widerspruchsbescheiden für eine Fülle von Zwangsmaßnahmen in Kenntnis eigener Schuld

Opfer kriminalisierender Missbrauch von rechtsanwaltlicher Unterstützung für Maximierung von Rechtskosten trotz erdrückender Beweislage

Opfer kriminalisierender und Opfer verhöhnender Missbrauch einer verfassungswidrigen Krankenversicherung ohne Versicherungsleistungen seit 2010

Opfer kriminalisierender Missbrauch eines Pfändungsschutzkonto durch Sozialversicherungsträger für Kosten eines Rechtsanwalts, der eine verfassungswidrige Krankenversicherung am Landgericht Wuppertal trotz Kenntnis politisch motivierter Zerschlagungen durchgesetzt hat

Opfer kriminalisierender Missbrauch von Ordnungswidrigkeitsverfahren am

laufendem Bande am Amtsgericht Mettmann mit Fortsetzung jetzt am Amtsgericht Velbert seit 2011

Opfer vernichtender Missbrauch der rechtsanwaltlichen Vertretungspflicht

der 2. Instanz für Maximierung der Rechtskosten bei politisch motivierten Zerschlagungen extremistischer Ausuferung

Opfer kriminalisierender Missbrauch von SCHUFA-Eintragungen für Pfändungsschutz-Kontoinhaber seit 2013 ohne Nutzungsmöglichkeiten selbst für Dispo-Kredite, geschweige denn Kreditkarten

Opfer verhöhnende Altersdiskriminierung und

Generationendiskriminierung für inhumanes Lebensende mit politisch motivierter Sklavenhaltung des Zerschlagungsopfers im 81. Lebensjahr  
Daher jetzt gefordert:

Vorrang für Rehabilitierung und Schadenersatz

Verfassungswidrig: Psychische Folter und Opfer diskriminierender, Alter diskriminierender, Generationen diskriminierender Missbrauch sozialer Zerschlagung durch Sozialversicherungsträger, von dessen Rechtsanwälten zugemüllt mit Geldforderungen und Zinseszins-Rechnungen verhindert bis heute Rehabilitierung und Schadenersatz, verhindern Aktualisierung von qualifizierten Klageschriften für das Verwaltungsgericht Berlin mit Elke Büdenbender im Richter-Kollegium und

Verwaltungsgericht Regensburg mit Söder-Nähe (Söder/Huml-Mittäterschaft mit Rückendeckung von Bundeskanzlerin einschl. Söder/Huml-Kooperation aufgezeigt)

**Nachgewiesener Zusammenhang: Kooperation von Söder / Huml / Michel** bei politisch motivierten Zerschlagungen am Wohnort und am Geburtsort unter Rückendeckung durch die Bundeskanzlerin seit 2008 mit Intensivierung nach Petitionen am Deutschen Bundestag und Bayerischen Landtag in 2010 mit Vernichtung seines Bruders in 2012 Qualifikation der Europäischen Congressmessen vom Beklagten mit politisch motivierten Raubkopien längst anerkannt, daher auch gerichtlich zu bestätigen.

Antrag auf Verurteilung der/des Beklagten, offensichtlich mit Sondervollmachten der Zerschlagung für die stellvertretende Intendantin Eva-Maria Michel, offensichtlich stellvertretend für **gesamte ARD/ZDF-Intendantenschaft** (alle Intendanten der ARD und des ZDF in 2007 mit Merkel-Anschreiben (Innovationen 3) informiert, Schaden durch Rundfunksperre viel größer als durch multimediale Raubkopien mit verwaltungsgerichtlicher Verhinderung von qualifizierten und weiterführenden Zeugenbeweisen

Antrag auf Anerkennung des Anspruchs auf Rehabilitierung und Schadenersatz, Geständnis-Verweigerung des Beklagten ist endlich mit Strafverschärfung zu bewerten

Antrag auf Einräumung von mehr Arbeitszeit für Ausarbeitung qualifizierter Klageschriften, ohne weitere Verzögerung durch soziale Zerschlagung, ohne Altersdiskriminierung im 81.Lebensjahr mit Umsetzung der Forderung des Bundesverfassungsgerichts nach weniger Verfassungsbeschwerden

Massive Täter / Opfer-Umkehr: Täter ist nicht der Kläger, sondern Opfer sind der Kläger und seine Familie, sein Bruder u.a., sind **Zerschlagungsoffer einer Menschen, Bürger und Gebührenzahler verachtenden Diskriminierung, Diffamierung und Kriminalisierung** in einem brutalem Umfeld mit Staatsversagen (Politikversagen) mit eskalierender Ukraine-Krieg-Zeitenwende und mit höchstem ÖRR-Reformbedarf nach Eskalation des Schlesinger-Skandals.

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/WDR2021-0.pdf>

Scroll down after link (page 253)

#### **Anlage VB-2305:**

**Brutal verfassungswidrige Ausgrenzung aus Solidargemeinschaft** durch Pfändung der Energiepreispauschale der Bundesregierung wegen Rechtsanwaltskosten des Sozialversicherungsträgers für verfassungswidrige Krankenversicherung am 08.12.2022

Ein Sozialversicherungsträger, der für derartige asoziale Pfändungen verantwortlich ist und der **Sabotierung der Klagen auf Schadenersatz und Rehabilitierung durch orgienartige Überflutung mit Gerichtsverfahren der sozialen Zerschlagung betreibt,**

der hat seine Berechtigung als Sozialversicherungsträger definitiv verloren, weil er nur noch soziale Zerschlagung mit asozialen Attacken betreibt.

Legende der zugesandten Schriftsätze:

# Albin L. Ockl

Dipl.-Ing.

Gründer und Geschäftsführender Chefredakteur der Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH  
Opfer politisch motivierter Zerschlagungen seit 1998

Am Buschkamp 10  
42549 Velbert

Tel (0 20 51) 603840  
Fax (0 20 51) 603841

albin.ockl@euro-online.de  
www.euro-online.de

Vorab per Fax an 0721-9101-382

**Bundesverfassungsgericht  
2 BvR 2262/22**

**Schlossbezirk 3  
76131 Karlsruhe**

Velbert, 14.01.2023

**Verfassungsbeschwerde vom 10.12.2022 (2 BvR 2262/22)  
wegen Vorrang für Klagen zu Rehabilitation und Schadenersatz an den  
Verwaltungsgerichten Berlin und Düsseldorf mit Mehrrichter-Verantwortung  
wegen politisch motivierter Zerschlagungen seit 1998  
unter persönlicher Verantwortung deutscher Spitzenpolitiker  
an den Verwaltungsgerichten Berlin und Düsseldorf  
wegen Sabotieren von Rehabilitation und Schadenersatz durch  
Fortsetzung mit sozialen Zerschlagungen  
am Landgericht Wuppertal (hier), am Amtsgericht Velbert und am  
Sozialgericht Düsseldorf  
mit Opferkriminalisierung / Altersdiskriminierung /  
Generationendiskriminierung im 82.Lebensjahr  
Daher: Antrag auf Opferschutz**

**Politisch motivierte Zerschlagungen seit über 20 Jahren (1998)  
mit Verweigerung von Rehabilitation und Schadenersatz  
mit extremistischer Ausuferung**

- > zu bundesweiter Sippenzerschlagung seit 1998  
mit Todesopfer (2012) und Nachlass-Insolvenz am Geburtsort,
- > zu unverhältnismäßiger Opferkriminalisierung bis  
Alters-Diskriminierung und
- > zu politisch motivierter Sklavenhaltung seit 2010 mit  
sozialer Zerschlagung anstatt sozialer Sicherheit im 82.Lebensjahr
- > brutal verfassungswidrig

mit totalem Staats-Versagen aus Politik-Versagen bis zu Ukraine-  
Krieg-Zeitenwende, unter Beteiligung des öffentlich-rechtlichen  
Rundfunks bis zum Schlesinger-Skandal, mit Missbrauch von  
Sozialgesetzen für soziale Zerschlagungen mit Sabotage von  
Rehabilitation und Schadenersatz

mit best vernetzter Täter-Phalanx und großem Schaden für  
Deutschland:

Staatsorgane übergreifend, Gerichte und Verfahren übergreifend,  
Bundesländer übergreifend, Generationen übergreifend,  
mit Politik-Versagen, Behörden-Versagen, Justiz-Versagen, Staats-  
Versagen

**Hier: Fortsetzung der Verfassungsbeschwerde nach Schriftsatz vom 31.12.2022 an Oberlandesgericht Düsseldorf, 13.Zivilsenat (I-13 W 42/22)**

Rechtsmittel der Anhöhrungsrüge nach §321a ZPO gegen verfassungswidrigen Beschluss vom 15.12.2022 (eingegangen am 22.12.2022)

wegen Versagung von rechtlichem Gehör,  
weil brutal verfassungswidrig ohne Respektierung von Grundrechten und grundrechtsgleichen Rechten

**Debeka** Krankenversicherungsverein a.G.(Kläger),  
Sozialversicherungsträger für Krankenversicherung und  
Pflegeversicherung, vertreten von RAe Giebel und Kollegen,  
unterstützt von weisungsgebundenen Staatsanwälten

**gegen**

**Albin Ockl** (Beschwerdeführer, Beklagter, Opfer politisch motivierter  
Zerschlagungen seit 1998, Zerschlagungsopfer)

Die detaillierten Ausführungen zu den Kapiteln sind zusätzlich nachlesbar in der vernetzten Internet-Doku der Verfassungsbeschwerde:

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-27f.pdf>

Scroll down after link (page 43)

**Verfassungsbeschwerde vom 10.12.2022**

Versagen richterlicher Bescheidung am Oberlandesgericht Düsseldorf,  
Beschwerdegericht zu einer sofortigen Beschwerde am Landgericht Wuppertal  
und zu einer Rechtsbeschwerde am Amtsgericht in Verfahren des  
Sozialversicherungsträgers als Kläger und als Zeuge, verursacht durch politisch  
motivierte Zerschlagungen seit 1998 und Rechtsmissbrauch orgienartiger  
Überflutung mit Gerichtsverfahren gegen das Opfer politisch motivierter  
Zerschlagungen im 82.Lebensjahr

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-27f.pdf>

**Fortsetzung der Verfassungsbeschwerde mit Rechtsmittel der Anhöhrungsrüge nach §321a ZPO**

gegen Bescheid der sofortigen Beschwerde ohne Respektierung von  
Grundrechten am Oberlandesgericht Düsseldorf und  
nach Ladetermin 12.01.2023 am Amtsgericht Velbert (11 C 406/22)  
mit polizeilicher Terrorisierung bei Dunkelheit im Vorfeld des Ladetermins gegen  
das Opfer politisch motivierter Zerschlagungen im 82.Lebensjahr ohne Wissen  
des Amtsgerichtes

Antrag auf Opferschutz auch bei Pflegeversicherung (Sozialgericht Düsseldorf S  
31 P 146/22)

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-27f.pdf>

Scroll down after link (page 43)



**Begründung zu Fortsetzung der Verfassungsbeschwerde vom 10.12.2022**  
mit fortlaufender Nummerierung (2 BvR 2262/22)

**BVERFG-2303. Angegriffene Hoheitsakte in Fortsetzung.**

**Totales Justiz-Versagen und Justizbehörden-Versagen:**

**Oberlandesgericht versagt mit formaler Bescheidung der sofortigen**

**Beschwerde rechtliches Gehör für die Begründung der sofortigen**

**Beschwerde gegen das Landgericht Wuppertal (3 O 228/22)**

**Oberlandesgericht versagt Bescheidung der Rechtsbeschwerde gegen das  
Amtsgericht Velbert (26 OWi-523 Js 814/22-84/22, OWi-Kostenhetzjagd seit  
2011)**

**Daher :Rechtsmittel der Anhörungsrüge vom 31.12.2022 gegen die  
Begründung der Bescheidung**

**Verfassungsbeschwerde ohne jegliche Auswirkung auf Fortgang der  
Gerichtsverfahren: Ladetermin am Amtsgericht Velbert (11 C 406/22) am  
Donnerstag, 12.01.2023**

**Davor: Terrorisierender Polizei-Einsatz bei völliger Dunkelheit auf  
umfriedeten Grundstück gegen Opfer politisch motivierter Zerschlagungen  
im 82.Lebensjahr als angeblicher Auftrag des Amtsgerichtes am Montag,  
den 09.01.2023, offensichtlich unter Verantwortung eines  
weisungsgebundenen Staatsanwalts ohne Richterbeschluss**

**Richter war nicht informiert über Polizei-Einsatz und verwundert über  
Verfassungsbeschwerde trotz ausführlicher schriftlicher Eingabe des  
Beschwerdeführers (am 10.01.2023 beim Amtsgericht eingeworfen)**

**Richter wurde im Ladetermin darauf hingewiesen:**

**Beklagter hat Anspruch auf Vorrang für Rehabilitierung und Schadenersatz  
an den Verwaltungsgerichten Berlin und Düsseldorf, weil Probleme der  
Sozialversicherungen ausschließlich durch politisch motivierte  
Zerschlagungen seit 1998, seit 25 Jahren verursacht**

**Klage auf Rehabilitierung und Schadenersatz seit 2011 nach Petitionen an  
Deutschen Bundestag und an Bayerischen Landtag in 2010.**

**Verfassungswidrige Krankenversicherung (KV) ohne Zugang zu  
Versicherungsleistungen seit 2010**

**Ladetermin: Richter am Amtsgericht Velbert ohne Kenntnis der sofortigen  
Beschwerde und verwundert über Verfassungsbeschwerde  
aber längst informiert über die verfassungswidrige KV, unterstützt  
Rechtsanwalt des Klägers, weil dieser den Zugang zu  
Versicherungsleistungen nicht erklären kann**

**Richter hat Ladetermin beendet nach Darlegung der verfassungswidrigen  
Krankenversicherung ohne Zugang zu Versicherungsleistungen seit 2010  
Gerichtsbeschluss am 9.2.2023 festgelegt.**

**Tierisch und brutal verfassungswidrig: Sabotierung der Klagen auf  
Rehabilitierung und Schadenersatz durch orgienartige Überflutung mit  
Gerichtsverfahren der sozialen Zerschlagung, deren Unmenge vom  
Zerschlagungsoffer im 82.Lebensjahr nicht mehr zu verarbeiten  
Antrag auf Terminverlängerung zu Mitteilung und Bewertung des avisierten  
Gerichtsbeschlusses im Februar.**

**Antrag auf Opferschutz auch bei Pflegeversicherung (Sozialgericht  
Düsseldorf S 31 P 146/22)**

Der Beschwerdeführer hat eine ausführlich begründete Verfassungsbeschwerde  
mit den Kapiteln BVERFG-2301 und BVERFG-2302 inkl. ausführlicher Anlagen  
VB-23201 bis VB-2305 (insgesamt 259 Seiten) dem Richter am Amtsgericht  
vorgelegt:

Kapitel **BVERFG-2301. Angegriffene Hoheitsakte in chronologischer Folge.**  
**Totales Justiz-Versagen: Gerichte übergreifend**

**mit Sozialversicherungsträger, der von Rechtsanwälten vertreten und von weisungsgebundenen Staatsanwälten unterstützt wird, der als Kläger und als Zeuge nur noch soziale Zerschlagung mit asozialen Attacken im Dauerzustand betreibt, mit Klage zu einer verfassungswidrigen Krankenversicherung ohne Zugang zu Versicherungsleistungen seit 2010 und mit Pfändung auf Pfändungsschutzkonto,**

mit Fortsetzung einer unverhältnismäßigen OWi-Hetze am Amtsgericht Mettmann seit 2011, jetzt am Amtsgericht Velbert, zweimal mit Freiheitsberaubung und psychischer Folter, mit Überfall durch 4-Mann-Polizeitrupp, mit Klage auf Rehabilitierung und Schadenersatz seit 2011 zu politisch motivierten Zerschlagungen,

mit Klage am Verwaltungsgericht Köln, von da an Verwaltungsgericht Berlin, von da an am Landgericht Wuppertal, dort mit Klage-Aufteilung wegen politisch motivierter Zerschlagungen am Wohnort in NRW und am Geburtsort in Bayern, von dort zurück an Verwaltungsgericht Berlin

Klage-Erweiterung wegen Beteiligung des Öffentlich-rechtlichen Rundfunks mit Wissen der gesamten Intendantenschaft von ARD und ZDF seit 1998, seit über 20 Jahren, am Verwaltungsgericht Düsseldorf,

gegen Kläger / Beklagten, heute im 82. Lebensjahr mit Anspruch auf ein humanes Lebensende anstatt entwürdigende Altersdiskriminierung ohne Respekt vor Lebensleistung und Generationendiskriminierung:

> Politisch motivierte Zerschlagungen unter persönlicher Verantwortung von [Schröder/Steinmeier/Merkel/Söder](#)

**Politik-Versagen, heute mit Digitalisierungsnotstand in Deutschland, mit politisch motivierten Zerschlagungen nicht trotz, sondern wegen: \_**

**Herausragendes Lebenswerk mit Weltklasse-Höchstleistungen, den Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH mit dem weltweit größten Congressangebot für digitale Evolution in Deutschland und Europa in den größten deutschen Congress-Centren wie Hamburg, Düsseldorf, Berlin u.a.**

**mit nachhaltigem Wissensmanagement für digitales Innovationswachstum**

**durch professionellen Verlagsservice (ISBN-nummerierte Congressbände, systemrelevant für das Innovationswachstum der Digitalbranche),**

**> > > [ONLINE Congressbände 1976 - 2003](#)**

> unter aktiver Beteiligung des Sozialversicherungsträgers mit unverhältnismäßiger Be-/Verhinderung/Sabotage von Rehabilitierung und Schadenersatz im laufendem Verfahren am Verwaltungsgericht Berlin ohne die Chance, in 2021 und 2022 nach einer umfassenden Verfassungsbeschwerde das laufende Verfahren fortsetzen zu können wegen ständiger asozialer Attacken des Klägers bis heute (soziale Zerschlagung unter Verantwortung des Sozialversicherungsträgers) nach exotischem Gerichtsverfahren am Landgericht Wuppertal mit 3 O 61/19 und jetzt mit 3 O 228/22, mit Fortsetzung der OWi-Verfahren des Amtsgerichts Mettmann am Amtsgericht Velbert (26 OWi-523 Js 814/22-84/22, OWi-Kostenhetzjagd seit 2011)

jetzt mit laufender Verfassungsbeschwerde 1 BvR 2121/22 gegen Amtsgericht Velbert / Landgericht Wuppertal 16 M 188/22

jetzt mit Beschwerdeverfahren am Oberlandesgericht Düsseldorf zu Gerichtsverfahren 3 O 228/22 Landgericht Wuppertal und Rechtsbeschwerde zu 26 OWi-523 Js 814/22-84/22 Amtsgericht Velbert

Kapitale Vermögensschäden wegen politisch motivierter Zerschlagungen seit 1998: Ausschließliche Ursache für Probleme der Krankenversicherung und Pflegeversicherung.

Daher: Beklagter fordert die Respektierung von Menschenrechten, den Vorrang für Schadenersatzverfahren, die in unverhältnismäßiger Weise durch ständige

Attacken des Sozialversicherungsträgers mit Unterstützung durch weisungsgebundene Staatsanwälte verhindert und sabotiert werden.

**Kapitel BVERFG-2302. Vorrang für Rehabilitierung und Schadenersatz, weil Probleme der Sozialversicherungen ausschließlich durch politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998 verursacht**

Brutal verfassungswidrig: Sabotierung der Klagen auf Schadenersatz und Rehabilitierung durch orgienartige Überflutung mit Gerichtsverfahren der sozialen Zerschlagung, deren Unmenge vom Zerschlagungsopfer im 82.Lebensjahr nicht mehr zu verarbeiten

**Brutal verfassungswidrig: Exzesse der Altersdiskriminierung ohne Respektierung der herausragenden Lebensleistung des Beschwerdeführers:**

**Weltklasse-Höchstleistungen, den Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH**

**mit dem weltweit größten Congressangebot für digitale Evolution in Deutschland und Europa in den größten deutschen Congress-Centren wie Hamburg, Düsseldorf, Berlin u.a.**

**mit nachhaltigem Wissensmanagement für digitales Innovationswachstum**

**durch professionellen Verlagsservice (ISBN-nummerierte Congressbände, systemrelevant für das Innovationswachstum der Digitalbranche),**

**> > > [ONLINE Congressbände 1976 - 2003](#)**

**Zerschlagungsopfer: Ausgehelt, zerschlagen, abgehängt, ausgegrenzt, entrechtet und versklavt unter persönlicher Verantwortung der Täter**

**Ausgehelt mit der staatlichen UMTS-Auktion2000 unter persönlicher Verantwortung von Schröder / Steinmeier**

**Politisch motivierte Zerschlagung am Wohnort und am Geburtsort in Bayern unter persönlicher**

**Verantwortung von [Merkel / Söder / Michel](#).**

**Erdrückende Beweislage mit Schriftsatz vom 20.Sept. 2022 an das Verwaltungsgericht Düsseldorf (Anlage VB-2304)**

**> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/WDR2021-0.pdf>**

Scroll down after link (page 253)

**mit Antrag auf längst fällige Anerkennung des Anspruchs auf Rehabilitierung und Schadenersatz**

**mit Mehrrichter-Entscheidung**

**nach Verfassungsbeschwerde 1 BvR 1319/22 vom 20.Juni 2022 und [ARD/ÖRR-Krise mit Schlesinger-Skandal](#)**

**Fortsetzung der Klage mit Verfassungsbeschwerde 1 BvR 1319/22 vom 20.Juni 2022 wegen Anerkennung und Vorrang des**

**Anspruchs auf Rehabilitierung und Schadenersatz für politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998 unter Mittäterschaft des ÖRR mit persönlicher Beteiligung von**

**[Eva-Maria Michel](#), WDR-Justiziarin seit Okt.1997 und Stellv.**

**Intendantin des WDR seit Jan.2008 bis Okt. 2022**

**> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-27f.pdf>**

Darüber hinaus:

**> [25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998:](#)**

**Neue Verfassungsbeschwerde vom 01.01.2203**

**> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-28f.pdf>**

Scroll down after link (page 286)

Die Verfassungsbeschwerde wird mit diesem Kapitel **BVERFG-2303 fortgesetzt.**

**Anzugreifender Hoheitsakt ist (siehe [Anlage VB-2309](#))**

Beschluss I-13 W 42/22 Oberlandesgericht Düsseldorf (3 O 228/22

Landgericht Wuppertal): Bescheidung der sofortigen Beschwerde 3 O 228/22 Landgericht Wuppertal ohne Respektierung der verletzten Grundrechte, daher erneutes Rechtsmittel der Anhörungsmittel mit Schriftsatz vom 31.12.2022.

(Sieh **Anlage VB-2308**)

**Schriftsatz vom 31.Dez.2022 mit Rechtsmittel der Anhörungsrüge nach §321a ZPO gegen verfassungswidrigen Beschluss des Oberlandesgerichts vom 15.12.2022 (eingegangen am 22.12.2022)**

**004.** Rechtsmittel der Anhörungsrüge gemäß §321a ZPO,

> **weil ultra verfassungswidrig:** Bescheidung der Sofortigen Beschwerde nach §567 ZPO gegen verfassungswidriges Justizverfahren 3 O 228/22 mit Sozialversicherungsträger als Kläger, weil er Rehabilitierung und Schadenersatz sabotiert (Landgericht Wuppertal)

Darüber hinaus verfassungswidrig: Nicht-Bescheidung der Anhörungsrüge wegen Rechtsbeschwerde zu 26 OWi-523 Js 814/22-84/22 mit Sozialversicherungsträger als Zeuge und mit Unterstützung durch weisungsgebundene Staatsanwaltschaft (Amtsgericht Velbert) Beide Verfahren gegen Opfer politisch motivierter Zerschlagungen seit 1998, seit 25 Jahren, mit verheerenden Folgewirkungen für Krankenversicherung und Pflegeversicherung,

> um politisch motivierte Zerschlagungen mit sozialer Zerschlagung zu vollenden

> um Rehabilitierung und Schadenersatz für Opfer politisch motivierter Zerschlagungen seit 1998 mit verheerenden Folgewirkungen für Krankenversicherung und Pflegeversicherung zu sabotieren

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/unrecht-22.pdf>

Scroll down after link (page 33)

**Ohne Respektierung des** Rechtsmittel der Anhörungsrüge gemäß Anlage VB-2308 wurde das Verfahren 11 C 406/22 am Amtsgericht Velbert in Gang gesetzt. Sieh

**Anlage VB-2306:**

Amtsgericht Velbert (11 C 406/22): Ladung zu Gerichtstermin am 12.01.2023 mit Verfügung vom 21.12.2022 (eingegangen am 22.12.2022) wegen Klage des Sozialversicherungsträgers mit verfassungswidriger Krankenversicherung ohne Versicherungsleistungen seit 2010. > > > Sieh

**Anlage VB-2307:** mit Anlagen

Amtsgericht Velbert (11 C 406/22): Einspruch gegen Ladung und Verfügung des Amtsgerichtes mit Schriftsatz vom 10.01.2023 **nach Missbrauch von Polizeigewalt für Opfer-Terrorisierung vor Ladetermin** auf umfriedeten Grundstück bei Dunkelheit am Abend des 09.01.2023 ohne Respektierung des Lebensalters (82.Lebensjahr)

**Anlage der Verfassungsbeschwerde vom 10.12.2022**

(2 BvR 2262/22, Seite 1-41 liegen vor beim BVerfG)

wegen Vorrang für Klagen zu Rehabilitierung und Schadenersatz an den Verwaltungsgerichten Berlin und Düsseldorf mit Mehrrichter-Verantwortung

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-27f.pdf>

**Anlage VB-2305:** Seite 42

**Brutal verfassungswidrige Ausgrenzung aus Solidargemeinschaft** durch Pfändung der Energiepreispauschale der Bundesregierung auf Pfändungsschutzkonto am 08.12.2022 wegen Rechtsanwaltskosten des Sozialversicherungsträgers für verfassungswidrige Krankenversicherung

**Bestätigung des Bundesverfassungsgerichts vom 4.Jan. 2023**

Seite 43

Neue Verfassungsbeschwerde vom 01.01.2023:

**25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998**

**> Vorrang für Rehabilitierung und Schadenersatz,**

**weil Probleme der Sozialversicherung und Krankenversicherung ausschließlich durch politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998 verursacht**

**Brutal verfassungswidrig: Sabotierung der Klagen auf Schadenersatz und Rehabilitierung durch orgienartige Überflutung mit Gerichtsverfahren der sozialen Zerschlagung, deren Unmenge vom Zerschlagungsopfer im 82.Lebensjahr nicht mehr zu verarbeiten**

Trotz Einspruch hat der Ladungstermin am 12.01.2023 stattgefunden. Total Sinn entstellend und verstellend als „Gütetermin“ bezeichnet, tatsächlich mit terrorisierender Polizeiaktion 3 Tage vorher am Abend bei völliger Dunkelheit auf umfriedeten Grundstück gegen Rentner im Alter über 80 Jahre, hier werden Menschenrechte mit Füßen getreten, ältere Generationen werden nicht mehr geschützt, sondern terrorisiert mit Polizei-Einsatz, für den es überhaupt keinen Anlass gibt (kein Gefahr durch Rentner über 80 Jahre in Verzug) und einem jungen Einzelrichter ausgeliefert, der einen jungen Rechtsanwalt unterstützt, der nur physisch anwesend sein muss, weil der Richter hilft mit Erklärungen, die eigentlich vom Rechtsanwalt kommen müssen:

**Exotische Krankenversicherung, ein Art Grundversicherung ohne Gesundheitskarte, ist brutal verfassungswidrig**, weil Versicherungsleistungen mit Rechnungen an die Versicherung eingefordert werden sollen, ohne Sicherheit, dass die Rechnungen auch bezahlt werden, aber: bezahlte Rechnungen auf Pfändungsschutz-Konto werden durch laufende Pfändungen sofort weggepfändet, wie dies mit der Energie-Pauschale der Bundesregierung vorexerziert wurde. **Sieh**

**Anlage VB-2305:**

**Brutal verfassungswidrige Ausgrenzung aus Solidargemeinschaft** durch Pfändung der Energiepreispauschale der Bundesregierung auf Pfändungsschutzkonto am 08.12.2022 wegen Rechtsanwaltskosten des Sozialversicherungsträgers für verfassungswidrige Krankenversicherung

**Zur Zeit laufen Pfändungen von Rechtsanwaltskosten der Rechtsanwälte, unter deren Verantwortung diese exotische Krankenversicherung durchgesetzt wurde, aber keine Versicherungsleistungen mehr seit 2010, ohne Zugangsmöglichkeit.**

**Der Richter hat den Ladetermin am 12.01.2023 nach 15 Minuten beendet mit einer überhaupt nicht aussagefähigen Bemerkung: „Es macht keinen Sinn“ und mit Ankündigung eines Richterbeschlusses am 09.Feb.2023.**

Der Beklagte hat erneut seinen Antrag bekräftigt, dass die Gerichtsverfahren auf Rehabilitierung und Schadenersatz wegen politisch motivierten Zerschlagungen am Wohnort und am Geburtsort endlich Vorrang haben müssen.

**Längst auffällig ist, dass junge Richter-Generationen in Unkenntnis gehalten werden und bewusst gegen alte Zerschlagungsopfer eingesetzt werden**, um verfassungswidrige Beschlüsse herbeizuführen, in denen Wahrheit, Recht und Verfassung gebeugt werden, weil die Wahrheit überhaupt nicht interessiert und so Opferkriminalisierung mit Altersdiskriminierung und Generationendiskriminierung getoppt wird. Es ist eine neue Dimension, wenn alte Personen im Vorfeld mit Polizei-Einsätzen bei Dunkelheit terrorisiert werden

**Der Beschwerdeführer erneuert den Antrag auf Opferschutz, weil er keine Versicherungsleistungen mehr von einem solchen Sozialversicherungsträger erwarten kann, weder in der Krankenversicherung (hier), noch in der Pflegeversicherung: siehe Anlage VB-2310:**

Schreiben des Sozialgerichts Düsseldorf (S31 P 146/22) vom 4.1.2023 (eingegangen am 11.01.2023)

**Daher Antrag auf Opferschutz,**

weil der Sozialversicherungsträger nur noch soziale Zerschlagung betreibt, weil er mit asozialen Attacken im Dauerzustand die primären Verfahren auf Rehabilitation und Schadenersatz sabotiert, mit einer verfassungswidrigen Krankenversicherung ohne Zugang zu Versicherungsleistungen seit 2010, ohne Zugang zu Versicherungsleistungen der Pflegeversicherung für ehemalige Versicherungsmitglieder im 82. Lebensjahr, denen dieser unerträgliche Zustand aufgezwungen wurde, jetzt sogar mit Polizei-Terror bei völliger Dunkelheit auf umfriedeten Grundstück vor einem Gerichtstermin (Amtsgericht Velbert 11 C 406/22), der vom zuständigen Richter ohne Ergebnis abgebrochen werden musste.

**Daher längst fälliger Vorrang für Rehabilitation und Schadenersatz**

für politisch motivierte Zerschlagungen als ausschließliche Ursache für skandalöse Versicherungsprobleme und die Fortsetzung mit sozialer Zerschlagung inkl. Altersdiskriminierung und Generationen-Diskriminierung

**Daher Antrag auf Opferschutz** wegen Vorrang für Rehabilitation und Schadenersatz für politisch motivierte Zerschlagungen und deren Fortsetzung mit sozialer Zerschlagung.

**Daher Antrag auf Nachholung der verweigerten Weihnachtsruhe für Rentner über 80 Jahren mit Anspruch auf ein humanes Lebensende.**

**„Bürger sind keine Untertanen“** (schon gar nicht Untertanen einer politisch motivierten Sklavenhaltung)  
so Prof. em. Dr. Dres. h.c. Hans-Jürgen Papier,  
Präsident des Bundesverfassungsgericht (2002-2010).

**"Das Grundgesetz muss man nicht lieben, aber respektieren",**  
so Prof. Dr. Dres. h.c. Andreas Voßkuhle,  
Präsident des Bundesverfassungsgericht (2010-2020).

**"Es gibt keinen grundrechtsfreien Raum in Deutschland",**  
so Prof. Dr. Stephan Harbarth, LL.M.,  
Präsident des Bundesverfassungsgericht seit 2020.



**Der Rechtsstaat** darf nicht nur gegen Bürger, sondern **muss endlich auch für Bürger da sein**, insbesondere bei extremistischer **Ausuferung staatlicher Übergriffe einer kriminellen Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik, aktueller denn je nach Proklamation einer Zeitenwende durch den derzeitigen Bundeskanzler im Februar 2022**. Wenn sich Bürger seit über 10 Jahren wehren, weil seit 1998, seit über 20 Jahren geplant und absichtlich, zum Schaden von Deutschland, gegen ihre Grundrechte massiv verstoßen wird, ist beim Bundesverfassungsgericht ohne Zweifel das **grundrechtsgleiche Recht auf Widerstand nach Art.20 Abs.4 GG** mit Antrag auf Opferschutz anzumahnen.

Velbert, 14.Jan.2023



Albin L. Ockl



Dipl.-Ing.  
Albin L. Ockl

**Ich bin stolz darauf, als Gründer, Organisator und geschäftsführender Chefredakteur unserer Europäischen Congressmessen für digitale Evolution, die Leitveranstaltungen für eine beispiellose Gründerzeit (New Economy 2000) umgesetzt zu haben, mit einem herausragenden Lebenswerk mit Weltklasse-Höchstleistungen für Innovationstransfer, Innovationseffizienz und Innovationswachstum, ohne Subventionen, mit einer beachtlichen Leistung für die Zukunft von Deutschland und Europa**

> > <http://planning.euro-online.de/ftp/Beweise1.pdf>

Scroll down after link (page 19)

**Ich bin stolz darauf, mit mehreren 100.000 Congressbänden (ISBN-nummeriert) den Beiträgen deutscher Wissenschaftler zielgenau bei Entscheidern und Multiplikatoren Effizienz gesichert zu haben und mit exzellentem, nachhaltigem Wissensmanagement für Innovationswachstum ein qualifiziertes Fundament für die Digital-Branche gelegt zu haben, mit einem professionellen Verlagsservice zu über 260 Congressen.**

**Niemand außer mir war und ist bis heute in der Lage, in Zusammenarbeit mit Politik, Wissenschaft, Wirtschaft und Verwaltung solche Weltklasse-Höchstleistungen zu wiederholen.**

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BP-1801.pdf>

Scroll down after link (page 24)

**Ich bin stolz darauf, mit hochqualifizierten Wissenschaftlern zusammengearbeitet zu haben, die auf unseren Europäischen Congressmessen bereits in 1986, 1987, 1988 Congresse für Künstliche Intelligenz (KI) mit  $3 \times 4 = 12$  ganztägigen Symposien, professionell dokumentiert in ISBN-nummerierten Congressbänden, geplant und ausgeführt haben. Artificial Intelligence wird von der Politik seit 2018 als Schlüsseltechnologie der Digitalisierung erkannt und als die Zukunftsperspektive gepriesen, in der letzten CeBIT in 2018, die auch eingestellt werden musste trotz eines Verlustausgleichs von 250 Mio EUR (in 2009) wegen politischem Missbrauch der staatlichen UMTS-Auktion 2000 zu Umverteilung und Zerschlagung, und auf dem staatlichen Digital-Gipfel im Dezember 2018/2019, der Nachfolge-Veranstaltung nach Zerschlagung/Aus unserer Europäischen Congressmessen in 2003 unter Federführung des Bundeswirtschaftsministeriums**

> > > <https://ifdt.org/kpf/>

> > > <http://www.euro-online.de/kommtech.html>

> > > [http://www.euro-online.de/ftp/KOMMTECH\\_87.pdf](http://www.euro-online.de/ftp/KOMMTECH_87.pdf)

> > > [ONLINE Congressbände 1976 - 2003](#)

**Anlage VB-2306:**

Amtsgericht Velbert (11 C 406/22): Ladung zu Gerichtstermin am 12.01.2023 mit Verfügung vom 21.12.2022 (eingegangen am 22.12.2022) wegen Klage des Sozialversicherungsträgers mit verfassungswidriger Krankenversicherung ohne Versicherungsleistungen seit 2010

**Anlage VB-2307:** mit Anlagen

Amtsgericht Velbert (11 C 406/22): Einspruch gegen Ladung und Verfügung des Amtsgerichtes mit Schriftsatz vom 10.01.2023 nach Missbrauch von Polizeigewalt für Opfer-Terrorisierung vor Ladetermin auf umfriedeten Grundstück bei Dunkelheit am Abend des 09.01.2023 ohne Respektierung des Lebensalters (82.Lebensjahr)

**Anlage der Verfassungsbeschwerde vom 10.12.2022**

(2 BvR 2262/22, Seite 1-41 liegen vor beim BVerfG)  
wegen Vorrang für Klagen zu Rehabilitierung und Schadenersatz an den Verwaltungsgerichten Berlin und Düsseldorf mit Mehrrichter-Verantwortung

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-27f.pdf>

**Anlage VB-2305:** Seite 42

**Brutal verfassungswidrige Ausgrenzung aus Solidargemeinschaft**  
durch Pfändung der Energiepreispauschale der Bundesregierung auf Pfändungsschutzkonto am 08.12.2022 wegen Rechtsanwaltskosten des Sozialversicherungsträgers für verfassungswidrige Krankenversicherung

**Bestätigung des Bundesverfassungsgerichts vom 4.Jan. 2023**

Seite 43

**Anlage BVERFG-377** Seite 44

Antrag auf Nachholung der Weihnachtsruhe bis 15.Feb.2023 in neuer Verfassungsbeschwerde vom 01.01.2023

**25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998**

> **Vorrang für Rehabilitierung und Schadenersatz,**  
weil Probleme der Sozialversicherung und Krankenversicherung ausschließlich durch politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998 verursacht

**Brutal verfassungswidrig: Sabotierung der Klagen auf Schadenersatz und Rehabilitierung durch orgienartige Überflutung mit Gerichtsverfahren der sozialen Zerschlagung, deren Unmenge vom Zerschlagungsopfer im 82.Lebensjahr nicht mehr zu verarbeiten**

**Anlage VB-2308:**

**Schriftsatz vom 31.Dez.2022 mit Rechtsmittel der Anhörungsrüge nach §321a ZPO gegen verfassungswidrigen Beschluss des Oberlandesgerichts vom 15.12.2022 (eingegangen am 22.12.2022)**

**004.** Rechtsmittel der Anhörungsrüge gemäß §321a ZPO,

> **weil ultra verfassungswidrig:** Bescheidung der Sofortigen Beschwerde nach §567 ZPO gegen verfassungswidriges Justizverfahren 3 O 228/22 mit Sozialversicherungsträger als Kläger, weil er Rehabilitierung und Schadenersatz sabotiert (Landgericht Wuppertal)

Darüber hinaus verfassungswidrig: Nicht-Bescheidung der Anhörungsrüge wegen Rechtsbeschwerde zu 26 OWi-523 Js 814/22-84/22 mit Sozialversicherungsträger als Zeuge und mit Unterstützung durch weisungsgebundene Staatsanwaltschaft (Amtsgericht Velbert) Beide Verfahren gegen Opfer politisch motivierter Zerschlagungen seit 1998, seit 25 Jahren, mit verheerenden Folgewirkungen für Krankenversicherung und Pflegeversicherung,

> um politisch motivierte Zerschlagungen mit sozialer Zerschlagung zu vollenden  
> um Rehabilitierung und Schadenersatz für Opfer politisch motivierter Zerschlagungen seit 1998 mit verheerenden Folgewirkungen für Krankenversicherung und Pflegeversicherung zu sabotieren  
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/unrecht-22.pdf>  
Scroll down after link (page 33)

**Anlage VB-2309:**

Beschluss I-13 W 42/22 Oberlandesgericht Düsseldorf (3 O 228/22 Landgericht Wuppertal)  
Bescheidung der sofortigen Beschwerde 3 O 228/22 Landgericht Wuppertal ohne Respektierung der verletzten Grundrechte, daher erneutes Rechtsmittel der Anhörmittel mit Schriftsatz vom 31.12.2022.

**Anlage VB-2310:**

Schreiben des Sozialgerichts Düsseldorf (S31 P 146/22) vom 4.1.2023 (eingegangen am 11.01.2023)

**Daher Antrag auf Opferschutz,**

weil der Sozialversicherungsträger nur noch soziale Zerschlagung betreibt, weil er mit asozialen Attacken im Dauerzustand die primären Verfahren auf Rehabilitierung und Schadenersatz sabotiert, mit einer verfassungswidrigen Krankenversicherung ohne Zugang zu Versicherungsleistungen seit 2010, ohne Zugang zu Versicherungsleistungen der Pflegeversicherung für ehemalige Versicherungsmitglieder im 82.Lebensjahr, denen dieser unerträgliche Zustand aufgezwungen wurde, jetzt sogar mit Polizei-Terror bei völliger Dunkelheit auf umfriedeten Grundstück vor einem Gerichtstermin (Amtsgericht Velbert 11 C 406/22), der vom zuständigen Richter ohne Ergebnis abgebrochen werden musste.

**Daher längst fälliger Vorrang für Rehabilitierung und Schadenersatz**

für politisch motivierte Zerschlagungen als ausschließliche Ursache für skandalöse Versicherungsprobleme und die Fortsetzung mit sozialer Zerschlagung inkl. Altersdiskriminierung und Generationen-Diskriminierung

**Anlage VB-2301**

mit weiteren Anlagen: Anlage LG-01, LG-02, LG-03, LG-04

**Schriftsatz vom 19.Nov.2022 mit Rechtsmittel der sofortigen Beschwerde wegen Antrag auf weiteres Vorverfahren zwecks Vorrang für Rehabilitierung und Schadenersatz und Anhörungsrüge wegen ausstehender Bescheidung der Rechtsbeschwerde vom 27.Sept.2022 gegen Amtsgericht Velbert 001.** Brutal verfassungswidrig:

Totales Staatsversagen eines demokratischen Rechtsstaates mit extremistischer Ausuferung von Politik-Versagen, Justiz-Versagen, Behörden-Versagen (Verfassungsbeschwerde vom 20.10.2022 (1 BvR 2121/22) in Anlage LG-02)

> mit politisch motivierten Zerschlagungen unter persönlicher Verantwortung von **Schröder / Steinmeier / Merkel / Söder**,  
> unter aktiver Beteiligung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks (mit Wissen der gesamten ÖRR-Intendantenschaft unter Federführung der **stellvertretenden WDR-Intendantin (2008-2022) und WDR-Justitiarin Michel (1997-2022, Schlesinger-Skandal-System überall)**)

mit laufenden Gerichtsverfahren am Verwaltungsgericht Düsseldorf und Rechtshängigkeit am Verwaltungsgericht Berlin wegen Rehabilitierung und Schadenersatz

> unter aktiver, Zeit raubender Beteiligung des Sozialversicherungsträgers (verfassungswidrige Krankenversicherung, soziale Zerschlagung mit unverhältnismäßiger Treib- und Hetzjagd an Amtsgerichten und Sozialgerichten und Be-/Verhinderung laufender Klagen auf Rehabilitierung und Schadenersatz, insbesondere in 2021 am Verwaltungsgericht Berlin)

> unter aktiver Beteiligung des Sozialversicherungsträgers an Ordnungswidrigkeitsverfahren an den Amtsgerichten Mettmann und Velbert mit angewiesenen Staatsanwälten, zweimal mit Eskalation zu Freiheitsberaubung und psychischer Folter,

> ausschließlich verursacht durch kapitale Vermögensschäden der politisch motivierten Zerschlagungen am Wohnort in NRW und am Geburtsort in Bayern,

> mit extremistischer Ausuferung durch Treib- und Hetzjagd gegen seinen Bruder am Geburtsort in Bayern in den wirtschaftlichen Ruin bis in den erzwungenen Tod (2012) und anschließender Nachlass-Insolvenz

> Politisch motivierte Zerschlagungen nicht trotz, sondern wegen:

**Herausragendes Lebenswerk mit Weltklasse-Höchstleistungen, den Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH mit dem weltweit größten Congressangebot für digitale Evolution in Deutschland und Europa in den größten deutschen Congress-Centren wie Hamburg, Düsseldorf, Berlin u.a.**

**mit nachhaltigem Wissensmanagement für digitales Innovationswachstum**

**durch professionellen Verlagsservice (ISBN-nummerierte Congressbände, systemrelevant für das Innovationswachstum der Digitalbranche),**

**> > > ONLINE Congressbände 1976 - 2003**

> unter aktiver Beteiligung des Sozialversicherungsträgers mit unverhältnismäßiger Be-/Verhinderung/Sabotage von Rehabilitierung und Schadenersatz im laufendem Verfahren am Verwaltungsgericht Berlin ohne die Chance, in 2021 nach einer umfassenden Verfassungsbeschwerde das laufende Verfahren fortsetzen zu können wegen ständiger Attacken des Klägers (soziale Zerschlagung unter Verantwortung des Sozialversicherungsträgers)

> heute im 82. Lebensjahr de facto ohne Versicherungsleistungen seit 2010, mit einer verfassungswidrigen Krankenversicherung, mit Zwangsmaßnahmen auf einem Pfändungsschutzkonto, mit Fortsetzung eines erbärmlichen Opferkriminalisierungswahnsinn, mit unerträglicher Altersdiskriminierung und Generationendiskriminierung durch nachrückende Generationen in Behörden und Justiz  
> mit verfassungswidrigem Justiz-Versagen am Landgericht Wuppertal u.v.a.m.

**002. Brutal verfassungswidrig:**

Totales Staatsversagen mit DEBEKA-Skandal

mit Unterstützung durch angewiesene, skrupellose Staatsanwälte: Kläger betreibt mit sozialer Zerschlagung Fortsetzung politisch motivierter Zerschlagungen

Abartig und skandalös: Deutscher Bundestag diskutiert über bedingungsloses Grundeinkommen und Rentner im 82. Lebensjahr werden vom Sozialversicherungsträger mit sozialer Zerschlagung entsorgt.

Abartig, skandalös und primitiv: Opfer-Kriminalisierung mit Altersdiskriminierung, Kläger sabotiert Rehabilitierung und Schadenersatz mit zeitintensiven Gerichtsverfahren und Justiz-Attacken, sodass dem Opfer die erforderliche Zeit fehlt, um Rehabilitierung und Schadenersatz zu erreichen, bis heute keine abschließenden Verhandlungen an Verwaltungsgerichten möglich. Kein Zugang zu Versicherungsleistungen seit 2010, Opfer politisch motivierter Zerschlagungen müssen sich selbst im Alter über 80 Jahre um ihre Gesundheit kümmern

Verfassungswidrig und diskriminierend: Gesetz zur Beseitigung sozialer Überforderung bei Beitragsschulden in der Krankenversicherung, weil Beitragsschulden und soziale Überforderung durch kapitale Vermögensschäden in 2-stelliger Mio-Höhe verursacht und Rehabilitierung und Schadenersatz bis heute verweigert

Justiz verweigert Opfer politischer motivierter Zerschlagungen ohne Rechtsanwältinnen Gerichtsverfahren mit Mehrrichter-Verantwortung durch Abschiebung in „de facto grundrechtsfreie“ Einzelrichter-Veranstaltungen.

Verfassungswidrig: Krankenversicherung des Klägers, Gerichtsverfahren in 2021 am Landgericht Wuppertal abgelehnt. Aktenzeichen 9 S 30/21, 11 C 89/19 Amtsgericht Velbert, 3 O 61/19 Landgericht Wuppertal

Verfassungswidrig: Pfändungsschutz-Konto (seit 2013) vom Kläger missbraucht für laufende Pfändung von Rechtsanwaltskosten einer verfassungswidrigen Krankenversicherung aus künstlichem Teilversäumnisurteil am Landgericht Wuppertal (7 O 214/12)

Miserable Qualität der Klageunterlagen, um mit Unleserlichkeit Verfassungswidrigkeiten zu verdecken: Siehe Anlage LG-01 Seite 7-19  
Brutal verfassungswidrig: Soziale Zerschlagung des beklagten Opfers politischer motivierter Zerschlagungen vom Kläger mit Sabotage von Rehabilitierung und Schadenersatz und mit unverhältnismäßiger Anzahl von Mahnbescheiden (6 Mahnbescheide mit Gegenerklärung) getoppt. Siehe Anlage LG-04

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/unrecht-22.pdf>

mit weiteren Anlagen: Anlage LG-01, LG-02, LG-03, LG-04

### **Anlage LG-01**

**Klage-Eröffnung vom 07.11.2022 (eingegangen am 12.11.2022) mit verkürzter Notfrist durch 3. Zivilkammer des Landgerichts Wuppertal (3 O 228/22),**



- a) mit Anschreiben vom 07.11.2022 (Seite 1-2),
- b) mit prozessleitender Verfügung (Seite 3-4)
- c) mit Anschreiben der RAe Giebel und Kollegen an das Amtsgericht Mayen vom 11.04.2022 (Seite 5-6)
- d) mit nicht lesbaren Beschreibung des Tarifs NLT (K1, Seite 7-13)
- e) mit nicht lesbaren Allgemeinen Versicherungsbedingungen für den Notlagentarif (K2, Seite 14-18)
- f) mit einem angeblichem Anschreiben vom 13.Sept.2013 ohne Unterschrift (K, Seite 19-23)
- g) mit Beitragsaufstellung vom Aug.2018-Juli 2020 und Prüfvermerk vom 3.11.2022 (K4, Seite 24-25)
- h) mit Gerichtsbeschluss 3 O 228/22 vom 07.11.2022 über vorläufigen Streitwert (Seite 26-28)

## **Anlage LG-02**

### **Verfassungsbeschwerde 1 BvR 2121/22 vom 20.10.2022**

wegen einer verfassungswidrigen Verwaltungsjustiz

mit Instanzen, Gerichte und Verfahren übergreifender Eskalation

mit Fortsetzung am Amtsgericht Velbert / Landgericht Wuppertal

**mit systematischer, Rechte beugender und Justiz belastender**

**Verweigerung des längst fälligen**

**Vorrang für Rehabilitierung und Schadenersatz für**

**Politisch motivierte Zerschlagungen seit über 20 Jahren (1998)**

**mit Verweigerung von Rehabilitierung und Schadenersatz**

**mit extremistischer Ausuferung**

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-28f.pdf>

Scroll down after link (page 251)

**BVERFG-2201. Angegriffene Hoheitsakte in chronologischer**

**Folge.**

**Totales Justiz-Versagen mit Behörden-Versagen am**

**Verwaltungsgericht:**

Anstatt Rehabilitierung und Schadenersatz Fortsetzung mit neuer, verfassungswidriger Zerschlagungsvariante am Amtsgericht durch Richterin Kunze mit Unterstützung durch Rechtspfleger Jacob und 2 Obergerichtsvollzieherinnen (Christiane Bräutigam, Katja Sommerfeld)

**Verfassungswidrigkeit von Gerichte übergreifenden Verfahren aus**

**Verwaltungsgerichten:** Mit weiterführenden Verfahren an Amtsgericht und Landgericht anzugreifende Gerichtskosten für verfassungswidrige Urteile am Verwaltungsgericht rein gewaschen (wie „Geldwäsche“ von illegal erwirtschafteten Geldern)

Verfassungswidriges Einzelrichter-Urteil 27 K 4325/18 vom

24.Aug.2021 an VG Düsseldorf: > > > Verfassungsbeschwerde 1 BvR

1319/22 vom 20.06.2022 (Kapitel BVERFG-371)

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-28f.pdf>

**Behörden-Versagen: Justiz-Behörde Hamm entsorgt**

**anzugreifende Gerichtskosten durch Weiterleitung an Amtsgericht**

**Velbert mit Hilfe von Obergerichtsvollzieherin Christiane**

**Bräutigam**

**Justiz-Versagen: Opfer verhöhnende Beschlüsse des**

**Amtsgerichtes Velbert 16 M 188/22 vom 10.06.2022/14.06.2022**

Amtsgericht Velbert wird wie bei „Geldwäsche“ für illegal

erwirtschaftete Gelder für Durchsetzung verfassungswidriger Urteile missbraucht, um Gerichtskosten für verfassungswidriges Einzelrichter-Urteil an Verwaltungsgerichten zu rechtfertigen und „rein zu waschen“ und mit Hilfe einer 2.Gerichtsvollzieherin (Katja Sommerfeld) gegen einen über 80-jährigen Rentner zu vollstrecken

nach extremistischer Ausuferung politisch motivierter Zerschlagungen seit 1998, weil für sein Lebenswerk mit Weltklasse-Höchstleistungen

für Deutschland und Europa bis heute Rehabilitierung und Schadenersatz verweigert wird.

**BVERFG-2202. Die Wahrheit ist:**

**Politik-Versagen und Staats-Versagen unter der regierenden Generation seit 1998, seit über 20 Jahren, mit sanktioniertem Alt-Bundeskanzler und Putin-Berater Gerhard Schröder, mit einer Alt-Bundeskanzlerin Angela Merkel ohne Reue und Schuld-Gefühle im und am Ukraine-Putin-Krieg mit Zeitenwende, beide nachweislich persönlich hauptverantwortlich für extremistische Ausuferung politisch motivierter Zerschlagungen des Beschwerdeführers am Wohnort und am Geburtsort, mit einer Treib- und Hetzjagd gegen seinen Bruder bis in den Tod und in den wirtschaftlichen Ruin bis zur Nachlass-Insolvenz unter zusätzlicher Verantwortung von und mit Rückendeckung aus Berlin:**

**Markus Söder, heute Ministerpräsident des Freistaates Bayern, mit einer Treib- und Hetzjagd gegen den Beschwerdeführer mit mehrfacher Freiheitsberaubung, Hausfriedensbruch, kapitalen Vermögensschäden und Erzwingung der Firmeninsolvenz wegen seinem herausragenden Lebenswerk mit Weltklasse-Höchstleistungen, die Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH mit dem weltweit größten Congressangebot für digitale Evolution in**

**Deutschland und Europa in den größten deutschen Congress-Centren wie Hamburg, Düsseldorf, Berlin u.a. mit nachhaltigem Wissensmanagement für digitales Innovationswachstum durch professionellen Verlagsservice (ISBN-nummerierte Congressbände, systemrelevant für das Innovationswachstum der Digitalbranche), mit erbärmlichen Versagen des Öffentlich-rechtlichen Rundfunks nach Information an die gesamte Intendantenschaft, unter persönlicher Mittäterschaft der stellvertretenden WDR-Intendantin und WDR-Justitiarin Eva-Maria Michel mit Rückendeckung aus Berlin, heute mit**

**Schlesinger-Skandal und Schlesinger-System bundesweit, mit Justiz-Versagen bei Opfer-Kriminalisierung, Alters- und Generationen-Diskriminierung und Behörden-Versagen durch Rein-Waschen verfassungswidriger Urteile mit Gerichte übergreifenden Gerichtsverfahren wie bei „Geldwäsche mit illegal erwirtschafteten Geldmengen“, mit Justiz-Versagen zu Staats-Versagen unter Verantwortung der regierenden Generation seit 1998, seit über 20 Jahren: Ursache für**

**extremistische Ausuferung politisch motivierter Zerschlagungen am Wohnort und am Geburtsort und ausschließliche Ursache für soziale Zerschlagung ohne soziale Sicherheit durch verfassungswidrige Rechtsanwendung von Sozialgesetzen Definitiv: Vorrang für Rehabilitierung und Schadenersatz zu politisch motivierten Zerschlagungen seit 1998 und zu sozialer Zerschlagung seit 2010 nach Auflösung der Altersrücklagen**

**anstatt Gerichte und Verfassungsbeschwerden übergreifende Kosten-Hetzjagd auf Zerschlagungsoffer mit Missbrauch von Justizbehörden im 81.Lebensjahr**

**BVERFG-2203. Beschwerdeführer ist mit Recht stolz darauf, dass**

führende Persönlichkeiten aus Politik, Wissenschaft, Wirtschaft und Verwaltung

Teil seines herausragenden Lebenswerkes sind und

**Zeugen seiner Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution** in Deutschland und Europa, wie z.B.

**Dr. Johannes Rau**, Ministerpräsident des Landes Nordrhein-Westfalen und später Bundespräsident der Bundesrepublik Deutschland, Schirmherr und Eröffnungsredner auf der KOMMTECH'88, siehe im Internet

> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112111>

> > > <http://www.euro-online.de/kommtech.html>

**Dr. Bernhard Vogel**, Ministerpräsident des Landes Rheinland-Pfalz und später des Freistaates Thüringen, Vorsitzender der Rundfunk-Kommission der Ministerpräsidenten, Festredner auf der ONLINE'85

> > > <http://www.euro-online.de/1984.htm>

**Prof. Dr.jur. Erich Häußler**, Präsident des Deutschen Patentamtes, zudem verantwortlich für den Aufbau des Patentwesens in China, Congressleiter auf der ONLINE1993, Beiratsvorsitzender auf den Europäischen Congressmessen ONLINE1994 und ONLINE1995

> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=11211>

**Dr. Henning Voscherau**, Erster Bürgermeister der Freien und Hansestadt Hamburg (1988 – 1997), Präsident des Bundesrates der Bundesrepublik Deutschland (1990 -1991), langjährigen Förderer, Schirmherr und Gastgeber der Europäischen Congressmessen ONLINE in Hamburg (1986 -1997)

auf unserer Europäischen Congressmesse ONLINE'97:

„Wir in Hamburg sind uns der Bedeutung der ONLINE als feste Größe in der Hamburger Kongresslandschaft bewusst.“

"Hamburg und ONLINE – das gehört inzwischen zusammen wie Hamburg und Hafen"

> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=1121>

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/WDR2017-0.pdf>

Scroll down after link (page 7)

**Dr. Günter Rexrodt**, Begrüßungsredner als Senatsdirektor auf dem Senatsempfang für Congress-Teilnehmer auf der ONLINE1984 in Berlin,

Bundesminister für Wirtschaft der Bundesrepublik Deutschland auf der ONLINE 1996 in Hamburg :

„Solche Orte des Austauschs und der Praxis brauchen wir heute besonders dringend". . .

"Die ONLINE '96 leistet mit dem weltweit größten Congressangebot für technische Kommunikation einen wichtigen Beitrag für die wirtschaftliche Zukunft Deutschlands.“

> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=1121>

**Karel van Miert**, Mitglied der Europäischen Kommission, EU-Kommissar (1989 bis 1999) für Wettbewerb, auf der ONLINE 1997

> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56&f=1#3>

**Joachim Erwin**, Oberbürgermeister der Landeshauptstadt Düsseldorf, Eröffnungsredner auf der ONLINE 2001

> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112>

**Erkki Liikanen**, Mitglied der Europäischen Kommission, EU-Kommissar für Unternehmen und Informationsgesellschaft, auf der ONLINE 2001

> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112>

**Anträge**

Die detaillierten Ausführungen zu den Kapiteln sind zusätzlich

nachlesbar in der vernetzten Internet-Doku der Verfassungsbeschwerde:  
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-28f.pdf>  
Scroll down after link (page 251)

### **Anlage LG-03**

#### **26 OWi-523 Js 814/22-84/22**

Mitteilung des Amtsgerichtes Velbert vom 07.09.2002 (eingegangen am 13.09.2022) über Termin der Hauptverhandlung wegen Einspruch gegen den Bußgeldbescheid vom 28.06.2022 (Kreis Mettmann)

**Rechtsmittel der Rechtsbeschwerde gegen Bescheid und gegen Termin der Hauptverhandlung gemäß §79 OWiG u.a.m.**

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/AG-VE1.pdf>

**01. Brutal verfassungswidrig mit Alters- und Generationen-Diskriminierung gegen einen Rentner im 81.Lebensjahr, mit Opfer-Diskriminierung und Opfer-Kriminalisierung seit 2011 (über 10 Jahre), weil . . .**

**weil** die politisch motivierten Zerschlagungen unter Schröder / Steinmeier / Merkel / Söder unter Mittäterschaft des ÖRR seit 1998 (siehe Anlage OWiV-02) andauern, seit über 20 Jahren (Anlage OWiV-02)

**weil** die politisch motivierten Zerschlagungen einzige Ursache sind für soziale Zerschlagung unter Debeka (Zeugen) und der Zeuge längst zum Mittäter geworden ist,

**weil** Sozialgesetze für soziale Zerschlagung nach politisch motivierten Zerschlagungen seit 1998 missbraucht werden,

**weil** der Zeuge mit ständigen Attacken gegen das Zerschlagungsopfer nicht soziale Sicherheit will, sondern soziale Zerschlagung und aktuell so Schadenersatzverfahren mit unqualifizierten Attacken behindert und verhindert, und so zum Mittäter geworden ist,

**weil** langjähriges Behörden-Versagen Ursache ist, dass weisungsgebundene Staatsanwälte solche Bußgeld-Verfahren immer wieder zu betreiben haben,

**Daher:** Zurückweisung mit Rechtsmittel der Rechtsbeschwerde gegen Bescheid und gegen Termin der Hauptverhandlung gemäß §79 OWiG u.a.

**02. Kein grundrechtsfreier Raum in Deutschland, auch Ordnungswidrigkeitsverfahren sind kein grundrechtsfreier Raum,** schon gar nicht im Umfeld von politisch motivierten Zerschlagungen seit 1998.

Zeugen-Benennung von Debeka (Z1) und Jarski (Z2) ohne Zeugenbedarf

**03. Bewertung des Bußgeldverfahrens nicht wegen Verkehrsordnungswidrigkeit:**

**Faktenlage politisch motivierter Zerschlagungen 2022:**

**Makaber, pervers, skandalös, verfassungswidrig**

**Politik-Versagen, Justiz-Versagen, ÖRR-Versagen, Staats-Versagen:**

**Politisch motivierte Zerschlagungen nicht trotz, sondern wegen einem herausragenden Lebenswerk mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa, ohne Subventionen, mit weltweit größtem Congressangebot für digitale Evolution inkl. professionellem Verlagsservice (Zerschlagung 1, Z1)**

**Zerschlagungsopfer: Ausgehobelt, zerschlagen, abgehängt, ausgegrenzt, entrechtet und versklavt unter persönlicher Verantwortung der Täter**

**Schröder/Steinmeier/Merkel** verantwortlich für Scherbenhaufen deutscher Digitalpolitik, deutscher Energiepolitik,

deutscher Sicherheitspolitik und deutscher Außenpolitik (Politik-Versagen) bis zur

**Ukraine-Putin-Krieg-Zeitenwende** mit Russland/Putin-Nähe, seit 21.09.2022 Eskalation mit Teilmobilmachung der russischen Regierung,

jetzt auch mit skandalösen Enthüllungen im Gebühren-finanzierten Öffentlich-rechtlichen Rundfunk

**Vom Schlesinger-Skandal** (mit Vetternwirtschaft, Filz mit hohen Gehältern und Bonus-Aufschlägen, Spesenbetrug, persönliche Bereicherung ohne Unrechtsbewusstsein, „Spitze eines Eisbergs“ wegen mangelnder Kontrolle und Transparenz) zum ÖRR-Skandal („System Schlesinger“ überall)

**bis zur Mittäterschaft bei politisch motivierten Zerschlagungen** mit Rückendeckung durch Berlin seit 1998

**04. Aus der Sicht des Bundesverfassungsgerichts:**

**Bürger haben Grundrechte, Untertanen nicht**

„Bürger sind keine Untertanen“

„Grundgesetz muss man nicht lieben, aber respektieren“

„Es gibt keinen grundrechtsfreien Raum in Deutschland“

**Nicht nur erdrückende Beweislage bei Gerichten vorgelegt,**

**sondern auch hochqualifizierte Zeugen mit aktiver Beteiligung an seinem Lebenswerk nachgewiesen wie**

**Bundespräsidenten, Ministerpräsidenten, EU-Kommissare und EU-Generaldirektoren, Bundesminister, : : : führende Persönlichkeiten aus Wissenschaft, Wirtschaft, Politik und Verwaltung . . . . .**

Bürger haben Grundrechte, Untertanen nicht

Grundrechte sind zu respektieren, sind weder käuflich noch strafbar, Rechtsbeugung ist strafbar in besonders schwer wiegenden Fällen, Rechtsanwendungen in Beschlüssen und Urteilen haben keine Rechtskraft, wenn Grundrechte nicht respektiert werden, es gibt keinen grundrechtsfreien Raum in Deutschland, aber ein grundrechtsgleiches Recht auf Widerstand! .

Anlage LG-03 mit weiteren Anlagen: Anlage OWiV-01, OWiV-02, OWiV-03

**Anlage OWiV-01: Zerschlagung 5 (Z5): Opfer kriminalisierende Ordnungswidrigkeitsverfahren am Amtsgericht Mettmann mit zweimaliger Freiheitsberaubung und psychischer Folter unter dem Opfer diskriminierenden Deckmantel der Erzwingungshaft**

Legende der zugesandten Schriftsätze seit 2011 mit Zugriff auf vernetzte Internet-Doku einer Opfer verhöhnenden, Menschen verachtenden Kosten-Hetzjagd mit Bußgeldverfahren mit Kumpanei von „Versicherung“, Rechtsanwälten und weisungsgebundenen Staatsanwälte mit Zielsetzung der sozialen Zerschlagung Beweise 5 (Z5) für Zerschlagung 5 zusätzlich nachlesbar in der vernetzten Internet-Doku:

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Beweise5.pdf>

**Anlage OWiV-02: Kausales Umfeld des Bußgeld-Verfahrens Zerschlagung 3 (Z3): Opfer kriminalisierende Verfahren am Verwaltungsgericht Düsseldorf mit Klage auf Schadenersatz und mit ausführlicher Beschreibung des Umfeldes politisch motivierter Zerschlagungen einschließlich sozialer Zerschlagung (Z4, Z5)**

wegen Mittäterschaft der gesamten Intendantenschaft des Öffentlich-rechtlichen Rundfunks seit 1998 mit erdrückender Beweislage zu skandalösen Praktiken (Schlesinger-Skandal) und der stellvertretenden WDR-Intendantin mit Sondervollmachten und mit Rückendeckung durch die Bundeskanzlerin

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/WDR2021-0.pdf>

Scroll down after link (page 253)



**Anlage OWiV-03: Aktuelles Bußgeld-Verfahren einer verfassungswidrigen, unverhältnismäßigen Kosten-Hetzjagd seit 2011 (Z5) mit Bußgeld-Bescheid und anschließender Rechtsbeschwerde gemäß Anlage LG-03: Behördenkommunikation des Kreises Mettmann und Festsetzung einer Hauptverhandlung am Amtsgericht Velbert mit weiteren Hinweisen, die in Anbetracht von Politik-Versagen, Behörden-Versagen, Justiz-Versagen mit Beugung von Wahrheit, Recht und Verfassung und Staats-Versagen nicht mehr nachvollziehbar ist.**

**Anlage LG-04:**

Gegenerklärung in einer Vielzahl von insgesamt 6 Mahnbescheiden in Oktober / November 2022 für Kosten maximierende soziale Zerschlagungen als Fortsetzung politisch motivierter Zerschlagungen

**Anlage VB-2302**

mit weiteren Anlagen: Anlage LG-05, LG-06, LG-07

**Schriftsatz vom 01.Dez.2022 mit Rechtsmittel der Anhörungsrüge nach §321a ZPO wegen Versagung von rechtlichem Gehör durch Nicht-Bescheidung der Sofortigen Beschwerde vom 19.Nov.2022 zu 3 O 228/22 Landgericht Wuppertal gegen vorzeitige Eröffnung eines Justizverfahren mit brutal verfassungswidriger Klage gemäß Kapitel 001 und 002 (Anlage VB-2301)**

**Kapitel 003. Brutal verfassungswidrig:**

**Ausgehebelt, abgehängt, ausgegrenzt, zerschlagen, entrechtet, verklavt:**

**Politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998,**

**Ausgehebelt mit der staatlichen UMTS-Auktion 2000, anschließend mit unverhältnismäßiger, bundesweiter Opferkriminalisierung (Täter/Opfer-Umkehr) ausgegrenzt.**

Unverhältnismäßige Sabotierung der Klagen auf Rehabilitierung und Schadenersatz an Verwaltungsgerichten Düsseldorf und Berlin

> durch Kläger in Zusammenarbeit mit weisungsgebundenen Staatsanwälten, mit Opfer-Kriminalisierung seit 2011 und jetzt mit sozialer Zerschlagung

> durch Landgericht Wuppertal mit verfassungswidriger Abschiebung von 2 Schadenersatz-Verfahren seit 2015 / 2016 an Verwaltungsgericht Berlin (entgegen Art.34 GG),

> durch Aufdeckung der Kumpanei der Intendanten von ARD und ZDF inkl. Rundfunksperrre und Bundeskanzleramt mit

**persönlicher Verantwortung von Schröder / Steinmeier / Merkel** am Verwaltungsgericht Düsseldorf

> jetzt mit drohender Verweisung an das Amtsgericht Velbert und Fortsetzung der Opferkriminalisierung mit sozialer Zerschlagung mit verkürzter Antwortfrist.

(Anlage LG-05, LG-06)

Wie sollen richterliche Verfügungen umgesetzt werden, wenn Rehabilitierung und Schadenersatz bis heute versagt werden und vom Kläger in Kumpanei mit weisungsgebundenen Staatsanwälten sabotiert werden? Wie?

> > > Daher: Vorrang für Rehabilitierung und Schadenersatz mit Anspruch auf ein humanes Lebensende ohne Justiz-Versagen

> > > Daher Rechtsmittel der Anhörungsrüge nach §321a ZPO wegen Versagung von rechtlichem Gehör durch Nicht-Bescheidung der Sofortigen Beschwerde vom 19.Nov.2022 zu 3 O 228/22 Landgericht Wuppertal

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/unrecht-22.pdf>

Scroll down after link (page 17)



mit weiteren Anlagen: Anlage LG-05, LG-06, LG-07

**Anlage LG-05:**

Vorrang von Rehabilitierung und Schadenersatz vor sozialer Zerschlagung:

Schreiben vom 21.11.2022 (eingegangen am 29.11.2022) mit Androhung der Verweisung an das Amtsgericht Velbert und mit verkürzter Antwortfrist. Brutal verfassungswidrig

**Anlage LG-06:**

Vorrang von Rehabilitierung und Schadenersatz vor sozialer Zerschlagung: Wie kann man gerichtliche Verfügungen umsetzen, wenn Landgericht und Verwaltungsgerichte Rehabilitierung und Schadenersatz versagen und der klagende Sozialversicherungsträger entsprechende Klagen des Zerschlagungsopfer sabotiert?

Schreiben des Sozialgerichts Düsseldorf vom 15.11.2022 (eingegangen am 23.11.2022)

**Anlage LG-07:**

**Beschluss des Oberverwaltungsgerichts Berlin-Brandenburg vom 21.Nov.2022 (eingegangen am 01.Dez.2022)**

**Justiz-Versagen ohne Ende:** Vorrang von Rehabilitierung und Schadenersatz vor sozialer Zerschlagung und

**nicht zusätzlich zu sozialer Zerschlagung** gegen Zerschlagungsopfer im 82.Lebensjahr, mit einer Verwaltungsjustiz, die nur weiter zerschlagen will, für die Opferkriminalisierung, Altersdiskriminierung, Generationendiskriminierung nach Ausuferung politisch motivierter Zerschlagung nicht nur am Wohnort in NRW, sondern auch am Geburtsort in Bayern, mit Wissen der gesamten Intendantenschaft von ARD und ZDF seit 1998, am Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg, das auch für den [Schlesinger-Skandal](#) zuständig ist (mit Vetternwirtschaft, Filz mit hohen Gehältern und Bonus-Aufschlägen, Spesenbetrug, persönliche Bereicherung ohne Unrechtsbewusstsein, „Spitze eines Eisbergs“ wegen mangelnder Kontrolle und Transparenz) zum ÖRR-Skandal („System Schlesinger“ überall) gemäß Anlage LG-03

Sieh Beschluss des Oberverwaltungsgerichts Berlin-Brandenburg vom 21.Nov.2022 (eingegangen am 01.Dez.2022)

**Anlage VB-2303**

**Beschluss 3 O 228/22** (Landgericht Wuppertal) vom 30.11.2022 (eingegangen am 06.12.2022 mit förmlicher Zustellung)

Rechtsanwendung des §281 ZPO betrifft den Kläger und nicht den Beklagten. Der Beklagte, Opfer politisch motivierter Zerschlagungen seit 1998, wehrt sich seit 2010 gegen einen unverhältnismäßigen Opferkriminalisierungswahnsinn, jetzt im 82.Lebensjahr gegen soziale Zerschlagung als Fortsetzung politisch motivierter Zerschlagungen, gegen Altersdiskriminierung und Generationendiskriminierung und kämpft für den Vorrang seiner Klagen auf Rehabilitierung und Schadenersatz seit 2010 und gegen Sabotierung seiner Klagen. Rechtsanwendungen haben keine Rechtskraft, wenn Grundrechte und grundrechtsgleiche Rechte nicht respektiert werden.

**Anlage VB-2304**

**Schriftsatz vom 20.Sept. 2022 an das Verwaltungsgericht**

**Düsseldorf**

**mit Antrag auf Anerkennung des Anspruchs auf Rehabilitierung und Schadenersatz mit Mehrrichter-Entscheidung**

**nach Verfassungsbeschwerde 1 BvR 1319/22 vom 20.Juni 2022  
und ARD/ÖRR-Krise mit Schlesinger-Skandal  
Fortsetzung der Klage mit Verfassungsbeschwerde 1 BvR 1319/22  
vom 20.Juni 2022 wegen Anerkennung des Anspruchs auf  
Rehabilitierung und Schadenersatz für politisch motivierte  
Zerschlagungen seit 1998 unter Mittäterschaft des ÖRR mit  
persönlicher Beteiligung von  
Eva-Maria Michel, WDR-Justiziarin seit Okt.1997 und  
Stellv. Intendantin des WDR seit Jan.2008**

174. Öffentlich-rechtlicher Rundfunk mit Arroganz ohne Kontrolle und  
Transparenz mit Rückendeckung durch Schröder/Steinmeier/Merkel:  
Politisch motivierte Zerschlagungen und Verhinderung des  
Wiederaufbaus der Europäischen Congressmessen ONLINE.  
Skrupellose Vorteilsbeschaffung für ARD/WDR/Phönix/ZDF und für  
sich selbst (Beförderung zur stellvertretenden Intendantin u.a.) mit  
Beteiligung an politisch motivierten Zerschlagungen und mit  
Verhinderung des Wiederaufbaus der Europäischen Congressmessen  
ONLINE durch Rundfunksperre in Polit-Magazinen und Polit-Talks  
unter Verantwortung von

**Eva-Maria Michel**, WDR/Phoenix-Justiziarin seit Okt.1997 und  
Stellvertretende Intendantin des WDR seit Jan.2008 bis 2022

Phoenix, öffentlich-rechtlicher Fernsehsender,  
Gemeinschaftseinrichtung von ARD (von WDR vertreten) und ZDF.  
Sendestart von Phoenix: 7.April 1997.

Phoenix-Team mit Presse-Ausweis auf der ONLINE'98, erstellt  
multimediale Raubkopie von qualifiziertem, ganztägigem, Teilnehmer-  
finanziertem Management-Symposium I-1 (16.02.1998)

Teilnehmer-Finanzierung mit multimedialer Raubkopie durch  
gebühren-finanzierten Sender ausgehebelt: Missbrauch der  
Raubkopien für nachfolgende Veranstaltungen ohne Information des  
Veranstalters nach der ONLINE'98 unter Verantwortung der WDR-  
Justitiarin.

Jan.2008: Ernennung der WDR-Justitiarin zur stellvertretenden  
Intendantin mit erweiterten Vollmachten, z.B. für/wegen Überwachung  
der Rundfunksperre zu politisch motivierter Zerschlagung der  
Europäischen Congressmessen in 2000/2003 und zur Verhinderung  
des Wiederaufbaus durch Rundfunksperre nach mehrfachen

Anschreiben des Klägers im Okt.2007 an  
alle Intendanten des ÖRR mit Internet-Link zu konstruktiven  
Schreiben vom 28.09.2007 an Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel  
(siehe Anlage Innovationen3 mit beigefügten Abschnitten 01-16 bzw.  
Internet mit beigefügten Abschnitten 01-16 )

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/innovationen3.pdf>

Nachweis mit qualifiziertem Zeugenbeweis am Verwaltungsgericht  
Düsseldorf bis dato vorsätzlich unterdrückt, um weitergehende  
Beweisinformationen zu verhindern,

Gerichtliche Unterstützung mangelnder Kontrolle und Transparenz im  
ÖRR durch diskriminierende Parteilichkeit des Gerichts nur mit  
Ablehnungsgesuch des Einzelrichters zu verhindern.

Intendanten-Vollmacht für Rundfunksperre der stellvertretenden  
Intendantin mutmaßlich mit Rückendeckung durch Bundeskanzlerin:

> > > Anlage Innovationen3, Anlage VI-4 / V-4 und Anlage VI-5 / V-5  
2005-2007: Anschreiben am 28.09.2007 an Bundeskanzlerin mit den  
Abschnitten 01-16 und weiteren Anschreiben voraus in 2005 an  
Bundeskanzlerin und an Ministerpräsidenten der Bundesländer gemäß  
Abschnitt 16 und

nach Intendanten-Anschreiben in 2007 (alle Intendanten der ARD und  
des ZDF waren informiert), danach Ernennung von

**Eva-Maria Michel** zur stellvertretenden Intendantin des WDR seit  
Jan.2008 mit Sondervollmachten zur Überwachung der

## Rundfunksperre in Politmagazinen bis heute.

Alle Vorgänge am ÖRR mutmaßlich mit Rückendeckung aus Berlin seit 1998:

Persönliche Vorteilsnahme: WDR-Justiziarin hat sich mit erforderlichen Vollmachten ausstatten und zur stellvertretenden Intendantin befördern lassen, im Widerspruch zu **Monika Piel**, ARD-Vorsitzende (2011-2012) und WDR-Intendantin (Rücktritt aus persönlichen Gründen in Jan.2013, im April 2013 umgedeutet zu gesundheitlichen Gründen) nach Verfassungsbeschwerde vom 15.01.2013 mit Schreiben an WDR-Intendantin als Anlage3 (Beweisanlage)

Offensichtliche Konfliktsituation: WDR-Intendantin wollte die politisch motivierten Zerschlagungen nicht mit verantworten im Gegensatz zur stellv. Intendantin

Seit 2013: Fortsetzung der Treib- und Hetzjagd durch den WDR über das Verwaltungsgericht Düsseldorf unter Verantwortung der stellv. Intendantin und WDR-Justiziarin, die als Nachfolgerin der zurückgetretenen WDR-Intendantin ohne Chance war, offensichtlich aus schwerwiegenden Gründen im Zusammenhang mit der Ernennung zur stellvertretenden Intendantin mit Sondervollmachten.

2013 Tom Buhrow Nachfolger als WDR-Intendant, voll informiert vom Kläger, immer wieder persönlich angeschrieben, Intendant hat längst fällige Antwort verweigert:

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/WDRintendanz.pdf>

Scroll down after link (page 89)

Verteiler dieses Schreibens vom 06.März 2018:

Bundesverfassungsgericht, Erster Senat, 1 BvR 444/18.

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-18.pdf>

Scroll down after link (page 84)

**Ulrich Wilhelm**, ARD-Vorsitzender und Vertreter des Öffentlich-rechtlichen Rundfunks, Intendant des Bayerischen Rundfunks.

**Dr. Thomas Bellut**, Intendant des ZDF,

**Tom Buhrow**, Intendant Westdeutscher Rundfunk,

vertretungsberechtigt für Öffentlich-rechtlichen Rundfunk.

**175. Faktenlage politisch motivierter Zerschlagungen 2022:**

Makaber, pervers, skandalös, verfassungswidrig

Politik-Versagen, ÖRR-Versagen, Staats-Versagen:

wegen einem herausragenden Lebenswerk mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa, ohne Subventionen,

mit weltweit größtem Congressangebot für digitale Evolution inkl. professionellem Verlagsservice (Zerschlagung 1, Z1)

Zerschlagungsoffer: Ausgehebelt, zerschlagen, abgehängt, ausgegrenzt, entrechtet und versklavt unter persönlicher Verantwortung der Täter

[Schröder/Steinmeier/Merkel](#) verantwortlich für

Scherbenhaufen deutscher Digitalpolitik, deutscher Energiepolitik, deutscher Sicherheitspolitik und deutscher Außenpolitik (Politik-Versagen) bis zur

[Ukraine-Putin-Krieg-Zeitenwende](#) mit Russland/Putin-Nähe, seit 21.09.2022 Eskalation mit Teilmobilmachung der russischen Regierung,

jetzt auch mit skandalösen Enthüllungen im Gebühren-finanzierten Öffentlich-rechtlichen Rundfunk

[Vom Schlesinger-Skandal](#) (mit Vetternwirtschaft, Filz mit hohen Gehältern und Bonus-Aufschlägen, Spesenbetrug, persönliche Bereicherung ohne Unrechtsbewusstsein, „Spitze eines Eisbergs“ wegen mangelnder Kontrolle und Transparenz) zum ÖRR-Skandal („System Schlesinger“ überall)

**bis zur Mittäterschaft bei politisch motivierten Zerschlagungen** mit Rückendeckung durch Berlin seit 1998:

**Qualifizierter Zeugenbeweis am Verwaltungsgericht ohne Begründung unterdrückt** und ohne Bewertung, weil weitere Untaten/Missstände des ÖRR aufklärbar sind: ohne Chance seit 2013: Verwaltungskritische Justiz: Mehrrichter-Entscheidungen für politisch motivierte Zerschlagungen unverzichtbar (Unerträglich: Einzelrichter-Entscheidung nach Ablehnungsgesuch), weil sippenweise Zerschlagung am Wohnort (Z1), am am bayerischen Geburtsort (Z2) mit Söder-Nähe, mit Beteiligung des ÖRR (Z3), parallel mit sozialer Zerschlagung (Z4), mit mehrfacher Freiheitsberaubung und psychischer Folter (Z5),

Barbarisch brutal, verfassungswidrig: Missbrauch sozialer Zerschlagung im Alter von über 80 Jahren mit gerichtlicher Treib- und Hetzjagd als Fortsetzung politisch motivierter Zerschlagungen.

Barbarisch brutal, respektlos und humanes Sterben verweigert: Missbrauch von Justizbehörden für Treib- und Hetzjagd bis in das hohe Alter ohne Rehabilitierung und Schadenersatz (2012: Erzwungener Freitod seines Bruders im 73.Lebensalter am Geburtsort in Bayern mit anschließender Nachlass-Insolvenz nach ökonomischer, politisch motivierter Zerschlagung, seines qualifizierten Lebensmittelbetriebes seit 1998.

Ausuferung der politisch motivierten Zerschlagungen am Geburtsort unter Söder wäre mit Sicherheit vermeidbar gewesen)

**2008: Eva Maria Michel**, seit 1997 WDR-Justiziarin, auch zuständig für ARD-Interessen beim neuen Sender Phoenix (1997 gegründet), befördert zur Stellvertretenden Intendantin nicht nur zwecks Rundfunk-Sperre nach konstruktivem Beschwerde-Brief an alle Intendanten der ARD/ZDF und an Altbundeskanzlerin Dr. Angela Merkel vom 28.09.2007

Erschwerend: Verbindung zwischen Täterschaft am Geburtsort in Bayern und Täterschaft des ÖRR / WDR unter Söder/Michel mit Merkel-Rückendeckung

**Januar 2013: Rücktritt von WDR-Intendantin Monika Piel aus persönlichen Gründen** nach mehrfachem Anschreiben durch das Zerschlagungsoffer

und nach Verfassungsbeschwerde vom 15.01.2013.

Folgewirkungen der Rundfunk Sperre in Polit-Magazinen unter Kontrolle der stellvertretenden Intendantin: Extremistische Auswirkungen (Z2, Z3, Z4, Z5, erzwungener Freitod in 2012) der politisch motivierten Zerschlagungen hätten verhindert werden können, mit Aufklärung über Polit-Magazine daher viel höhere Schadensbewertung erforderlich als bisher angenommen),

Mehrfache, intensive Bemühungen um qualifizierte Information der Öffentlichkeit über politisch motivierte Zerschlagungen ohne Chance seit 2007 z.B.

**Rundfunk Sperre** des Klägers zu einer

**Maischberger-Sendung in 2017** über Zusammenhang von politisch motivierten Zerschlagungen, Agenda 2010 und HARTZ IV

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/WDR2017-0.pdf>

Scroll down after link (page 72)

**176. Herausragendes Lebenswerk des Zerschlagungsoffers mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa, ohne Subventionen, mit weltweit größtem Congressangebot für digitale Evolution inkl. professionellem Verlagsservice (Zerschlagung 1, Z1)**

Europäische Congressmessen ONLINE und KOMMTECH :

**Weiterentwicklung der in Mitteleuropa führenden ONLINE-Seminarreihe**, vom Zerschlagungsopfer persönlich ohne Subventionen entwickelt und durchgeführt in D, A, CH, beispielsweise auch zur Ausbildung der NIXDORF-Entwicklung und anschließend im NIXDORF-Ausbildungszentrum Mainz/Wiesbaden.

**Herausragendes Lebenswerk des Zerschlagungsopfers nicht nur das Ergebnis eines geeigneten Business-Plan, sondern das Ergebnis japanischer Lebens- und Arbeitsphilosophie Kaizen,**

in deren Zentrum das Streben nach kontinuierlicher und unendlicher Verbesserung steht. Verbesserung erfolgt in schrittweiser, punktueller Perfektionierung oder Optimierung

eines Produktes oder Prozesses: Sieh Anlage VG-2210

**26 Jahre Europäische Congressmessen.**

Qualifikation der Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH bis heute nicht anerkannt, weil privatrechtlich (Familien-Unternehmen) organisiert und wegen Mittäterschaft des gebührenfinanzierten ÖRR,

**mit rechtswidriger Vorteilsnahme durch multimediale Raubkopien von Teilnehmer-finanzierten Congress-Symposien** am Beispiel der Europäischen Congressmesse ONLINE '98, mit Rückendeckung aus Berlin, in bester

Abstimmung mit Bayerischer Staatsregierung, mit Rundfunksperre in Polit-Magazinen, mit Unterdrückung qualifizierter Zeugenbeweise zerschlagen: Sieh beiliegenden Beweise.

**177.** Brutal verfassungswidrig, Menschen verachtend, Bürger verachtend und Gebührenzahler verachtend:

Extremistische Ausuferung politisch motivierter Zerschlagungen seit 1998: Brutal verfassungswidrig > >

**Ausgehebelt, zerschlagen, abgehängt, ausgegrenzt, entrechtet.**

Politik in Berlin und München, Öffentlich-rechtlicher Rundfunk und Sozialversicherungsträger Hand-in-Hand: Seit über 20 Jahren, wie lange noch so weiter?

Hand-in-Hand: Schröder / Steinmeier / Merkel / Söder / Huml / Michel / Intendanten des Öffentlich-rechtlichen Rundfunks

**Respekt vor Intendantin Monika Piel**, die dies nicht mitmachen wollte! Alle andere Intendanten der ARD und des ZDF (gesamte Intendantenschaft) wussten Bescheid.

Zerschlagen nicht nur:

Weltklasse-Höchstleistungen der Europäischen Congressmessen für digitalen Innovationstransfer, herausragendes Lebenswerk des Zerschlagungsopfers,

**Zerschlagung seines Unternehmens mit hochqualifizierten, schon in 2000 voll digitalisierten Arbeitsplätzen mit einem professionell arbeitenden Congressmesse-Team, das in 2003 entlassen werden musste, aber mit dem Versprechen, alle beim schnellstmöglichen Wiederaufbau der Congressmessen zurückholen zu wollen.**

Danach

Zerschlagung seiner professionell operierenden Lieferkette, deren Firmen andere Auftraggeber suchen mussten, Zerschlagung seiner Kundenpotentiale (Hauptkundenstamm New Economy 2000, digitale Innovationselite), seiner Referenten- und Aussteller-Potentiale durch Rundfunksperre mit Rückendeckung aus Berlin

**Zerschlagung seines Geschäftshauses: Repräsentative Gründerzeit-Villa von deutschen Banken für Schuldentilgung konfisziert, weil Wiederaufbau verweigert**

Zerschlagung seines bayerischen Geburtshauses mit Geschäfts- und 2.Wohn-Immobilie, mit einer Treib- und Hetzjagd seines Bruders in den wirtschaftlichen Ruin bis in den Tod (Erzwingung seines Freitodes



in 2012 mit öffentlicher Diskriminierung und Diffamierung in Kommunalwahlen und öffentlichen Pressekonferenzen des Landratsamtes Tirschenreuth (Volksjustiz) und verfassungswidrigen Urteilen am Verwaltungsgericht Regensburg und anschließende Nachlass-Insolvenz)

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Grab1.pdf>

**Nach politisch motivierten Zerschlagungen am Wohnort und am Geburtsort mit Rundfunksperre durch ÖRR, nach Petitionen am Deutschen Bundestag und am Bayerischen Landtag in 2010 mit Anschreiben an Intendanten der ARD/ZDF mit Rundfunksperre seit 2008:**

Opfer kriminalisierender Missbrauch sozialer Verpflichtungen für soziale Zerschlagung trotz Kenntnis politisch motivierter Zerschlagungen,

Opfer kriminalisierender und Opfer verhöhnender Missbrauch von Erzwingungshaft für Freiheitsberaubung (zweimal) und psychische Folter trotz Kenntnis politisch motivierter Zerschlagungen ,

Opfer kriminalisierender Missbrauch von Gebührenbescheiden und Widerspruchsbescheiden für eine Fülle von Zwangsmaßnahmen in Kenntnis eigener Schuld

Opfer kriminalisierender Missbrauch von rechtsanwaltlicher Unterstützung für Maximierung von Rechtskosten trotz erdrückender Beweislage

Opfer kriminalisierender und Opfer verhöhnender Missbrauch einer verfassungswidrigen Krankenversicherung ohne Versicherungsleistungen seit 2010

Opfer kriminalisierender Missbrauch eines Pfändungsschutzkonto durch Sozialversicherungsträger für Kosten eines Rechtsanwalts, der eine verfassungswidrige Krankenversicherung am Landgericht Wuppertal trotz Kenntnis politisch motivierter Zerschlagungen durchgesetzt hat

Opfer kriminalisierender Missbrauch von Ordnungswidrigkeitsverfahren am

laufendem Bande am Amtsgericht Mettmann mit Fortsetzung jetzt am Amtsgericht Velbert seit 2011

Opfer vernichtender Missbrauch der rechtsanwaltlichen Vertretungspflicht

der 2. Instanz für Maximierung der Rechtskosten bei politisch motivierten Zerschlagungen extremistischer Ausuferung

Opfer kriminalisierender Missbrauch von SCHUFA-Eintragungen für Pfändungsschutz-Kontoinhaber seit 2013 ohne Nutzungsmöglichkeiten selbst für Dispo-Kredite, geschweige denn Kreditkarten

Opfer verhöhnende Altersdiskriminierung und

Generationendiskriminierung für inhumanes Lebensende mit politisch motivierter Sklavenhaltung des Zerschlagungsopfers im 81. Lebensjahr

Daher jetzt gefordert:

Vorrang für Rehabilitierung und Schadenersatz  
Verfassungswidrig: Psychische Folter und Opfer diskriminierender, Alter diskriminierender, Generationen diskriminierender Missbrauch sozialer Zerschlagung durch Sozialversicherungsträger, von dessen Rechtsanwälten zugemüllt mit Geldforderungen und Zinseszins-Rechnungen verhindert bis heute Rehabilitierung und Schadenersatz, verhindern Aktualisierung von qualifizierten Klageschriften für das Verwaltungsgericht Berlin mit Elke Büdenbender im Richter-Kollegium und

Verwaltungsgericht Regensburg mit Söder-Nähe (Söder/Huml-Mittäterschaft mit Rückendeckung von Bundeskanzlerin einschl. Söder/Huml-Kooperation aufgezeigt)



**Nachgewiesener Zusammenhang: Kooperation von Söder / Huml / Michel** bei politisch motivierten Zerschlagungen am Wohnort und am Geburtsort unter Rückendeckung durch die Bundeskanzlerin seit 2008 mit Intensivierung nach Petitionen am Deutschen Bundestag und Bayerischen Landtag in 2010 mit Vernichtung seines Bruders in 2012 Qualifikation der Europäischen Congressmessen vom Beklagten mit politisch motivierten Raubkopien längst anerkannt, daher auch gerichtlich zu bestätigen.

Antrag auf Verurteilung der/des Beklagten, offensichtlich mit Sondervollmachten der Zerschlagung für die stellvertretende Intendantin Eva-Maria Michel, offensichtlich stellvertretend für **gesamte ARD/ZDF-Intendantenschaft** (alle Intendanten der ARD und des ZDF in 2007 mit Merkel-Anschreiben (Innovationen 3) informiert, Schaden durch Rundfunksperrung viel größer als durch multimediale Raubkopien mit verwaltungsgerichtlicher Verhinderung von qualifizierten und weiterführenden Zeugenbeweisen

Antrag auf Anerkennung des Anspruchs auf Rehabilitierung und Schadenersatz, Geständnis-Verweigerung des Beklagten ist endlich mit Strafverschärfung zu bewerten

Antrag auf Einräumung von mehr Arbeitszeit für Ausarbeitung qualifizierter Klageschriften, ohne weitere Verzögerung durch soziale Zerschlagung, ohne Altersdiskriminierung im 81. Lebensjahr mit Umsetzung der Forderung des Bundesverfassungsgerichts nach weniger Verfassungsbeschwerden

Massive Täter / Opfer-Umkehr: Täter ist nicht der Kläger, sondern Opfer sind der Kläger und seine Familie, sein Bruder u.a., sind **Zerschlagungsoffer einer Menschen, Bürger und Gebührenzahler verachtenden Diskriminierung, Diffamierung und Kriminalisierung** in einem brutalem Umfeld mit Staatsversagen (Politikversagen) mit eskalierender Ukraine-Krieg-Zeitenwende und mit höchstem ÖRR-Reformbedarf nach Eskalation des Schlesinger-Skandals.

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/WDR2021-0.pdf>

Scroll down after link (page 253)

#### **Anlage VB-2305:**

**Brutal verfassungswidrige Ausgrenzung aus Solidargemeinschaft** durch Pfändung der Energiepreispauschale der Bundesregierung wegen Rechtsanwaltskosten des Sozialversicherungsträgers für verfassungswidrige Krankenversicherung am 08.12.2022

Ein Sozialversicherungsträger,

der für derartige asoziale Pfändungen verantwortlich ist und der

**Sabotierung der Klagen auf Schadenersatz und Rehabilitierung durch orgienartige Überflutung mit Gerichtsverfahren der sozialen Zerschlagung betreibt,**

der hat seine Berechtigung als Sozialversicherungsträger definitiv verloren, weil er nur noch soziale Zerschlagung mit asozialen Attacken betreibt.

Legende der zugesandten Schriftsätze:

**Neue Verfassungsbeschwerde vom 10.12.2022 (2 BvR 2262/22)  
wegen Vorrang für Klagen zu Rehabilitation und Schadenersatz an den  
Verwaltungsgerichten Berlin und Düsseldorf mit Mehrrichter-Verantwortung  
wegen politisch motivierter Zerschlagungen seit 1998 unter persönlicher  
Verantwortung deutscher Spitzenpolitiker an den Verwaltungsgerichten  
Berlin und Düsseldorf**

wegen Sabotieren von Rehabilitation und Schadenersatz durch Fortsetzung mit  
sozialen Zerschlagungen  
am Landgericht Wuppertal (hier), am Amtsgericht Velbert und am Sozialgericht  
Düsseldorf  
mit Opferkriminalisierung / Altersdiskriminierung / Generationendiskriminierung im  
82.Lebensjahr

Daher: Antrag auf Opferschutz

**BVERFG-2301. Angegriffene Hoheitsakte in chronologischer Folge.**

**Totales Justiz-Versagen: Gerichte übergreifend**

mit Sozialversicherungsträger, der von Rechtsanwälten vertreten und von  
weisungsgebundenen Staatsanwälten unterstützt wird, der als Kläger und als  
Zeuge nur noch soziale Zerschlagung mit asozialen Attacken betreibt,  
mit Klage zu einer verfassungswidrigen Krankenversicherung ohne Zugang zu  
Versicherungsleistungen seit 2010 und mit Pfändung auf Pfändungsschutzkonto,  
mit Fortsetzung einer unverhältnismäßigen OWi-Hetze am Amtsgericht Mettmann  
seit 2011, jetzt am Amtsgericht Velbert, zweimal mit Freiheitsberaubung und  
psychischer Folter mit Überfall durch 4-Mann-Polizeitrupp,  
mit Klage auf Rehabilitation und Schadenersatz seit 2011 zu politisch  
motivierten Zerschlagungen,

mit Klage am Verwaltungsgericht Köln, von da an Verwaltungsgericht Berlin, von  
da an am Landgericht Wuppertal, dort mit Klage-Aufteilung wegen politisch  
motivierter Zerschlagungen am Wohnort in NRW und am Geburtsort in Bayern,  
von dort zurück an Verwaltungsgericht Berlin

Klage-Erweiterung wegen Beteiligung des Öffentlich-rechtlichen Rundfunks mit  
Wissen der gesamten Intendantenschaft von ARD und ZDF seit 1998, seit über  
20 Jahren, am Verwaltungsgericht Düsseldorf,  
gegen Kläger / Beklagten, heute im 82.Lebensjahr mit Anspruch auf ein humanes  
Lebensende anstatt entwürdigende Altersdiskriminierung ohne Respekt vor  
Lebensleistung und Generationendiskriminierung:

**> Politisch motivierte Zerschlagungen unter persönlicher  
Verantwortung von Schröder/Steinmeier/Merkel/Söder**

**Politik-Versagen, heute mit Digitalisierungsnotstand in  
Deutschland, mit politisch motivierten Zerschlagungen  
nicht trotz, sondern wegen: \_**

**Herausragendes Lebenswerk mit Weltklasse-Höchstleistungen,  
den Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH  
mit dem weltweit größten Congressangebot für digitale Evolution  
in Deutschland und Europa in den größten deutschen Congress-  
Centren wie Hamburg, Düsseldorf, Berlin u.a.  
mit nachhaltigem Wissensmanagement für digitales  
Innovationswachstum  
durch professionellen Verlagsservice (ISBN-nummerierte  
Congressbände, systemrelevant für das Innovationswachstum der  
Digitalbranche),**

**> > > ONLINE Congressbände 1976 - 2003**

> unter aktiver Beteiligung des Sozialversicherungsträgers mit  
unverhältnismäßiger Be-/Verhinderung/Sabotage von Rehabilitation  
und Schadenersatz im laufendem Verfahren am Verwaltungsgericht  
Berlin ohne die Chance, in 2021 und 2022 nach einer umfassenden  
Verfassungsbeschwerde das laufende Verfahren fortsetzen zu können  
wegen ständiger asozialen Attacken des Klägers bis heute (soziale

Zerschlagung unter Verantwortung des Sozialversicherungsträgers)  
nach exotischem Gerichtsverfahren am Landgericht Wuppertal mit 3 O 61/19 und  
jetzt mit 3 O 228/22, mit Fortsetzung der OWi-Verfahren des Amtsgerichts  
Mettmann am Amtsgericht Velbert (26 OWi-523 Js 814/22-84/22, OWi-  
Kostenhetzjagd seit 2011)

**jetzt mit laufender Verfassungsbeschwerde 1 BvR 2121/22 gegen  
Amtsgericht Velbert / Landgericht Wuppertal 16 M 188/22**

jetzt mit Beschwerdeverfahren am Oberlandesgericht Düsseldorf zu  
Gerichtsverfahren 3 O 228/22 Landgericht Wuppertal und  
Rechtsbeschwerde zu 26 OWi-523 Js 814/22-84/22 Amtsgericht Velbert  
Kapitale Vermögensschäden wegen politisch motivierter Zerschlagungen seit  
1998: Ausschließliche Ursache für Probleme der Krankenversicherung und  
Pflegeversicherung.

**Daher: Beklagter fordert die Respektierung von Menschenrechten, den  
Vorrang für Schadenersatzverfahren, die in unverhältnismäßiger Weise  
durch ständige Attacken des Sozialversicherungsträgers mit Unterstützung  
durch weisungsgebundene Staatsanwälte verhindert und sabotiert werden.**

**BVERFG-2302. Vorrang für Rehabilitierung und Schadenersatz, weil  
Probleme der Sozialversicherungen ausschließlich durch politisch  
motivierte Zerschlagungen seit 1998 verursacht**

Brutal verfassungswidrig: Sabotierung der Klagen auf Schadenersatz und  
Rehabilitierung durch orgienartige Überflutung mit Gerichtsverfahren der sozialen  
Zerschlagung, deren Unmenge vom Zerschlagungsopfer im 82.Lebensjahr nicht  
mehr zu verarbeiten

**Brutal verfassungswidrig: Exzesse der Altersdiskriminierung ohne  
Respektierung der herausragenden Lebensleistung des  
Beschwerdeführers:**

**Weltklasse-Höchstleistungen, den Europäischen Congressmessen  
ONLINE und KOMMTECH**

**mit dem weltweit größten Congressangebot für digitale Evolution  
in Deutschland und Europa in den größten deutschen Congress-  
Centren wie Hamburg, Düsseldorf, Berlin u.a.**

**mit nachhaltigem Wissensmanagement für digitales  
Innovationswachstum**

**durch professionellen Verlagsservice (ISBN-nummerierte  
Congressbände, systemrelevant für das Innovationswachstum der  
Digitalbranche),**

**> > > ONLINE Congressbände 1976 - 2003**

**Zerschlagungsopfer: Ausgehelt, zerschlagen, abgehängt,  
ausgegrenzt, entrechtet und verklavt unter persönlicher  
Verantwortung der Täter**

**Ausgehelt mit der staatlichen UMTS-Auktion2000 unter persönlicher  
Verantwortung von Schröder / Steinmeier**

**Politisch motivierte Zerschlagung am Wohnort und am Geburtsort in Bayern  
unter persönlicher**

**Verantwortung von Merkel / Söder / Michel.**

**Erdrückende Beweislage mit Schriftsatz vom 20.Sept. 2022 an das  
Verwaltungsgericht Düsseldorf (Anlage VB-2304)**

**> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/WDR2021-0.pdf>**

Scroll down after link (page 253)

**mit Antrag auf Anerkennung des Anspruchs auf Rehabilitierung  
und Schadenersatz**

**mit Mehrrichter-Entscheidung**

**nach Verfassungsbeschwerde 1 BvR 1319/22 vom 20.Juni 2022  
und **ARD/ÖRR-Krise mit Schlesinger-Skandal****

Fortsetzung der Klage mit Verfassungsbeschwerde 1 BvR 1319/22  
vom 20.Juni 2022 wegen Anerkennung und Vorrang des Anspruchs auf  
Rehabilitierung und Schadenersatz für politisch motivierte

Zerschlagungen seit 1998 unter Mittäterschaft des ÖRR mit persönlicher Beteiligung von **Eva-Maria Michel, WDR-Justiziarin seit Okt.1997 und Stellv. Intendantin des WDR seit Jan.2008 bis Okt. 2022**  
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-27f.pdf>

**Fortsetzung der Verfassungsbeschwerde vom 10.12.2022 (2 BvR 2262/22) mit Schriftsatz vom 14.Jan.2023**  
**wegen Vorrang für Klagen zu Rehabilitierung und Schadenersatz an den Verwaltungsgerichten Berlin und Düsseldorf mit Mehrrichter-Verantwortung wegen politisch motivierter Zerschlagungen seit 1998 unter persönlicher Verantwortung deutscher Spitzenpolitiker an den Verwaltungsgerichten Berlin und Düsseldorf**  
wegen Sabotieren von Rehabilitierung und Schadenersatz durch Fortsetzung mit sozialen Zerschlagungen  
am Landgericht Wuppertal (hier), am Amtsgericht Velbert und am Sozialgericht Düsseldorf  
mit Opferkriminalisierung / Altersdiskriminierung / Generationendiskriminierung im 82.Lebensjahr

Daher: Antrag auf Opferschutz

**BVERFG-2303. Angegriffene Hoheitsakte in Fortsetzung.**

**Totales Justiz-Versagen und Justizbehörden-Versagen:**

Oberlandesgericht versagt mit formaler Bescheidung der sofortigen Beschwerde rechtliches Gehör für die Begründung der sofortigen Beschwerde gegen das Landgericht Wuppertal (3 O 228/22)

Oberlandesgericht versagt Bescheidung der Rechtsbeschwerde gegen das Amtsgericht Velbert (26 OWi-523 Js 814/22-84/22, OWi-Kostenhetzjagd seit 2011)

Daher :Rechtsmittel der Anhörungsrüge vom 31.12.2022 gegen die Begründung der Bescheidung

Verfassungsbeschwerde ohne jegliche Auswirkung auf Fortgang der Gerichtsverfahren: Ladetermin am Amtsgericht Velbert (11 C 406/22) am Donnerstag, 12.01.2023

**Davor: Terrorisierender Polizei-Einsatz bei völliger Dunkelheit auf umfriedeten Grundstück gegen Opfer politisch motivierter Zerschlagungen im 82.Lebensjahr als angeblicher Auftrag des Amtsgerichtes am Montag, den 09.01.2023, offensichtlich unter Verantwortung eines weisungsgebundenen Staatsanwalts ohne Richterbeschluss**

Richter war nicht informiert über Polizei-Einsatz und verwundert über Verfassungsbeschwerde trotz ausführlicher schriftlicher Eingabe des Beschwerdeführers (am 10.01.2023 beim Amtsgericht eingeworfen)

Richter wurde im Ladetermin darauf hingewiesen:

Beklagter hat Anspruch auf Vorrang für Rehabilitierung und Schadenersatz an den Verwaltungsgerichten Berlin und Düsseldorf, weil Probleme der Sozialversicherungen ausschließlich durch politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998, seit 25 Jahren verursacht

Klage auf Rehabilitierung und Schadenersatz seit 2011 nach Petitionen an Deutschen Bundestag und an Bayerischen Landtag in 2010.

Verfassungswidrige Krankenversicherung (KV) ohne Zugang zu Versicherungsleistungen seit 2010

Ladetermin: Richter am Amtsgericht Velbert ohne Kenntnis der sofortigen Beschwerde und verwundert über Verfassungsbeschwerde aber längst informiert über die verfassungswidrige KV, unterstützt Rechtsanwalt des Klägers, weil dieser den Zugang zu Versicherungsleistungen nicht erklären kann

**Richter hat Ladetermin beendet nach Darlegung der verfassungswidrigen Krankenversicherung ohne Zugang zu Versicherungsleistungen seit 2010 Gerichtsbeschluss am 9.2.2023 festgelegt.**

**Tierisch und brutal verfassungswidrig:** Sabotierung der Klagen auf Rehabilitation und Schadenersatz durch orgienartige Überflutung mit Gerichtsverfahren der sozialen Zerschlagung, deren Unmenge vom Zerschlagungsopfer im 82.Lebensjahr nicht mehr zu verarbeiten  
Antrag auf Terminverlängerung zu Mitteilung und Bewertung des avisierten Gerichtsbeschlusses im Februar.  
Antrag auf Opferschutz auch bei Pflegeversicherung (Sozialgericht Düsseldorf S 31 P 146/22)  
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-27f.pdf>  
Scroll down after link (page 43)